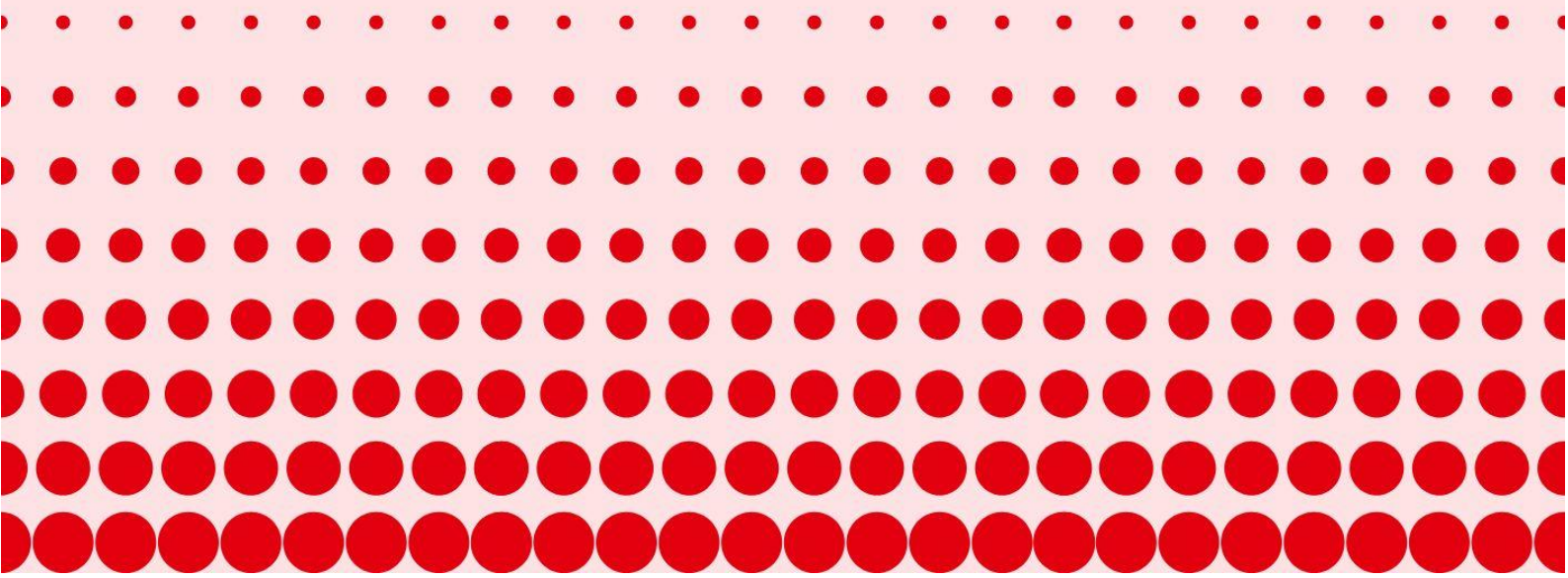


Sozialpolitik

Parteitag der SPD Düsseldorf
Parteitagsunterlagen I Anträge
29.10.2022
Comenius-Gymnasium





Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

An alle
Delegierten des UB-Parteitages
die Revisionskommission,
die im UB gewählten Bundes- und Landtagsabgeordneten,
Ratsmitglieder,
die SPD-Beigeordneten,
die Vertreter der UB-Arbeitsgemeinschaften,
die UB-Ausschussmitglieder,
die Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt,
die SJD - Die Falken und des Arbeitersamariterbundes,
der Region Niederrhein, dem Landesverband und der SGK-NRW zur Kenntnis,
die Presse

27.09.2022

EINLADUNG UB-PARTEITAG

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Wie angekündigt, möchten wir Dich als SPD Düsseldorf sehr herzlich zu unserem dies-jährigen Parteitag am Samstag, 29.10.2022 nach Oberkassel einladen. Wir werden uns thematisch insbesondere mit der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft auseinandersetzen.

UB-PARTEITAG

Samstag, 29. Oktober 2022, 9.30 Uhr
Comenius Gymnasium,
Hansaallee 90, 40547 Düsseldorf
- Der Veranstaltungsort ist barrierearm –

Mit dieser Mail übersenden wir Dir einen Leitantrag des UB-Vorstandes zum Thema Sozialpolitik. Wir bitten Dich, den Leitantrag und das Thema in Deinem Ortsverein oder in den Arbeitsgemeinschaften zu diskutieren, Änderungsanträge zu formulieren oder - noch besser - Deine Impulse als ordentliche Anträge einzubringen.

Antragsschluss für ordentliche Anträge ist der 15. Oktober 2022!

Der letzte Präsenz-Parteitag der SPD in der Landeshauptstadt liegt schon drei Jahre zurück. Seitdem haben die Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine die Lebensbedingungen vieler Menschen in Deutschland drastisch verschlechtert.



Steigende Lebenshaltungskosten bringen besonders Geringverdienende in Bedrängnis und verschärfen die soziale Spaltung. Auch Haushalte der Mittelschicht fühlen sich verunsichert und von Abstieg bedroht. Nennenswerte Teile der Bevölkerung haben sich von der Politik verabschiedet und nehmen nicht mehr an Wahlen teil.

Diese Entwicklungen alarmieren uns als Sozialdemokrat*innen und werfen die Frage auf: Was ist jetzt zu tun, um der wirtschaftlichen und politischen Spaltung der Gesellschaft zu begegnen und Armut wirkungsvoll zu bekämpfen?

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Leitung des Wahlparteitages
3. Wahl der Antragskommission
4. Annahme der Tagesordnung und Geschäftsordnung
5. **Podiumsdiskussion "Sozialpolitik"**
Heinz Hilgers – Präsident Deutscher Kinderschutzbund
Antonia Kühn – IG Bau
Andreas Rimkus – Mitglied des Bundestages
Constanze Jestaedt-Fischer Diakonie
Moderation: Hanna Marie Kirschstein
6. Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge
7. Ende des Parteitages

Wir würden uns freuen, gemeinsam mit Dir auf unserem Parteitag zu diskutieren.

Beste Grüße
Deine SPD Düsseldorf



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

Gremienbesetzung (Stand 19.10., 12.00 Uhr)

Parteitag der SPD Düsseldorf

Samstag, 29.10.2022, 9.30 Uhr

Parteitag der SPD Düsseldorf

Samstag, 29.10.2022, 9.30 Uhr

Präsidium (Treffpunkt 9.00 Uhr auf Parteitag)

Leitung des Parteitages: Dirk Jehle
stellv. Leitung des Parteitages: Jessica Breitkopf
Schriftführung: Marc-Thomas Klement

Mandatsprüfung (Treffpunkt 9.00 Uhr auf Parteitag)

SPD-OV Düsseldorf-Angermund: N.N.
SPD-OV Düsseldorf-Benrath: Florian Ueblacker
SPD-OV Düsseldorf-Bilk: Julia Neuhaus
SPD-OV Düsseldorf-Wittlaer: Nicola Irmer
SPD-OV Düsseldorf-Stadtbezirk 6: Monika und Jochen Growe
SPD-OV Düsseldorf-Eller-Lierenfeld: N.N.

Zählkommission (bei Bedarf)

SPD-OV Düsseldorf-Unterbach: Werner Schröder
SPD-OV Düsseldorf-Mitte-Nord: Birgitta Franzen
SPD-OV Düsseldorf-Friedrichstadt: N.N.
SPD-OV Heerdt-Lörick: Claudia Drossel

Antragskommission (Dienstag, 25.10. um 18.00 Uhr, Parteihaus 1. Etage)

Ein Mitglied des UB-Vorstandes: Zanda Martens / Annika Stöfer
Ein Mitglied des Vorstandes des UB-Ausschusses: Dirk Jehle
5 Vertreter(innen) der Ortsvereine:
SPD-OV Düsseldorf-Flingern: Ralf Zimmer-Hegmann
SPD-OV Düsseldorf-Oberbilk: Jürgen Büssow
SPD-OV Düsseldorf-Oberkassel-Niederkassel: Michael Lang
SPD-OV Düsseldorf-Nord: Sebastian Schnock
SPD-OV Düsseldorf-Freilichtbühne: Marc Herriger



Delegiertenliste zum UB-Parteitag

Auf dem Parteitag der SPD Düsseldorf sind insgesamt 210 Delegierte stimmberechtigt. 170 Delegierte entsenden die SPD-Ortsvereine, Delegierte die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sowie die 15 stimmberechtigten Mitglieder des Vorstandes der SPD Düsseldorf.

SPD-OV Düsseldorf-Angermund	2
SPD-OV Düsseldorf-Benrath	8
SPD-OV Düsseldorf-Bilk	14
SPD-OV Düsseldorf-Eller	10
SPD-OV Düsseldorf-Düsseltal-Flingern	12
SPD-OV Düsseldorf-Flingern	5
SPD-OV Düsseldorf-Vennhausen Freiheit-Tannenhof	5
SPD-OV Düsseldorf-Freilichtbühne	4
SPD-OV Düsseldorf-Friedrichstadt	7
SPD-OV Düsseldorf-Garath-Hellerhof	3
SPD-OV Düsseldorf-Garath-Ost	2
SPD-OV Ortsverein im Stadtbezirk 7	13
SPD-OV Düsseldorf-Heerd-Lörick	5
SPD-OV Düsseldorf-Hennekamp	3
SPD-OV Düsseldorf-Oberbilk	8
SPD-OV Düsseldorf-Oberkassel-Niederkassel	6
SPD-OV Düsseldorf-Nord	4
SPD-OV Düsseldorf-Unterbach	2
SPD-OV Düsseldorf-Wersten	7
SPD-OV Düsseldorf-Wittlaer	3
SPD-OV Ortsverein im Stadtbezirk 6	15
SPD-OV Düsseldorf-Mitte-Nord	27
SPD-OV Düsseldorf-Rheinbogen-Süd	5
Gesamt	170

Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind:

170 von den Ortsvereinen der SPD Düsseldorf in geheimer Abstimmung gewählte Delegierte

15 Mitglieder des UB- Parteivorstandes

25 in geheimer Abstimmung gewählte Delegierte der Arbeitsgemeinschaften und

der anerkannten Arbeitskreise der SPD Düsseldorf



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

Wir gedenken

der Mitglieder, die in den vergangenen zwei Jahren von uns gegangen sind.

Halil Tanju Balta	Claudia Pallutz
Arnd Böhmer	Stephan Renk
Friederike Brauer	Hans-Jürgen Ruhнау
Hugo Brauer	Almuth Scheu
Günter Brebeck	Jürgen Schmidt
Klaus Brewig	Dieter Schmidt
Klaus Burlekaitis	Rolf Schnutz
Elisabeth Debener	Uwe Schumacher
Franz Folda	Wolfgang Schürgers
Irmgard Föll	Irma Schwiermann
Elke Geßner	Udo Skalnik
Ellen Goebels	Heidrun Spielhagen
Rolf Bernd Hassmann	Marija Stelzmann
Manfred Hofmann	Johanna Sudhoff
Walther Hülshoff	Christiana Thelen
Heinz Kalenborn	Lothar Thiemann
Ulrich Kaupschäfer	Leopold Thomas
Karl-Otto Klein	Heinz Unterrhein
Ingomar Klupp	Hans van de Water
Iris Knauer	Thiems van Hettinga Voß
Iris Knauer	Günter Westenburger
Volker Kotnig	Detlef Wienert
Josef Laub	Eleonore Wottrich
Engelbert Lempka	Dieter Wylamrzy
Hans-Joachim Meier	Astrid Zimmermann
Reinhard Noeldner	
Walter Otterbach	

Viele von Ihnen waren jahrzehntelang wichtige und erfolgreiche Mitstreiter/innen für die Ziele der SPD. Sie haben in Funktionen und Mandaten für unsere Partei gearbeitet und in zahlreichen Verbänden Vorbildliches für unsere Stadt und unser Gemeinwesen geleistet.

Wir werden Ihnen allen ein ehrendes Andenken bewahren.



Vor wenigen Wochen hat der **iranische** Sänger Scherwin Hadschipur den Song „Baraye“ (deutsch: „Für“) veröffentlicht. Seither ist er Millionenfach angehört worden und gilt als Hymne der Protestbewegung im **Iran**

برای

برای توی کوچه رقصیدن
برای ترسیدن به وقت بوسیدن
برای خواهرم، خواهرت، خواهرامون
برای تغییر مغزها که بوسیدن
برای شرمندگی، برای بی‌پولی
برای حسرت یک زندگی معمولی
برای کودک زباله‌گرد و آرزوهایش
برای این اقتصاد دستوری
برای این هوای آلوده
برای ولیعصر و درختای فرسوده
برای پیروز و احتمال انقراضش
برای سگ‌های بی‌گناه ممنوعه
برای گریه‌های بی‌وقفه
برای تصویر تکرار این لحظه
برای چهره‌ای که می‌خنده
برای دانش‌آموزا، برای آینده
برای این بهشت اجباری
برای نخبه‌های زندانی
برای کودکان افغانی
برای این‌همه «برای» غیرتکراری
برای این‌همه شعارهای توخالی
برای آوار خونه‌های پوشالی
برای احساس آرامش
برای خورشید پس از شبای طولانی
برای قرص‌های اعصاب و بی‌خوابی
برای مرد، میهن، آبادی
برای دختری که آرزو داشت پسر بود
برای زن، زندگی، آزادی
برای آزادی
برای آزادی
برای آزادی

Für...

Versionen : #1 #2 #3 #4 #5

Für die Freiheit des Tanzens auf der Straße
Für das Küssen auf der Straße, ohne Angst haben zu müssen
Für meine Schwester, deine Schwester, unsere Schwestern
Für das Auswechseln verrosteter Gehirne
Für die Armen, die sich wegen leerer Taschen schämen
Für die Sehnsucht nach einem normalen Leben
Für die Träume der Müllcontainer-Tauchkinder
Für diese autokratische Wirtschaft
Für diese verschmutzte Luft
Für die [Vali-'asr-Straße](#) und ihre verdorrten Bäume
Für *den Gepardenwelpen* Piruz, dessen Art vor dem [Aussterben](#) steht
Für die verbotenen unschuldigen Hunde
Für das ununterbrochene Weinen
Für den Traum, sich an diesen Moment in der Geschichte zu erinnern
Für ein lachendes Gesicht
Für die Studenten, für die Zukunft
Für die (Liberalisierung) dieses Zwangsparadieses
Für die eingekerkerten Intellektuellen
Für die afghanischen Kinder
Für all diese unwiederholten Warums
Für all diese leeren Versprechungen
Für die Beseitigung des Schutts eingestürzter Häuser
Für das Gefühl der Entspannung
Für die Sonne nach einer langen Nacht
Für Medikamente gegen Schlaflosigkeit
Für Männer, Vaterland, Wohlstand
Für die Mädchen, die sich wünschen, als Junge geboren zu werden
Für Frauen, Leben, Freiheit
Für Freiheit
Für Freiheit
Für Freiheit



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Antragskommission hat unter der Leitung von Ralf Zimmer-Hegmann getagt und die vorliegenden ordentlichen Anträge bzw. die Änderungsanträge zum Leitantrag beraten.

ÄNDERUNGSANTRÄGE:

Zum Leitantrag gab es mehrere Änderungsanträge aus den Ortsvereinen, die im Änderungsantrag Ä0 zusammengefasst sind. Alle Änderungsvorschläge aus Ä0 findet ihr bereits eingearbeitet und als solche gekennzeichnet (grün oder pink) im Leitantrag wieder. Die grün gekennzeichneten Änderungen wurden vom Antragsteller (UB-Vorstand) übernommen. An drei Stellen (pink gekennzeichnet) hat der Antragsteller die Änderungswünsche nicht übernommen und stellt diese zur Abstimmung auf dem Parteitag.

Der ursprüngliche Änderungsantrag Ä1 aus dem OV Oberkassel wird – vorbehaltlich der Entscheidung im OV– zurückgezogen und durch die Neufassung in Ä0 als erledigt betrachtet.

Der Änderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft Selbstaktiv wurde in Absprache mit der Antragstellerin zum Antrag 24. Der Änderungsantrag des OV Oberbilk zum Thema „Klimaschutz“ wird zu Antrag 25.

ANTRÄGE

Der OV Bilk hat seinen Antrag 2 zur Beschlusskontrolle zurückgezogen. Insgesamt liegen damit dem Parteitag neben dem Leitantrag 24 ordentliche Anträge zur Abstimmung vor. Zur besseren Antragsberatung hat die Antragskommission die Anträge thematisch zusammengefasst. Die Anträge sollen in folgender Kapitelreihenfolge beraten werden:

- 1. Arbeit | Soziales | Wohnen:** Anträge 3, 6, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 19, 24
- 2. Umwelt | Mobilität | Klima:** Anträge 5, 7, 8, 11, 16, 23, 25
- 3. Europa | Internationales:** Anträge 1, 17, 18
- 4. Parteiorganisation:** 4, 21, 22

ORGANISATORISCHES

- Die Sitzungsunterlagen und das Antragsbuch liegen als Kopien auf dem Parteitag aus.
- Das Tagungsbüro hat auf dem Parteitag keine Möglichkeiten zu kopieren. Initiativanträge, Änderungsanträge, Resolutionen, etc. bitten wir sowohl digital (Stick) als auch in ausreichender Anzahl (ca. 150) mitzubringen und dem Präsidium zu übergeben.
- Wortmeldungen bitte wir beim Präsidium einzureichen.
- Der Aufbau des Parteitages findet am Freitag ab 16.00 Uhr in der Aula des Comenius-Gymnasiums statt. Wer helfen möchte ist herzlich eingeladen.

CATERING

Wie in vielen anderen Bereichen auch, herrscht auch bei den Cateringunternehmen großer Personal-mangel. Der morgendliche Kaffee, die mittägliche Suppe (Minestrone) sowie Kaffee und Kuchen am Nachmittag werden wir alle gemeinsam organisieren müssen. Hier suchen wir noch fleißige Helfer*innen zum Ausschank, Ausgabe und dem Blick für saubere Arbeit. Wenn viele Hände helfen, bekommen wir das sicherlich hin. Vorab schon mal herzlichen Dank im Namen aller Teilnehmer*innen. Bitte meldet Euch bei Susanne Schimmelpfennig auf dem Parteitag.



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

ANTRAGSBUCH



1

2 **Antrag zur Geschäftsordnung**

3 Antragsteller: OV Oberbilk

4 Adressat: Parteitag

5

6 **ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES UB-PARTEITAGES** 7 **vom 17.März 2018, der SPD-Düsseldorf**

8

9 7. Redeliste und Redezeit

10 „Die Redezeit beträgt für die Diskussionsrednerinnen und Redner höchstens drei Minuten.“

11 **Der Parteitag möge folgende Änderung beschließen:**

12 **JederR hat das Recht 5 Minuten zu reden. Melden sich Delegierte ein zweites Mal zum**
13 **selben Thema kann die Redezeit mit Zustimmung des Parteitages auf 3 Minuten reduziert**
14 **werden.**

15 **Begründung:**

16 Oftmals wird vom Präsidium nach einigen Wortmeldungen die Redezeit auf 2 Minuten verkürzt.
17 Begründete wird dies mit dem Argument, dass viele Delegierte zu Wort kommen sollen. Wenn
18 es, aber um komplizierte re Themen, z.B. die Klimapolitik, Außenpolitik, Steuer- und Finanzpoli-
19 tik, kommunale Klimapläne etc. geht, können die politischen Sachverhalte, Forderungen, die mit
20 den Anträgen erhoben werden, nicht mehr verständlich nachvollziehbar dargestellt werden.
21 Diese Redezeitbegrenzung verhindert die politische Diskussion, statt sie zu fördern. **Wenn auf**
22 **den Parteitagen der SPD in Düsseldorf aber Themen nicht mehr behandelt und darge-**
23 **stellt werden können, werden sich die Themen andere Diskursräume suchen.**

24 Außerdem begünstigt die 3 bis 2 Minuten-Redezeitbegrenzung auch noch Redner*innen, die
25 Erfahrungen haben, sich öffentlich zu äußern und darzustellen. Wenn man eine andere Position
26 einbringt, als sie von der herrschenden Meinung vertreten wird, ist der Begründungsaufwand
27 größer, als wenn man nur zustimmende Äußerungen macht.

28 Die Mitgliedschaft der SPD hat noch eine gewisse soziale Vielfalt vor dem Hintergrund ihrer So-
29 zialerfahrungen, Lebensläufe, Ausbildung und Berufsentwicklung. Damit sich alle trauen, sich
30 zu Wort zu melden, die keine geschulten Redner*innen sind, braucht man manchmal mehr Zeit.



1 **Leitantrag**

2 Antragsteller: UB-Vorstand
3 Adressat: Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion,
4 SPD-Ratsfraktion
5

6 **WIR STEHEN SOLIDARISCH ZUSAMMEN: 7 FÜR HILFE IN DER NOT UND DAUERHAFTE WEGE AUS DER 8 DAUERKRISE**

9 ~~Angst geht um in Deutschland — die Angst vor dem Abstieg, die Angst vor Armut. Große Teile
10 der Bevölkerung stehen vor der bängigen Frage: Wird es mir, wird es meiner Familie morgen
11 noch gut gehen? Politische, wirtschaftliche und ökologische Krisen scheinen gleichzeitig und
12 immer heftiger zu eskalieren. Zu der Sorge um die eigene Zukunft kommen noch schlimmere
13 Befürchtungen: Kann unsere Gesellschaft, kann unser Staat überhaupt so viel Krise vertragen?
14 Müssen wir auch bei uns mit Krieg rechnen? Mit unerträglicher Hitze und regelmäßigen Flutka-
15 tastrophen? Mit Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit? Mit politischer Radikalisierung
16 und dem Verlust von staatlicher Ordnung?~~

17 ~~Die Sorgen sind nicht grundlos. Denn die Herausforderungen — insbesondere die Bedrohung
18 des Friedens und die Klimakatastrophe — sind gewaltig. Und sie treffen in Deutschland auf eine
19 Gesellschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig unternommen hat, um~~

20 ~~— ihre Infrastruktur zu erhalten und auf den Stand der Technik zu bringen,
21 — persönlichen Wohlstand durch offene Bildungswege und gute Arbeit zu ermöglichen,
22 — Produktion und Mobilität klimagerecht umzubauen,
23 — Pflege- und Fürsorgeberufe mit attraktiven Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung zu be-
24 lohnen,
25 — dem Fachkräftemangel aktiv zu begegnen,
26 — Erziehungs- und Familienarbeit gleichberechtigt zu verteilen,
27 — soziale Spaltung — vor allem zwischen Arm und Reich — aufzuhalten und mehr Verteilungs-
28 gerechtigkeit zu verwirklichen.~~

29 ~~Für diese Versäumnisse zahlen fast 14 Millionen Menschen in unserem Land einen besonders
30 hohen Preis: Sie leben in Armut. Vielen wissen schon Mitte des Monats nicht mehr, wie sie
31 noch bis zum Ende durchhalten sollen. Trotz Einkommen und/oder staatlicher Hilfen sind sie
32 abhängig von Almosen. Für sie geht es nicht mehr um Flughafen-Ärger oder Tankstellenfrust.
33 Ihre ganze Kraft geht dafür drauf, in unserer Wohlstandsgesellschaft irgendwie zu überleben
34 ohne an ihren Angeboten teilhaben zu können. Dauern die aktuellen Krisen weiter an, wird es
35 noch schwerer, aus dem Armutskreislauf herauszukommen.~~

36 ~~Aber auch Menschen mit durchschnittlichen Einkommen müssen sich sorgen, in diesem Winter
37 ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen zu können. Oder die wenigen Rücklagen für
38 eine warme Wohnung statt für den hart erarbeiteten Urlaub ausgeben zu müssen.~~

39 ~~Neben unzähligen persönlichen Härten wächst aus Abstieg und Armut auch eine Gefahr für un-
40 sere demokratische Gesellschaft. Wir wissen, dass massenhafter Frust über Ungerechtigkeit
41 einen Nährboden bildet für politische Extreme und/oder soziale Unruhen.~~



42 Aber: Wir können handeln. Und wir handeln. Die Solidarität bei der Coronahilfe, während der
43 Flutkatastrophe im Juli 2021 oder gegenüber ukrainischen Geflüchteten in diesem Jahr belegt
44 eindrucksvoll: Die Mehrzahl der Menschen ist bereit, sich persönlich einzubringen, damit es al-
45 len besser geht.

46 Sozialdemokratische Politik lässt die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement nicht allein.
47 Die Krisenbewältigung wird nicht „privatisiert“. Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld in der
48 Coronapandemie, die Energiekosten-Entlastungspakete oder das 9-Euro-Ticket zeigen, dass
49 Politik auch kurzfristig einen spürbaren Unterschied zum Guten macht – im täglichen Leben vie-
50 ler Millionen Menschen.

51 Diese Maßnahmen tragen eine sozialdemokratische Handschrift, weil sie Teil unserer DNA
52 sind. Weitere sozialdemokratische Schritte müssen jetzt folgen. Kluge politische Führung und
53 weitreichende staatliche Weichenstellungen können die persönlichen Lebenschancen, den Frie-
54 den und den gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.

55 Mit den folgenden Thesen schlagen wir 5 sozialdemokratische Perspektiven vor, die Schluss
56 machen wollen mit falschen politischen Gewohnheiten und vermeintlicher Alternativlosigkeit.
57 Damit möglichst viele Menschen konkrete Hilfe und neue soziale Sicherheit erfahren. Deutsch-
58 land muss in diesen Krisen gerechter werden – jetzt unmittelbar und auf lange Sicht.

59 „Viele Menschen in Deutschland stehen vor der bangen Frage: Wird es mir, wird es meiner Fa-
60 milie morgen noch gut gehen? Angesichts von Klimawandel, Kriegen und Krisen sind diese
61 Sorgen berechtigt und wir sehen uns mit existenziellen Nöten, Naturkatastrophen und Radikali-
62 sierung konfrontiert.

63
64 Mehr denn je benötigt Deutschland eine Politik mit sichtbarer sozialdemokratischer Handschrift,
65 die in der aktuellen Krisensituation auf Gerechtigkeit, Solidarität und konkrete Hilfe setzt.
66 Gefragt ist ein koordiniertes soziales Maßnahmenpaket, das der drohenden finanziellen Über-
67 forderung und den Existenzängsten in weiten Teilen der Bevölkerung entgegenwirkt. Bis in den
68 Mittelstand breiten sich Sorgen vor einem sozialen Abstieg und drohender Armut aus.

69
70 In den vergangenen Jahren wurde zu wenig unternommen, um:

- 71
72 – die Infrastruktur zu erhalten und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.
73 – individuellen Wohlstand durch offene Bildungswege und gute Arbeit zu ermöglichen.
74 – eine klimagerechte Wirtschaft und Verwaltung sowie ein nachhaltiges Leben zu fördern.
75 – Pflege- und Fürsorgeberufe mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung attraktiver
76 zu machen.
77 – den Fachkräftemangel aktiv zu bekämpfen.
78 – Erziehungs- und Familienarbeit gleichberechtigt zu ermöglichen.
79 – soziale Spaltung – vor allem zwischen arm und reich – aufzuhalten und mehr Verteilungs-
80 gerechtigkeit herbeizuführen.

81 Für diese Versäumnisse zahlen viele Menschen in unserem Land einen besonders hohen
82 Preis: 2021 waren rund 13 Millionen Menschen armutsgefährdet (Pressemitteilung Nr. 327, 4.
83 August 2022, Statistisches Bundesamt). Sie wissen schon in der Mitte des Monats nicht mehr,
84 wie sie am Ende des Monats ihre Rechnungen bezahlen sollen. Trotz ihres Einkommens
85 und/oder staatlicher Hilfen sind sie abhängig von nicht-staatlichen Hilfen. Diese Menschen



86 werden im Sozialstaat Deutschland trotz Bemühungen noch nicht ausreichend bedacht. Dabei
87 gehört die Sorge für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und den Wohlstand aller, nicht der Wenigen,
88 zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung. Dem muss Politik (wieder)
89 gerecht werden.

90
91 In schwierigen Zeiten wie diesen keine einfache Herausforderung: Dauern die aktuellen Krisen
92 weiter an, wird es noch schwerer, Wohlstand zu erreichen. Immer mehr, also auch Menschen
93 mit durchschnittlichen Einkommen, haben die Sorge, in diesem Winter ihre Strom- und Gas-
94 rechnungen nicht bezahlen zu können. Die wenigen Ersparnisse sind schnell aufgebraucht.
95 Neben unzähligen persönlichen Herausforderungen wächst aus Abstieg und Armut auch eine
96 Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft. Wir erleben, dass Frust über Ungerechtigkeit ein
97 Nährboden für politische Extreme und/oder soziale Unruhen sein kann.

98
99 Doch: Wir können dem entgegenwirken. Die Solidarität in der Corona-Pandemie, während der
100 Flutkatastrophe im vergangenen Jahr oder die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischer Ge-
101 flüchteter belegt eindrucksvoll: Unsere Gesellschaft ist bereit, sich persönlich einzubringen, da-
102 mit es allen bessergeht.

103
104 Sozialdemokratische Politik lässt die Bürger*innen in ihrem Engagement nicht allein. Die Kri-
105 senbewältigung wird nicht „privatisiert“. Das Kurzarbeitergeld in der Corona-Pandemie, die Ent-
106 lastungspakete oder das 9-Euro-Ticket zeigen, dass unsere Politik spürbar zu Verbesserung
107 führt.

108 Das ist im Sinne einer gerechten Umverteilung noch ausbaufähig. Wir als Sozialdemokratie
109 müssen dabei vorangehen und Weichen stellen, die Bürger*innen, Vereine und Verbände lang-
110 fristig und nachhaltig zu entlasten und gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen. Die folgen-
111 den sechs Thesen und darin untergliederten Maßnahmen sind dafür unabdingbar.“

112 **THESE 1: JETZT MUSS HILFE KOMMEN, WO HILFE GEBRAUCHT WIRD.**

113 Um die Armutswelle zu brechen, braucht es jetzt – also im Herbst und Winter 2022/23 – kurz-
114 fristige Maßnahmen, um diejenigen zu entlasten, die am stärksten von den steigenden Preisen
115 betroffen sind. Die Kostenexplosion setzt große Teile der Bevölkerung unter wirtschaftlichen
116 Druck. Für uns ist klar: Politik muss den Menschen die Sicherheit geben, dass sie im Winter
117 nicht frieren müssen oder sogar ihre Wohnung verlieren. Als Sozialdemokrat*innen sorgen wir
118 dafür, dass das Wohnen sicher bleibt. Mit der Erhöhung und Ausweitung des Wohngeldes und
119 einem Kündigungsmoratorium wollen wir gewährleisten, dass keiner seine Wohnung in dieser
120 Krise verliert. Menschen mit kleinen Einkommen werden die Strom- und Gasrechnung schlicht
121 nicht zahlen können. Wir werden deshalb regeln werden, dass es in dieser Notlage keine
122 Strom- und Gassperren geben wird – egal ob die Menschen ein, zwei, drei oder vier Monate im
123 Rückstand sind. Geregelt werden muss auch, was mit den offenen Rechnungen passiert. Sie
124 dürfen nicht in eine Schuldenspirale führen. Senior*innen, die ihr Leben lang nie Schulden ge-
125 macht haben, stehen jetzt vor genau diesen Fragen. Auch kleinere Vermieter*innen oder Stadt-
126 werke, die durch Zahlungsausfälle in Schwierigkeiten geraten, werden wir unterstützen.

127 Finanzielle Leistungen nach dem Gießkannenprinzip sind nicht gerecht und auf Dauer nicht zu
128 stemmen. Besonders ungerecht sind pauschale Entlastungen bei der Einkommenssteuer: Gut-
129 verdiener profitieren davon überdurchschnittlich. Wer schon viel hat, bekommt noch mehr. Ge-
130 ringverdiener, deren Einkommen nur wenig über den Sozialhilfesätzen liegt, zahlen nur wenig
131 Steuer und haben kaum finanzielle Vorteile, obwohl sie alle Lebenshaltungskosten, Gebühren



132 und Zuzahlungen selbst tragen müssen. Sie werden für ihre Arbeit „bestraft“. Für diejenigen, die
133 trotz Arbeit kaum über die Runden kommen, setzen wir uns besonders ein und fordern gezielte
134 Hilfen, die mit steigendem Einkommen nicht plötzlich enden, sondern „ausschleichen“.

135 Darum setzen wir uns ein

136 kurzfristig:

137 - Deckelung der Energiekosten für die Bevölkerung. 80% der Energiekosten sollen durch
138 den Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu Marktpreisen, damit ein
139 Anreiz zum Energiesparen geschaffen wird.

140 - für die Entlastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Renten bei
141 Steuern, Abgaben und Zuzahlungspflichten, zum Beispiel bei Krankenkassenleistungen,
142 Schokoticket, Rundfunkbeitrag etc.,

143 ~~die Verlängerung des 9 €-Tickets, bis eine geeignete Nachfolgelösung gefunden ist,~~

144 - Wir setzen uns ergänzend zum bundesweiten 49 Euro-Ticket für ein landesweites 29 Euro-
145 Ticket ein.

146 ~~die beschleunigte Einführung von Bürgergeld und Kindergrundsicherung mit Leistungssät-~~
147 ~~zen, die die Lebenshaltungskosten realistisch abdecken und Kinderarmut verhindern,~~

148 - Das Bürgergeld muss stets an die Inflationsrate angepasst werden.

149 - „- die beschleunigte Einführung von Kindergrundsicherung in Höhe bis zu monatlich 600
150 Euro bis 2024 mit Leistungssätzen, die die Bildungskosten realistisch abdecken und Kin-
151 derarmut verhindern.

152 - ein spezielles Hilfspaket für Familien, insbesondere für bedürftige Alleinerziehende und ihre
153 Kinder,

154 - die Berücksichtigung von Rentner*innen, Studierenden und Auszubildenden bei künftigen
155 Entlastungen und Zuschüssen.

156 - „- für ein Moratorium gegen Versorgungssperren im Bereich des Daseinsvorsorge (Energie,
157 Wasser,...) bei nicht selbstverschuldeter Zahlungsunfähigkeit

158 -

159 mittelfristig:

160 - für ein Sozial- und Steuersystem, das Wohnen, Lebensmittel, Energie, Mobilität und Teil-
161 habe für alle zu jeder Zeit sichert und mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit schafft,

162 - die Freistellung von kleinen und mittleren Renten von der Einkommenssteuerpflicht,

163 - ein Ende der familienfeindlichen Anrechnung von Kindergeldzahlungen auf Sozialleistun-
164 gen,

165 - die Begrenzung von Minijobs, damit lohnabhängige Beschäftigung in jedem Fall zu einer
166 angemessenen Altersvorsorge beiträgt,

167 - Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere durch den Abbau von Fehlanrei-
168 zen im Steuer- und Abgabensystem und die gleichberechtigte Wahrnehmung von Sorgear-
169 beit,

170 - die Umsetzung unserer wohnungspolitischen Ziele zum Mieterschutz, zur Mietpreisbegren-
171 zung, zum Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen und zur Schaffung eines sozialen
172 Wohnungsmarktes, z.B. durch eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

173 - die Einführung eines Pilotprojekts zu kostenlosen ÖPNV-Angeboten in Düsseldorf.

174 - städtisch geförderter sozialer Wohnungsbau gezielt auch für Fachkräfte wie Pfleger*innen
175 und zukünftige Fachkräfte wie Studierende und Auszubildende.“



176
177

178 **THESE 2: SOZIALPOLITIK WIRKT VOR ORT AM BESTEN.**

179 Die Lebensbedingungen der Menschen hängen massiv von der finanziellen Leistungsfähigkeit
180 der Kommunen ab. In Düsseldorf konnte auf Initiative der SPD ein sozialer Arbeitsmarkt ge-
181 schaffen werden. Das ist bundesweit die Ausnahme. Den Städten und Gemeinden fehlt das
182 Geld für eine wirkungsvolle Sozialpolitik – für die vollständige Abschaffung von Kita-Gebühren,
183 für umfassende Lernmittelfreiheit (Kostenfreiheit von Schulbüchern und digitaler Technik, bis
184 Mittagessen und Schokoticket etc.), für bezahlbare Eintrittspreise in Schwimmbäder, für die Be-
185 schäftigung von Kümmerern in den Vierteln und Nachbarschaften, für den Ankauf von Wohnge-
186 bäuden und Wohnungsbaugrundstücken sowie den Bau von bezahlbaren Wohnungen in kom-
187 munalen Hand. Wir treten ein für eine bessere finanzielle Ausstattung kommunaler Haushalte.
188 Und für eine Konzentration der vorhandenen städtischen Mittel auf das Wesentliche: Arbeit, Bil-
189 dung, Wohnen und sozialer Zusammenhalt.

190 Das Zusammenleben in Städten und Gemeinden funktioniert nur, weil viele ehrenamtlich getra-
191 gene Initiativen mithelfen, den Laden am Laufen zu halten. Das bricht nun weg, wenn diejeni-
192 gen, die spenden und helfen, selbst schauen müssen, wo sie bleiben. Die Tafeln zum Beispiel
193 sind vielerorts am Limit. Karitative Einrichtungen bekommen viel weniger Spenden als früher.
194 Diese Organisationen brauchen finanzielle Unterstützung von Land und Bund, damit sie weiter-
195 helfen können.

196
197

Deshalb fordern wir

198 kurzfristig:

- 199 – Keine Kürzungen von sozialen Leistungen und Angeboten im städtischen Haushalt,
- 200 – Die Ausweitung des Düsselpasses auf Haushalte, deren Einkommen bis zu 20% über den
- 201 Sätzen des Arbeitslosengelds II liegt (bislang 10%)
- 202 – Die Priorisierung notwendiger Investitionen in die kommunale Daseinsfürsorge: in soziale
- 203 Infrastruktur, Wohnen, Bildung, klimaschonenden Verkehr,
- 204 – Soforthilfen von Land und Bund für die kommunalen Kassen, z.B. **durch die Übernahme**
- 205 **der in den kommunalen Haushalten gesondert ausgewiesenen Coronaschulden,**
- 206 – städtische Direktzuschüsse für karitative Einrichtungen und Angebote, um den erhöhten
- 207 Bedarf an Beratungsangeboten und Hilfsleistungen zu decken.
- 208 – Energiekostenhilfen des Bundes für Träger der Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendar-
- 209 beit.

210 – **die Stadt Düsseldorf dazu auf, für die Stadtwerke Düsseldorf ein Moratorium zu erstellen,**

211 **das das Abschalten von Energielieferungen wie Gas und Strom ausschließt.**

212
213

mittelfristig:

- 214 – die stärkere Beteiligung der Kommunen am Steueraufkommen von Bund und Ländern,
- 215 – das Zurückfahren befristeter Förderprogramme von Bund und Land, die mit hohem büro-
- 216 kratischen Aufwand immer neu beantragt werden müssen, zugunsten einer verbesserten
- 217 Regelfinanzierung, z.B. Digitalpakt Schule,
- 218 – die dauerhafte Sicherung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge auf kommunaler
- 219 Ebene, die bei Bürger*innen wirklich ankommt.



- 220 – Boden muss in öffentliche Hand, um ihn der Spekulation zu entziehen. Diese kann ihn
221 dann über Erbpachtmodelle Selbstnutzer*innen bzw. für bezahlbaren Mietwohnungsbau
222 zur Verfügung stellen.
223 – verstärkte finanzielle Unterstützung von sozialen Einrichtungen für das Allgemeinwohl wie
224 die Tafel mit städtischen Mitteln

225

226 **THESE 3: VIELE BRAUCHEN MEHR GELD ZUM LEBEN.**

227 **THESE 3: FÜR AUSREICHENDE LÖHNE IN UND NACH DER KRISE**

228

229 „Mitarbeiter*in/Auszubildende dringend gesucht“ 'Mitarbeiter*in/Auszubildende*r dringend ge-
230 sucht' – solche Aushänge springen aktuell an vielen Stellen ins Auge – egal, ob im Super-
231 markt, in der Lieblingskneipe, beim Handwerksbetrieb in der Nachbarschaft. Der Fachkräfte-
232 mangel beeinträchtigt mittlerweile massiv unseren Alltag. Um das zu ändern, braucht es vor al-
233 lem attraktivere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung: Alle müssen von ihrem Einkommen
234 ein gutes Leben führen können, ohne jeden Cent umdrehen zu müssen. Es geht aber auch um
235 Respekt. Wenn Presseartikel übertitelt sind mit „Endstation Supermarktkasse“ – wer wird dann
236 eine Ausbildung im Einzelhandel anstreben? Die Idee einer längeren Wochen- und Lebensar-
237beitszeit ist von vorgestern und wird Probleme, wie den Fachkräftemangel nicht lösen, deshalb
238 lehnen wir sie ab.

239 Stattdessen brauchen wir

240 kurzfristig:

- 241 – vollen **angemessenen** Inflationsausgleich bei Löhnen und Lohnersatzleistungen. Das ist
242 Garant dafür, dass eine stabile Inlandsnachfrage ausfallende Exporteinnahmen kompen-
243 siert und unseren wirtschaftlichen Wohlstand sichert. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen
244 dabei vorangehen.
245 – **Deshalb solidarisieren wir uns mit allen streikenden Arbeitnehmer*innen und unterstützen**
246 **die gewerkschaftlichen Bemühungen der DGB Mitgliedsgewerkschaften nach all unseren**
247 **Möglichkeiten.**
248 – die Anhebung und Ausweitung des BAFöG **inklusive des Meisterbafög und einem elternun-**
249 **abhängigen BAFöG** und die Deckelung des Krankenkassenbeitrags für Studierende.
250 – bessere Aufstiegschancen für junge Menschen, zum Beispiel durch eine Ausbildungsga-
251 rantie. **Dabei müssen Unternehmen ab einer festzulegenden Größe entweder Ausbildungs-**
252 **plätze anbieten, oder eine Umlage zahlen.**

253 mittelfristig:

- 254 – das entschiedene Bekämpfen von Niedriglöhnen und unsicherer Beschäftigung, **durch die**
255 **Begrenzung von Leiharbeit, die Abschaffung Sachgrundloser Befristungen,**
256 – die kontinuierliche Weiterentwicklung von Mindestlohn und Azubi-Mindestvergütung **über**
257 **die Inflationsrate hinaus,**
258 – die rechtliche Stärkung und Anwendung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen,
259 – verbesserter Zugang zu beruflicher Weiterbildung
260 – die Öffnung des Arbeitsmarktes, für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben,
261 – die Sicherung eines stabilen Rentenniveaus,
262 – eine bessere soziale Absicherung für Solo-Selbstständige,
263 – **den Mindestlohn für Menschen, die in Werkstätten für angepasste Arbeit beschäftigt sind.**



264 - auch die Einführung der Bürgerversicherung bleibt in diesem Kontext ein notwendiges An-
265 liegen

266

267 **THESE 4: KLIMASCHUTZ GELINGT NUR KONSEQUENT SOZIAL.**

268 **THESE 4: „FÜR SOZIAL GERECHTEN KLIMASCHUTZ“**

269

270 Die Klimakatastrophe muss mit aller Konsequenz aufgehalten werden. Die notwendigen Maß-
271 nahmen dürfen aber nicht dazu führen, andere Krisen zu verschärfen, insbesondere das Ar-
272 mutsrisiko zu erhöhen. Klimaschutzpolitik wird scheitern, wenn sie darauf setzt, Bürger*innen
273 mit ihren persönlichen Kaufentscheidungen und alltäglichen Verhaltensweisen in die Pflicht zu
274 nehmen, und gleichzeitig Verteilungskonflikte und Großinvestitionen scheut. Der Warmbadetag
275 für Senior*innen wird abgeschafft, während Tempolimit, Dienstwagenprivileg, Verbrennungsmo-
276 toren, Einwegplastik, Gaslaternen, innerdeutsche Flüge oder steuerfreies Kerosin nicht ange-
277 gangen werden und wegweisende Investitionen in kostenfreien ÖPNV, flächendeckende E-La-
278 destrukturen, verträglichere Landwirtschaft zu klein ausfallen.

279 Eine klimaschonende Lebensweise wird aus dem politischen in den privaten Verantwortungsbereich
280 der einzelnen Bürger*innen verschoben und bleibt auf diese Weise Statussymbol einer
281 einkommensstarken Minderheit. Um klimafreundliches Verhalten für alle alltagstauglich zu ma-
282 chen, braucht es verfügbare und bezahlbare Alternativen, insbesondere bei der Mobilität. Es
283 braucht mehr Tempo beim ökologischen Umbau der Wirtschaft durch Investitionshilfen und
284 klare Vorgaben und schließlich auch die politische Bereitschaft, die Privilegien der Wenigen zu
285 beschneiden, die mit ihrem überbordenden Lebensstil, das Klima weit überdurchschnittlich be-
286 lasten.

287 Die Klimakatastrophe muss mit aller Konsequenz aufgehalten werden. Vom Klimawandel be-
288 troffen sind vor allem die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten, oder marginalisierten Grup-
289 pen in unserer Bevölkerung. Sie wohnen in schlechter gedämmten oder von Hitze stärker be-
290 troffenen Wohnungen und Straßenzügen, sind stärker von den Emissionen, Schadstoff- und
291 Lärmbelastungen des Verkehrs betroffen und haben zugleich beschränkteren Zugang zu Mobi-
292 lität und sie arbeiten tendenziell in Berufen, die stärker vom Klimawandel betroffen sind.
293 Ebenso sind gesundheitlich beeinträchtigte und ältere Menschen überproportional durch Erder-
294 wärmung und Umweltverschmutzung betroffen. Für sie gilt es die Folgen abzdämpfen und das
295 weitere Fortschreiten des Klimawandels aufzuhalten. Die energetisch schlechtesten Gebäude
296 müssen zum Beispiel zuerst saniert werden und besondere Maßnahmen für verstärkt be-
297 troffene Menschen umgehend umgesetzt werden.

298

299 Besonders in diesen beiden letzten Jahren haben wir aber auch gesehen, dass die Folgen des
300 Klimawandels zum Beispiel durch vermehrte Niedrigwasserphasen am Rhein unseren Indust-
301 rie- und Wirtschaftsstandort gefährden, unsere Lebensmittelversorgung und unsere Wälder
302 durch Trockenphasen bedrohen oder unser unsere Städte wie beim Hochwasser 2021 überflu-
303 ten. Die Folgen des Klimawandels treffen uns alle und sind auch eine Bedrohung für Arbeits-
304 plätze und den Lebensstandort NRW. Eine gute Zukunft gibt es nur mit Klimaschutz.

305 Die notwendigen Maßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht dazu führen, an-
306 dere Krisen zu verschärfen, insbesondere das Armutrisiko zu erhöhen. Gleichzeitig darf Klima-
307 schutz auch nicht einfach in die Verantwortung des Einzelnen verschoben werden. Um klima-
308 freundliches Verhalten für alle alltagstauglich zu machen, braucht es verfügbare und bezahl-
309 bare Alternativen, insbesondere z.B. bei der Mobilität. Es braucht mehr Tempo beim Umbau der
310 Wirtschaft durch Investitionshilfen und klare Vorgaben und schließlich auch die politische Be-
311 reitschaft, die Privilegien der Wohlhabenden zu beschneiden, die mit ihrem überbordenden Le-
312 bensstil, das Klima weit überdurchschnittlich belasten.

313



314 Die soziale und die ökologische Frage können nur und müssen gemeinsam gelöst werden. Für
315 konsequente Klimaschutzpolitik brauchen wir einen starken Staat und eine gestaltende Politik,
316 die Verteilungs- und Interessenskonflikte nicht scheut oder dem Markt überlässt, sondern sie
317 offen angeht und auflöst. Für eine soziale Klimapolitik brauchen wir eine zugeschnittene Politik,
318 die ohne Gießkannen funktioniert und eine Abschaffung von Privilegien.

319

320 In diesem Sinne fordern wir

321 kurzfristig:

- 322 – die beschleunigte Einführung des „Klimageldes“ als direkte Entlastung vom CO2-Preis für
- 323 Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen,
- 324 – die Wiedereinführung attraktiver Zuschüsse für die energetische Voll-Sanierung von Miet-
- 325 wohnungen und Eigenheimen bzw. -wohnungen,
- 326 – das generelle Tempolimit auf Autobahnen,
- 327 – das generelle Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und ein vorübergehendes Tempo-
- 328 limit von 100, um Energie zu sparen.
- 329 – den Ausschluss klimaschädlicher Soforthilfen wie den Tankrabatt,
- 330 – mehr städtische Zuschüsse für bedürftige Haushalte, um energiesparende Haushaltsgeräte
- 331 anzuschaffen,
- 332 – die Ausweitung der aufsuchenden Energieberatung zum Strom- und Gassparen im Haus-
- 333 halt.

334 mittelfristig:

- 335 – die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs als Finanzierungsbeitrag für ein bundesweit
- 336 kostengünstiges ÖPNV-Angebot,
- 337 – die Besteuerung von Kerosin als Finanzierungsbeitrag zur Kostensenkung von DB-Tickets
- 338 im Fernverkehr,
- 339 – ein EU-weites Verbot von Einwegplastik, inklusive Verpackungen,
- 340 – den massiven Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur,
- 341 – nachhaltig, klimaschonend erzeugte Grundnahrungsmittel auf pflanzlicher Basis kosten-
- 342 günstiger anzubieten als konventionell erzeugte Lebensmittel tierischer Herkunft
- 343 – eine Investitionsoffensive (Ausbau, Instandhaltung, Reinigung) für die Düsseldorfer Bahn-
- 344 höfe, insbesondere die Erweiterung des S-Bahnhofs Gerresheim zu einer attraktiven und
- 345 barrierefreien Stadtteilverbindung,
- 346 – eine Neubewertung der Düsseldorfer Gaslaternen-Regelung, um mehr Laternen als bislang
- 347 vorgesehen klimafreundlich umzurüsten,
- 348 – die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung mit Nachdruck umzusetzen.

349

350 – Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland soll in Zukunft überwiegend zu-

351 sammen mit Partnern im Europäischen Wirtschaftsraums organisiert werden, wodurch

352 Nachhaltigkeit mit einer demokratisch legitimierten Wertschöpfungskette gewährleistet

353 wäre.“

- 354 – die Vereinfachung der steuerlichen Bewertung von privat erzeugtem Photovoltaik-Strom
- 355 und Mieterstrom

356 – ein günstiges und bundesweit einfach zu nutzendes Ticketsystem und gleichzeitig langfris-

357 tig deutlich höhere Investitionen in die Infrastruktur (zB -netz, Personal, Züge)



358 – Investitionen in den Radverkehr, so dass er eine echte Alternative in der Nahmobilität bie-
359 tet. Als Richtwert für Städte sollten Investitionen in Höhe von mindestens 25,- € pro Ein-
360 wohner und Jahr in die Fahrradinfrastruktur gelten

361 – Klare Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen. Dies
362 führt zu Investitionen in den Klimaschutz und macht den Standort Deutschlandzukunftsä-
363 hig. Dies sichert Beschäftigung.

364 – die Beendigung der Förderungen für klimaschädliche Technologien.

365 Ein starker Lebensstandort braucht einen starken Wirtschafts- und Industriestandort

366 Düsseldorf ist starker Wirtschafts- und Industriestandort, der vielen Menschen Arbeit und Wohl-
367 stand bietet. Gute Arbeit ist die Voraussetzung für gutes Leben. Fachkräfte in Handwerk, In-
368 dustrie und allen Wirtschaftsbereichen sind essentiell für die Zukunft. Diese Arbeitsplätze gilt es
369 zu sichern und zu vermehren. Dafür braucht es starke Gewerkschaften, ebenso wie den Dialog
370 mit der Industrie. Eine starke Industrie kann es nur geben, wenn die Wirtschaft gute und tarif-
371 vertragliche Arbeit bietet.

372 Ohne die Innovation und Leistungen der Unternehmen und insbesondere der vielen KMU ge-
373 lingt uns die Transformation zu einer klimaneutralen und gerechten Gesellschaft der Zukunft
374 nicht. Wie unsere gesamte Gesellschaft sind unsere Wirtschaft und unsere Industrie im Wan-
375 del. Die Digitalisierung, der Klimawandel und die damit verbundene Transformation zur Kli-
376 maneutralität und andere Herausforderungen zwingen die Unternehmen sich auf die Zukunft
377 ausrichten. Dabei gilt es zu unterstützen und die Unternehmen anzutreiben, aber auch sie in die
378 Pflicht zu nehmen.

379 Die Krise trifft auch alle Unternehmen. Es gilt unseren Wirtschafts- und Industriestandort und
380 damit unseren Wohlstand zu sichern. Dazu braucht es zielgerichtete Unterstützung für Unter-
381 nehmen, die durch die hohen Energiepreise betroffen oder durch Abwanderung bedroht sind.

382 Auch abseits der Energiekrise spüren wir, dass die vielen Krisen das globalisierte Wirtschafts-
383 system in seinen Grundfesten erschüttern. Lebenswichtige Produkte sind nicht oder schlecht
384 verfügbar, die globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sind gestört. Einerseits gilt es Res-
385 sourceeffizienz und Kreislaufwirtschaft sowie die Nutzung heimischer Ressourcen zu stärken,
386 andererseits brauchen wir den aktiven Wieder- und Neuaufbau und die Stärkung regionaler und
387 europäischer Wertschöpfungsketten. Eine gerechte Gesellschaft braucht aktive Industrie- und
388 Wirtschaftspolitik.

389 Wir fordern:

390 Kurzfristig

391 Auf Bundesebene

392 – Die Entlastung von unverschuldet durch die Energiekrise in Not geratenen Unternehmen
393 z.B. durch die Deckelung der Energiekosten bei 75% des Verbrauchs

394 – Die Unterstützung von Unternehmen bei der kurzfristigen Umstellung der Energieversor-
395 gung

396 – Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch erweitertes Kurzarbeitergeld, Jobgarantien und
397 Kündigungsverbote

398 – Die konsequente Abschöpfung von Übergewinnen von Energieunternehmen und Banken



- 399 – Die Deckelung der Energiekosten für Unternehmen. 80% der Energiekosten sollen durch
400 den Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu Marktpreisen, damit ein
401 Anreiz zum Energiesparen geschaffen wird

402 Auf Landesebene

- 403 – Stützung der Wirtschaft durch unbürokratische und kurzfristige Hilfspakete und Kredite,
404 grade für Selbständige, kleinere und mittlere Handwerks- Gewerbebetriebe

405 Auf kommunaler Ebene

- 406 – Den Erhalt von Flächen für Industrie und Gewerbe

407 Mittelfristig

408 Auf Bundesebene

- 409 – Eine aktive Wirtschaftspolitik zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und im Sinne
410 der Daseinsvorsorge

- 411 – Die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler Energie

- 412 – Die Förderung von und Verpflichtung zum klimaneutralen Umbaus von Unternehmen

- 413 – Die Fachkräftesicherung durch die Ausbildungsplatzgarantie

- 414 – gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren

415 Auf Landesebene

- 416 – die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler Energie

- 417 – gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren

- 418 – den Ausbau der Mobilitätsangebote mit besonderem Fokus auf Arbeitnehmer*innen

419 Auf kommunaler Ebene

- 420 – Düsseldorf als nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftsstandort wahrzunehmen und zu posi-
421 tionieren

- 422 – gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren

- 423 – den Erhalt und die Schaffung von Flächen für Industrie und Gewerbe

424

425 THESE 5: DEMOKRATIE BRAUCHT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.

426 Wir sehen – genauso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund – dringenden Handlungsbedarf,
427 um die Einnahmesituation des Staates zu verbessern, Investitionen in Infrastruktur und Klima-
428 schutz zu ermöglichen, den Sozialstaat und Gemeinwesen zu stärken und gleichzeitig Bür-
429 ger*innen mit mittlerem und geringem Einkommen zu entlasten. ~~Dazu gehört auch die Erkennt-~~
430 ~~nis, dass die starken Schultern mehr tragen müssen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten –~~
431 ~~insbesondere in Krisenzeiten. Wir treten dafür ein, dass der Staat seine Einnahmehasis verbes-~~
432 ~~sert, um soziale Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen und Wohlstand und Krisenkosten ge-~~
433 ~~rechter zu verteilen.~~

434 Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen und den Wohlstand aller, nicht der Wenigen
435 zu sichern, gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung. Wir fordern
436 unsere Regierung auf, ausreichend Mittel aus dem Bundeshaushalt in die dringend erforderli-
437 che Umverteilung zu investieren. Steuern, Zölle und Gebühren müssen gerecht auf die Schul-
438 tern der Bürger*innen verteilt werden. Ein Sozialstaat verteilt dabei nur so viel Last auf ein Paar
439 Schultern, wie diese auch tragen können.



440

441 Daher fordern wir

442 kurzfristig:

- 443 – eine Krisenabgabe auf große Vermögen,
- 444 – ~~das Abschöpfen von Krisenprofiten durch die Einführung einer Übergewinnsteuer zugun-~~
- 445 ~~sten von Haushalten mit wenig Geld~~
- 446 – Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer zugunsten der Kommunen, um die Spekulation
- 447 mit Grund und Boden einzuschränken,
- 448 – die konsequente Umsetzung der Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke in Düsseldorf
- 449 ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2025,
- 450 – die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 60% für extrem hohe Einkommen von mehr als
- 451 250.000 € im Jahr,
- 452 – die Abschaffung der Schuldenbremsen für den Bundes- und den städtischen Haushalt.
- 453 – **die Abschaffung der kalten Progression**

454

455 mittelfristig:

- 456 – die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer mit einem Höchstsatz von 5% auf Vermö-
- 457 gen von mehr als 2 Millionen €,
- 458 – eine wirksame und gerechte Erbschaftssteuer in Höhe von bis zu 50% auf Vermögen von
- 459 über 100 Millionen € und von 70% bei Vermögen von über 500 Millionen €. Die bewährten
- 460 Freibeträge für Verwandte sollen beibehalten werden. Die extreme steuerliche Bevorzu-
- 461 gung von vererbtem Betriebsvermögen soll durch eine langjährige Streckung der Steuer-
- 462 schuld ersetzt werden.
- 463 – die Einführung einer wirksamen Finanztransaktionssteuer auf alle Produkte des Finanz-
- 464 marktes,
- 465 – die Stärkung der Steuerfahndung nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens unter SPD-Fi-
- 466 nanzminister Norbert Walter-Borjans, um verstärkt gegen organisierte (Wirtschafts-) Krimi-
- 467 nalität, Geldwäsche und illegale Umsatzsteuerkarusselle vorzugehen.
- 468 – **eine Reform der Kapitalertragssteuer, damit Kapitalerträge (Dividenden, Zinserträge und**
- 469 **realisierte Kursgewinne) künftig nicht mehr pauschal, sondern wie Löhne und Gehälter mit**
- 470 **dem tatsächlichen, individuellen Steuersatz abgerechnet werden. Bis zu einer bestimmten**
- 471 **Summe soll es einen Freibetrag geben.**
- 472 – **eine grundlegende Reform des Steuersystems, die es vereinfacht und Schlupflöcher**
- 473 **schließt**
- 474 – **die Schaffung eines Bundes-Bildungs- und Erziehungsgerechtigkeitsfonds, welcher zur Bil-**
- 475 **dung und Auszeichnung von Leuchtturm-Projekt-Schulen in sozial-benachteiligten Stadttei-**
- 476 **len genutzt werden soll.**

477



1 **Ä O**

2 Antragsteller: OV Benrath-Urdenbach, Bilk, Düsseltal-Flingern, Oberkassel-Niederkassel,
3 Rheinbogen-Süd, Wittlaer-Kalkum, AfB, Jusos
4 Adressat: UB-Parteitag

5

6 **ÄNDERUNGSANTRAG**

7 **Achtung: Zeilennummerierung hat sich geändert.**

8 **GENERELL**

9 Ordne die Forderungen in allen Thesen innerhalb der Zeiträume nach Bundes-, Landes- und kommunaler
10 Ebene.

11 **EINLEITUNG**

12 Ersetze Zeile 6-55 durch

13 „Viele Menschen in Deutschland stehen vor der banger Frage: Wird es mir, wird es meiner Familie mor-
14 gen noch gut gehen? Angesichts von Klimawandel, Kriegen und Krisen sind diese Sorgen berechtigt und
15 wir sehen uns mit existenziellen Nöten, Naturkatastrophen und Radikalisierung konfrontiert.

16 Mehr denn je benötigt Deutschland eine Politik mit sichtbarer sozialdemokratischer Handschrift, die in
17 der aktuellen Krisensituation auf Gerechtigkeit, Solidarität und konkrete Hilfe setzt.

18 Gefragt ist ein koordiniertes soziales Maßnahmenpaket, das der drohenden finanziellen Überforderung
19 und den Existenzängsten in weiten Teilen der Bevölkerung entgegenwirkt. Bis in den Mittelstand breiten
20 sich Sorgen vor einem sozialen Abstieg und drohender Armut aus.

21 In den vergangenen Jahren wurde zu wenig unternommen, um:

22 - die Infrastruktur zu erhalten und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.

23 - individuellen Wohlstand durch offene Bildungswege und gute Arbeit zu ermöglichen.

24 - eine klimagerechte Wirtschaft und Verwaltung sowie ein nachhaltiges Leben zu fördern.

25 - Pflege- und Fürsorgeberufe mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung attraktiver zu ma-
26 chen.

27 - den Fachkräftemangel aktiv zu bekämpfen.

28 - Erziehungs- und Familienarbeit gleichberechtigt zu ermöglichen.

29 - soziale Spaltung – vor allem zwischen arm und reich – aufzuhalten und mehr Verteilungsgerechtigkeit
30 herbeizuführen.

31 Für diese Versäumnisse zahlen viele Menschen in unserem Land einen besonders hohen Preis: 2021 wa-
32 ren rund 13 Millionen Menschen armutsgefährdet (Pressemitteilung Nr. 327, 4. August 2022, Statisti-
33 sches Bundesamt). Sie wissen schon in der Mitte des Monats nicht mehr, wie sie am Ende des Monats
34 ihre Rechnungen bezahlen sollen. Trotz ihres Einkommens und/oder staatlicher Hilfen sind sie abhängig
35 von nicht-staatlichen Hilfen. Diese Menschen werden im Sozialstaat Deutschland trotz Bemühungen noch
36 nicht ausreichend bedacht. Dabei gehört die Sorge für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und den



37 Wohlstand aller, nicht der Wenigen, zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung. Dem
38 muss Politik (wieder) gerecht werden.

39 In schwierigen Zeiten wie diesen keine einfache Herausforderung: Dauern die aktuellen Krisen weiter an,
40 wird es noch schwerer, Wohlstand zu erreichen. Immer mehr, also auch Menschen mit durchschnittli-
41 chen Einkommen, haben die Sorge, in diesem Winter ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen zu
42 können. Die wenigen Ersparnisse sind schnell aufgebraucht.

43 Neben unzähligen persönlichen Herausforderungen wächst aus Abstieg und Armut auch eine Gefahr für
44 unsere demokratische Gesellschaft. Wir erleben, dass Frust über Ungerechtigkeit ein Nährboden für poli-
45 tische Extreme und/oder soziale Unruhen sein kann.

46 Doch: Wir können dem entgegenwirken. Die Solidarität in der Corona-Pandemie, während der Flutkata-
47 strophe im vergangenen Jahr oder die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischer Geflüchteter belegt ein-
48 drucksvoll: Unsere Gesellschaft ist bereit, sich persönlich einzubringen, damit es allen besserght.

49 Sozialdemokratische Politik lässt die Bürger*innen in ihrem Engagement nicht allein. Die Krisenbewälti-
50 gung wird nicht „privatisiert“. Das Kurzarbeitergeld in der Corona-Pandemie, die Entlastungspakete oder
51 das 9-Euro-Ticket zeigen, dass unsere Politik spürbar zu Verbesserung führt.

52 Das ist im Sinne einer gerechten Umverteilung noch ausbaufähig. Wir als Sozialdemokratie müssen dabei
53 vorangehen und Weichen stellen, die Bürger*innen, Vereine und Verbände langfristig und nachhaltig zu
54 entlasten und gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen. Die folgenden sechs Thesen und darin unter-
55 gliederten Maßnahmen sind dafür unabdingbar.“

56 THESE 1

57 Ergänze nach Zeile 80 einen neuen Spiegelstrich „- Deckelung der Energiekosten für die Bevölkerung.
58 80% der Energiekosten sollen durch den Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu
59 Marktpreisen, damit ein Anreiz zum Energiesparen geschaffen wird.“

60 Ersetze Zeile 84: „ Wir setzen uns ergänzend zum bundesweiten 49 Euro-Ticket für ein landesweites 29
61 Euro-Ticket ein.“

62 Ersetze Zeile 85f durch “- Das Bürgergeld muss stets an die Inflationsrate angepasst werden.“

63 Ergänze nach Zeile 86 einen neuen Spiegelstrich: „- die beschleunigte Einführung von Kindergrundsiche-
64 rung in Höhe von 600 Euro bis 2024 mit Leistungssätzen, die die Bildungskosten realistisch abdecken und
65 Kinderarmut verhindern,“

66 Ergänze nach Zeile 90 einen neuen Spiegelstrich: „- für ein Moratorium gegen Versorgungssperren im Be-
67 reich des Daseinsvorsorge (Energie, Wasser,...) bei nicht selbstverschuldeter Zahlungsunfähigkeit“

68 Ergänze nach Zeile 104 einen neuen Spiegelstrich „- die Einführung eines Pilotprojekts zu kostenlosen
69 ÖPNV-Angeboten in Düsseldorf. „

70 Ergänze nach Zeile 104 einen neuen Spiegelstrich „- städtisch geförderter sozialer Wohnungsbau für un-
71 terbezahlte Fachkräfte wie Pflegerinnen als auch zukünftige Fachkräfte wie Studierende und Auszubil-
72 dende.“

73

74



75 THESE 2

76 Ergänze in Zeile 131 „durch die Übernahme, der in den kommunalen Haushalten gesondert ausgewiese-
77 nen Coronaschulden““

78 Ergänze nach Zeile 135 einen neuen Spiegelstrich: „- die Stadt Düsseldorf dazu auf, für die Stadtwerke
79 Düsseldorf ein Moratorium zu erstellen, das das Abschalten von Energielieferungen wie Gas und Strom
80 ausschließt.“

81 Ergänze nach Zeile 142 einen neuen Spiegelstrich „ - Boden muss in öffentliche Hand, um ihn der Speku-
82 lation zu entziehen. Diese kann ihn dann über Erbpachtmodelle Selbstnutzer*innen bzw. für bezahlbaren
83 Mietwohnungsbau zur Verfügung stellen.“

84 Ergänze nach Zeile 142 einen neuen Spiegelstrich „ - verstärkte finanzielle Unterstützung von sozialen
85 Einrichtungen für das Allgemeinwohl wie die Tafel mit städtischen Mitteln.“

86 THESE 3

87 Ersetze in Zeile 143: „Viele brauchen mehr Geld zum Leben.“ durch „Für ausreichende Löhne in und nach
88 der Krise“

89 Ersetze in Zeile 144: „’Mitarbeite*r/Auszubildende dringend gesucht‘“ durch „’Mitarbeiter*in/Auszubil-
90 dende*r dringend gesucht‘“

91 Ersetze in Zeile 155 „Vollen“ durch „angemessenen“

92 Streiche in Zeile 155ff: “Das ist Garant dafür, [...] Wohlstand sichert.”

93 Ergänze nach Zeile 157: “Deshalb solidarisieren wir uns mit allen streikenden Arbeitnehmer*innen und
94 unterstützen die gewerkschaftlichen Bemühungen der DGB Mitgliedsgewerkschaften nach all unseren
95 Möglichkeiten.”

96 Ergänze in Zeile 158 hinter „die Anhebung und Ausweitung des BAFöG“ “inklusive des Meisterbafög und
97 einem elternunabhängigen BAFöG“

98 Ergänze in Zeile 161 hinter „Ausbildungsgarantie“ “Dabei müssen Unternehmen ab einer festzulegenden
99 Größe entweder Ausbildungsplätze anbieten, oder eine Umlage zahlen.“

100 Ergänze in Zeile 163 hinter „und unsichere Beschäftigung“ „durch die Begrenzung von Leiharbeit, die Ab-
101 schaffung Sachgrundloser Befristungen.“

102 Ergänze in Zeile 164 hinter „Azubi-Mindestvergütung“ „über die Inflationsrate hinaus.“

103 Ergänze nach Zeile 169 einen neuen Spiegelstrich „- die Angleichung von Löhnen für Menschen, die in
104 Werkstätten für angepasste Arbeit beschäftigt sind“

105 Ergänze nach Zeile 169 einen neuen Spiegelstrich: “auch die Einführung der Bürgerversicherung bleibt in
106 diesem Kontext ein notwendiges Anliegen“

107 THESE 4

108 Ersetze Zeile 170 durch „Für sozial gerechten Klimaschutz“



109 Ersetze Zeile 171 bis 187 durch „Die Klimakatastrophe muss mit aller Konsequenz aufgehalten werden.
110 Vom Klimawandel betroffen sind vor allem die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten, oder marginali-
111 sierten Gruppen in unserer Bevölkerung. Sie wohnen in schlechter gedämmten oder von Hitze stärker
112 betroffenen Wohnungen und Straßenzügen, sind stärker von den Emissionen, Schadstoff- und Lärmbelas-
113 tungen des Verkehrs betroffen und haben zugleich beschränkteren Zugang zu Mobilität und sie arbeiten
114 tendenziell in Berufen, die stärker vom Klimawandel betroffen sind. Ebenso sind gesundheitlich beein-
115 trächtigte und ältere Menschen überproportional durch Erderwärmung und Umweltverschmutzung be-
116 troffen. Für sie gilt es die Folgen abzdämpfen und das weitere Fortschreiten des Klimawandels aufzuhal-
117 ten. Die energetisch schlechtesten Gebäude müssen zum Beispiel zuerst saniert werden und besondere
118 Maßnahmen für verstärkt betroffene Menschen umgehend umgesetzt werden.

119 Besonders in diesen beiden letzten Jahren haben wir aber auch gesehen, dass die Folgen des Klimawan-
120 dels zum Beispiel durch vermehrte Niedrigwasserphasen am Rhein unseren Industrie- und Wirtschafts-
121 standort gefährden, unsere Lebensmittelversorgung und unsere Wälder durch Trockenphasen bedrohen
122 oder unser unsere Städte wie beim Hochwasser 2021 überfluten. Die Folgen des Klimawandels treffen
123 uns alle und sind auch eine Bedrohung für Arbeitsplätze und den Lebensstandort NRW. Eine gute Zukunft
124 gibt es nur mit Klimaschutz.

125 Die notwendigen Maßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht dazu führen, andere Krisen
126 zu verschärfen, insbesondere das Armutsrisiko zu erhöhen. Gleichzeitig darf Klimaschutz auch nicht ein-
127 fach in die Verantwortung des Einzelnen verschoben werden. Um klimafreundliches Verhalten für alle
128 alltagstauglich zu machen, braucht es verfügbare und bezahlbare Alternativen, insbesondere z.B. bei der
129 Mobilität. Es braucht mehr Tempo beim Umbau der Wirtschaft durch Investitionshilfen und klare Vorga-
130 ben und schließlich auch die politische Bereitschaft, die Privilegien der Wohlhabenden zu beschneiden,
131 die mit ihrem überbordenden Lebensstil, das Klima weit überdurchschnittlich belasten.

132 Die soziale und die ökologische Frage können nur und müssen gemeinsam gelöst werden. Für conse-
133 quente Klimaschutzpolitik brauchen wir einen starken Staat und eine gestaltende Politik, die Verteilungs-
134 und Interessenskonflikte nicht scheut oder dem Markt überlässt, sondern sie offen angeht und auflöst.
135 Für eine soziale Klimapolitik brauchen wir eine zugeschnittene Politik, die ohne Gießkannen funktioniert
136 und eine Abschaffung von Privilegien.“

137 Ersetze in Zeile 194: „das generelle Tempolimit auf Autobahnen,“ durch „das generelle Tempolimit von
138 130 km/h auf Autobahnen und ein vorübergehendes Tempolimit von 100, um Energie zu sparen.“

139 Streiche in Zeile 201f: „– als Finanzierungsbeitrag für“

140 Streiche in Zeile 203: „als Finanzierungsbeitrag zur“

141 Ergänze nach Zeile 206 einen neuen Spiegelstrich „- nachhaltig, klimaschonend erzeugte Grundnahrungs-
142 mittel auf pflanzlicher Basis kostengünstiger anzubieten als konventionell erzeugte Lebensmittel tieri-
143 scher Herkunft“

144 Ergänze nach Zeile 214 einen neuen Spiegelstrich „- ein günstiges und bundesweit einfach zu nutzendes
145 Ticketsystem und gleichzeitig langfristig deutlich höhere Investitionen in die Infrastruktur (zB -netz, Per-
146 sonal, Züge)“

147 Ergänze nach Zeile 214 einen neuen Spiegelstrich „- Investitionen in den Radverkehr, so dass er eine
148 echte Alternative in der Nahmobilität bietet. Als Richtwert für Städte sollten Investitionen in Höhe von
149 mindestens 25,- € pro Einwohner und Jahr in die Fahrradinfrastruktur gelten“



150 Ergänze nach Zeile 214 einen neuen Spiegelstrich „- Klare Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit
151 für Unternehmen zu schaffen. Dies führt zu Investitionen in den Klimaschutz und macht den Standort
152 Deutschland zukunftsfähig. Dies sichert Beschäftigung.“

153 Ergänze nach Zeile 214 einen neuen Spiegelstrich „die Beendigung der Förderungen für klimaschädliche
154 Technologien“

155 Ergänze nach Zeile 214 einen neuen Spiegelstrich „Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutsch-
156 land soll in Zukunft überwiegend zusammen mit Partnern im Europäischen Wirtschaftsraum organisiert
157 werden, wodurch Nachhaltigkeit mit einer demokratisch legitimierten Wertschöpfungskette gewährleis-
158 tet wäre.“

159

160 Ergänze THESE 4 bis

161 Ein starker Lebensstandort braucht einen starken Wirtschafts- und Industriestandort

162 Düsseldorf ist starker Wirtschafts- und Industriestandort, der vielen Menschen Arbeit und Wohlstand bie-
163 tet. Gute Arbeit ist die Voraussetzung für gutes Leben. Fachkräfte in Handwerk, Industrie und allen Wirt-
164 schaftsbereichen sind essentiell für die Zukunft. Diese Arbeitsplätze gilt es zu sichern und zu vermehren.
165 Dafür braucht es starke Gewerkschaften, ebenso wie den Dialog mit der Industrie. Eine starke Industrie
166 kann es nur geben, wenn die Wirtschaft gute und tarifvertragliche Arbeit bietet.

167 Ohne die Innovation und Leistungen der Unternehmen und insbesondere der vielen KMU gelingt uns die
168 Transformation zu einer klimaneutralen und gerechten Gesellschaft der Zukunft nicht. Wie unsere ge-
169 samte Gesellschaft sind unsere Wirtschaft und unsere Industrie im Wandel. Die Digitalisierung, der Klima-
170 wandel und die damit verbundene Transformation zur Klimaneutralität und andere Herausforderungen
171 zwingen die Unternehmen sich auf die Zukunft ausrichten. Dabei gilt es zu unterstützen und die Unter-
172 nehmen anzutreiben, aber auch sie in die Pflicht zu nehmen.

173 Die Krise trifft auch alle Unternehmen. Es gilt unseren Wirtschafts- und Industriestandort und damit un-
174 seren Wohlstand zu sichern. Dazu braucht es zielgerichtete Unterstützung für Unternehmen, die durch
175 die hohen Energiepreise betroffen oder durch Abwanderung bedroht sind.

176 Auch abseits der Energiekrise spüren wir, dass die vielen Krisen das globalisierte Wirtschaftssystem in sei-
177 nen Grundfesten erschüttern. Lebenswichtige Produkte sind nicht oder schlecht verfügbar, die globalen
178 Liefer- und Wertschöpfungsketten sind gestört. Einerseits gilt es Ressourceneffizienz und Kreislaufwirt-
179 schaft sowie die Nutzung heimischer Ressourcen zu stärken, andererseits brauchen wir den aktiven Wie-
180 der- und Neuaufbau und die Stärkung regionaler und europäischer Wertschöpfungsketten. Eine gerechte
181 Gesellschaft braucht aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik.

182 Wir fordern:

183 Kurzfristig

184 Auf Bundesebene

- 185 - Die Entlastung von unverschuldet durch die Energiekrise in Not geratenen Unternehmen z.B.
- 186 durch die Deckelung der Energiekosten bei 75% des Verbrauchs
- 187 - Die Unterstützung von Unternehmen bei der kurzfristigen Umstellung der Energieversorgung



- 188 - Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch erweitertes Kurzarbeitergeld, Jobgarantien und Kündi-
189 gungsverbote
- 190 - Die konsequente Abschöpfung von Übergewinnen von Energieunternehmen und Banken
- 191 - Die Deckelung der Energiekosten für Unternehmen. 80% der Energiekosten sollen durch den
192 Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu Marktpreisen, damit ein Anreiz
193 zum Energiesparen geschaffen wird
- 194 Auf Landesebene
- 195 - Stützung der Wirtschaft durch unbürokratische und kurzfristige Hilfspakete und Kredite, grade
196 für Selbständige, kleinere und mittlere Handwerks- Gewerbebetriebe
- 197 Auf kommunaler Ebene
- 198 - Den Erhalt von Flächen für Industrie und Gewerbe
- 199 Mittelfristig
- 200 Auf Bundesebene
- 201 - Eine aktive Wirtschaftspolitik zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und im Sinne der Da-
202 seinsvorsorge
- 203 - Die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler Energie
- 204 - Die Förderung von und Verpflichtung zum klimaneutralen Umbaus von Unternehmen
- 205 - Die Fachkräftesicherung durch die Ausbildungsplatzgarantie
- 206 - gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren
- 207 Auf Landesebene
- 208 - die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler Energie
- 209 - gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren
- 210 - den Ausbau der Mobilitätsangebote mit besonderem Fokus auf Arbeitnehmer*innen
- 211 Auf kommunaler Ebene
- 212 - Düsseldorf als nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftsstandort wahrzunehmen und zu positionie-
213 ren
- 214 - gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren
- 215 - den Erhalt und die Schaffung von Flächen für Industrie und Gewerbe
- 216 **THESE 5**
- 217 Streiche Zeile 219ff: „Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass die starken Schultern mehr tragen müssen,
218 um die Gesellschaft zusammenzuhalten - insbesondere in Krisenzeiten.“
- 219 Streiche in Zeile 221ff „Wir treten dafür ein, dass der Staat seine Einnahmehasis verbessert, um soziale
220 Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen und Wohlstand und Krisenkosten gerechter zu verteilen.“
- 221 Ersetze in Zeile 221ff: „Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen und den Wohlstand aller, nicht
222 der Wenigen zu sichern, gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung. Wir for-
223 dern unsere Regierung auf, ausreichend Mittel aus dem Bundeshaushalt in die dringend erforderliche
224 Umverteilung zu investieren. Steuern, Zölle und Gebühren müssen gerecht auf die Schultern der Bür-
225 ger*innen verteilt werden. Ein Sozialstaat verteilt dabei nur so viel Last auf ein Paar Schultern, wie diese
226 auch tragen können.“
- 227 Streiche Zeilen 227-228 (neu in THESE 4bis)



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

- 228 Ergänze nach Zeile 235 einen neuen Spiegelstrich „- die Abschaffung der kalten Progression“
- 229 Ergänze nach Zeile 251 einen neuen Spiegelstrich „- eine grundlegende Reform des Steuersystems, die es
230 vereinfacht und Schlupflöcher schließt“
- 231 Ergänze nach Zeile 251 einen neuen Spiegelstrich „- Die Kapitalertragssteuer soll mindestens 25% betra-
232 gen. Bis zu einer bestimmten Summe soll es einen Freibetrag geben.“
- 233 Ergänze nach Zeile 251 einen neuen Spiegelstrich „- die Schaffung eines Bundes-Bildungs- und Erzie-
234 hungsgerechtigkeitsfonds, welcher zur Bildung und Auszeichnung von LeuchtturmProjekt-Schulen in so-
235 zial-benachteiligten Stadtteilen genutzt werden soll.
- 236



1

Ä 1

2 Antragsteller: Ortsverein Oberkassel-Niederkassel
3 Adressat: UB-Parteitag am 29.10.2022

4

5 Antrag wird voraussichtlich vom Antragsteller zurückgezogen, OV-Entscheidung heute Abend

6 ÄNDERUNGSANTRAG

7

8 Der Unterbezirksparteitag vom 29.10.2022 möge folgende Textfassung des Leitantrages in den
9 Zeilen 01 – 16 beschließen:

10

11 **Neue Einleitung statt Zeilen 1- 16**

12 Mehr denn je benötigt Deutschland eine Politik mit sichtbarer sozialdemokratischer Handschrift,
13 die in der aktuellen Krisensituation auf Gerechtigkeit, Solidarität und konkrete Hilfe setzt.

14

15 Gefragt ist ein koordiniertes soziales Maßnahmenpaket, das der drohenden finanziellen Über-
16 forderung und den Existenzängsten in weiten Teilen der Bevölkerung entgegenwirkt. Bis in den
17 Mittelstand breiten sich Sorgen vor einem sozialen Abstieg und drohender Armut aus. Viele Bü-
18 rger:innen stellen sich zu Recht die bange Frage: Wird es mir, wird es meiner Familie morgen
19 noch gut gehen?

20

21 Dazu mischen sich ebenso verständliche Befürchtungen, in welchem Ausmaß sich die Klima-
22 krise, die Folgen der Coronapandemie, der Krieg in der Ukraine sowie die zunehmenden inter-
23 nationalen Spannungen auf unser Gemeinwesen, unsere politische Stabilität und auf unseren
24 Wohlstand auswirken. Kann unsere Gesellschaft, kann unser Staat überhaupt so viele kumulie-
25 rende Krisen vertragen? Halten unser Wirtschaftssystem und der Arbeitsmarkt diese Belastun-
26 gen aus? Wie real ist die Gefahr eines eskalierenden Krieges? Mit welchen Folgen des Klima-
27 wandels müssen wir rechnen?

28

29 Die Herausforderungen sind gewaltig. Und sie treffen in Deutschland auf eine Gesellschaft, die
30 in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig unternommen hat, um ihre Widerstandsfähigkeit zu
31 stärken und ...

32

33 Hier weiter wie Zeile 17

34

35 **Begründung:**

36 Der Leitantrag des Unterbezirks Düsseldorf muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und
37 darf trotzdem nicht mit der Angst der Menschen spielen. Angst sollte nicht an den Anfang eines
38 sozialdemokratischen Leitantrages gestellt werden. Sozialdemokratische Politik bedeutet Auf-
39 bruch und das Herangehen an die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der
40 Zeit.

41

42 Die vorliegende Formulierung will die Fragen der Menschen hervorheben, die Herausforderun-
43 gen darstellen und von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Politik überzeugen.

44



1 **Antrag 1**

2 **Antragsteller:** Arbeitskreis EUROPA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Düsseldorf

3 **Adressat:** SPD Unterbezirk Düsseldorf, AK Europa der SPD NRW, Europaabgeordnete der SPD, SPD Bun-
4 destagsabgeordnete im Europaausschuss, SPD Ratsmitglieder im Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
5 internationale und regionale Zusammenarbeit (im Folgenden: „Adressaten“)

6

7 Es möge beschlossen werden:

8 **ERNEUERUNG EUROPAS**

9 **AUFFORDERUNG, DAS ENGAGEMENT ABERMALS ZU**

10 **VERSTÄRKEN AUFFORDERUNG, MEHR ZU KOMMUNIZIEREN**

11

12 Im Hinblick auf das Projekt „Konferenz zur Zukunft Europas“ und der Rede des
13 Bundeskanzlers Olaf Scholz in Prag v. 29.08.2022 wurden u. a. 178 Empfehlungen
14 dem Plenum der Konferenz zur weiteren Beratung in Europaparlament, Kommission
15 und dem Rat der EU überreicht.

16

17 Viele dieser Empfehlungen bedürfen keiner Vertragsänderungen und könnten somit
18 zeitnah umgesetzt werden. Daher erwartet der AK EUROPA DÜSSELDORF ungeachtet
19 anerkannter Bemühungen einen forcierten Einsatz und regelmäßige Fortschrittsberichte
20 insbesondere in Bezug auf folgende Themenbereiche:

21 **Reformen der Entscheidungsstrukturen in den EU-Gremien**

22 Die demokratisch gewählten und solchermaßen legitimierten Gremien der EU müssen
23 die ihnen zustehenden Rechte erhalten:

- 24 • Stärkung des Parlamentarismus, insb. das Initiativrecht des Parlaments
- 25 • Ersetzung des Einstimmigkeitsprinzips durch ein Mehrstimmigkeitsprinzip
- 26 • ein einheitliches europäisches Wahlrecht ab 16 Jahren
- 27 • Einrichtung transnationaler Listen und / oder die Einrichtung von Wahlkreisen,
28 die es der Bürgerschaft erlauben, eine Person ihrer Region in das Parlament zu
29 entsenden.

30

31 **Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik**

32 Wenn wir in einer Welt der erneuten Blockbildung (und dies findet statt) die Werte des
33 Ersten Abschnitts der Deutschen Verfassung und der Charta der Europäischen Union
34 wahren und verbessern wollen, dann müssen wir es endlich schaffen, als Europäische
35 Einheit mit **einem** (sic!) legitimierten Außenkommissariat verbindlich und mit Kompeten-
36 zen ausgestattet aufzutreten.

37 **Klimaschutzmaßnahmen**

38 Nur Randbereiche der Gesellschaft leugnen heutzutage die Tatsache des menschen-
39 gemachten Klimawandels. Dennoch schaffen es EU-Kommission und Europäischer Rat
40 nur maßvoll („Fit for 55“), angemessene Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen.
41 Hier gilt die Aufforderung an die sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktion S & D,
42 sich wirklich deutlicher in Haltung und Position dem Thema zu widmen.



43 **Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**

44 Nach wie vor werden die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Euro-
45 päischen Union nicht einheitlich vertreten. Dies führt dazu, dass Unternehmen anhal-
46 tend auf der Jagd nach monetär günstigeren Standorten die Beschäftigten in der EU
47 gegeneinander ausspielen. **Dies gilt es zu beenden.**

48 **Stärkung der „sozialen Säule“**

49 Die Stärkung der „sozialen Säule“ wurde beschlossen. Der Beschluss ist ebenso epo-
50 chal wie begrüßenswert – und unverbindlich. Die „soziale Säule“ ist nichts anderes als
51 das inhaltliche Pendant (Gegenstück) zum vertraglich vereinbarten Binnenmarkt. **Es**
52 **gilt also, den Binnenmarkt zu vollenden.**

53 **Kommunikation**

54 Der AK EUROPA der SPD Düsseldorf ist nicht das erste Gremium, das sich mit den
55 vorgenannten Aspekten an weiterführende Gremien wendet. Was die Basis der Partei
56 (jedes Mitglied / die kommunalen Gremien) vermisst, ist eine **regelmäßige Berichter-**
57 **stattung** und ein ebenso **regelmäßiger Austausch** zwischen den parlamentarisch Ge-
58 wählten und der Parteibasis. Da bisher keine Wahlkreise bestehen, ist jede gewählte
59 Person für das **Bundesgebiet** zuständig.

60 Folglich sollten sich **alle** gewählten Abgeordneten intensiver mit der europäisch interes-
61 sierten Basis in **ganz Deutschland** auseinandersetzen. Damit leugnen wir nicht das
62 Engagement der Mandatierten. Wir vermissen die Kommunikation nach innen und nach
63 außen. Zeitnaher möchten wir informiert sein über:

- 64
- 65 • den aktuellen Fahrplan / Kurzfristplan unserer Mandatierten
 - 66 • die konkreten Maßnahmen und Aktivitäten unserer Mandatierten
 - 67 • Vorschläge dazu, wie wir eine breitere Öffentlichkeit sozialdemokratisch
überzeugen können

68



1 **Antrag 2**

2 Antragsteller: OV Bilk

3 Adressat: Unterbezirksvorstand / Unterbezirksgeschäftsstelle

4

5 **BESCHLUSSKONTROLLE**

6 **Vom Antragsteller zurückgezogen**

7

8 **Beschlusstext:**

9 Die Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, eine Beschlusskontrolle für Beschlüsse des
10 Unterbezirksparteitags zu ermöglichen.

11

12 Die Beschlüsse des Unterbezirksparteitag sollen in einer Tabelle übersichtlich zusam-
13 mengestellt, mit Adressaten des Beschlusses und deren Umgang damit gesammelt und
14 jeweils aktualisiert beim darauffolgenden Parteitag mit der Einladung versendet werden.

15

16 **Begründung:**

17 Die Beschlüsse des Unterbezirksparteitags und der Umgang mit diesen durch die oft-
18 mals adressierten Gremien und Institutionen sind bislang nicht ausreichend dokumen-
19 tiert.

20

21



1 **Antrag 3**

2 Antragsteller: OV Bilk
3 Adressat: N.N.

4
5

6 **ENTLASTUNGSPAKETE FÜR DÜSSELDORF & NRW**

7
8

Die SPD Düsseldorf fordert den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und die schwarz-grüne Landesregierung auf Entlastungspakete aufzulegen.

9
10

11 **Begründung:**

12 Die SPD geführte Bundesregierung hat in drei Entlastungspaketen 240-250 Milliarden
13 Euro mobilisiert um die Lasten, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine
14 entstanden sind, bei der Bevölkerung, Unternehmen, Vereinen sowie Institutionen ab-
15 zufedern.

16 Die schwarz-grün regierte Landeshauptstadt Düsseldorf samt ihres CDU Oberbürger-
17 meisters und das ebenso regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen tun jedoch so, als
18 ob es nicht ihre Aufgabe wäre ebenso zur Entlastung beizutragen. Jegliche Verantwor-
19 tung wird auf den Bund abgewälzt und stattdessen zusätzliche finanzielle Forderungen
20 gestellt. Lasten sollten aber gleichmäßig verteilt werden, zumal viele Möglichkeiten zur
21 Entlastung in die Zuständigkeit der Kommunen oder der Länder fallen.

22
23



1 **Antrag 4**

2 Antragsteller: OV Bilk und AK Europa

3 Adressat: UB-Vorstand

4

5 **EUROPA BRAUCHT EUROPÄER*INNEN – HEUTE INS MORGEN** 6 **STARTEN**

7

8 Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirksvorstand mit folgenden Punkten:

9

- 10 • Die umgehende Besetzung einer Taskforce ‚Europawahl‘
- 11 • Einen von anderen Ebenen unabhängigen Grundzeitplan zur Vorbereitung der
- 12 Wahl
- 13 • Einen Plan zur Vorbereitung, Einbindung und Motivation der Parteibasis
- 14 • Eine Wahlkampfideenwerkstatt spätestens ein Jahr vor der Wahl
- 15 • Eine Wahlkampfwerkstatt kurz vor Beginn des Straßenwahlkampfes
- 16 • Einen inhaltlichen Parteitag mit Europaschwerpunkt 2023 (möglicherweise kom-
- 17 biniert mit Werkstatt 1)
- 18 • Die europapolitische Aufladung kommunalpolitischer Debatten (wo möglich und
- 19 angebracht)
- 20 • Die frühzeitige europapolitische Positionierung in der Öffentlichkeit

21 **Begründung:**

22 Nicht erst seit der offensichtlichen Uneinigkeit der Staaten der EU mit Blick auf den russischen
23 Angriffskrieg ist allen klar: Das Europa, wie wir es uns wünschen würden, ist in Gefahr. Der
24 jahrzehntelange Vorrang nationaler Interessen, der Dominanz von Wettbewerb vor Daseinsvor-
25 sorge, die Wahlerfolge von rechtsradikalen und faschistischen Parteien haben am Fundament
26 eines demokratischen Europas gerüttelt. In vielen Ländern sind die Folgen der letzten Finanz-
27 krise noch immer zu spüren, die stetige Umverteilung von unten nach oben in allen Mitglieds-
28 staaten, die Klimakrise, Corona, der russische Angriffskrieg und die folgende Energiekrise ha-
29 ben viele Menschen verunsichert und – teils zu Recht – wütend gemacht. Wo es europäische
30 Lösungen gab, haben sie getragen. Wo wir versagt haben, haben die Menschen die Folgen
31 verschiedenster Krisen umso härter zu spüren bekommen. Zur gleichen Zeit haben Rechte, Ult-
32 rakonservative und Neofaschisten mit vermeintlich einfachen Lösungen von der Verunsiche-
33 rung profitiert und Menschen manipuliert. Ihr Version von Europa heißt ‚Europa der Vaterländer‘
34 und ihr Zukunft ist das Gegenteil von Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

35

36 Die einzige Antwort auf die Krisen der Zeit kann eine gemeinsame sein. Der einzige Weg in die
37 Zukunft Europas kann ein gemeinsamer sein. Der einzig erfolgreiche Weg kann ein sozialde-
38 mokratischer sein. Dazu müssen die Parteien der Sozialdemokratischen Partei Europas die
39 Wahl 2024 gewinnen – mit einer klaren Vision von einer besseren EU. Wir können alle vor Ort
40 unseren Beitrag leisten. Jetzt haben wir noch über 18 Monate Zeit bis zur Wahl. Es ist der rich-
41 tige Moment, um sich für die Europawahl aufzustellen und sich einen Zeitplan zu geben, um die
42 notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf in Düsseldorf zu schaffen,
43 um uns alle zu aktivieren und zu motivieren und auch die Öffentlichkeit bereits für die Europa-
44 wahl zu sensibilisieren. Die vorliegenden Punkte liefern Struktur und einen ersten Grundzeitplan
45 auf dem Weg dorthin, 2024 bei der Europawahl als stärkste Kraft in Düsseldorf abzuschneiden.



1 **Antrag 5**

2 Antragsteller: OV Bilk

3 Adressat: N.N.

4

5

6 **BUS UND BAHN FÜR ALLE BEZAHLBAR MACHEN**

7

8 Nach dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz wird ein bundesweit gültiges Ticket für 49€ für Bus und Bahn ermöglicht. Damit wird Mobilität einfacher, Tarifgrenzen von Verkehrsverbänden überwunden und Mobilität günstiger. Das begrüßt die SPD
10 Düsseldorf. Zu Sozialtickets und Lösungen für Kinder und Jugendliche gibt es keine
11 Regelungen, ebenso für Mobilität nur in NRW. Daher fordern wir auch hier Antworten,
12 die durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegeben und auf den Weg gebracht werden müssen:
13

14

- 15
- 16 • Kostenfreie Mobilität für Kinder und Jugendliche in ganz NRW
- 17 • Ein bundesweit gültiges Sozialticket für 19€
- 18 • Ein NRW-weit gültiges Ticket für 29 €

19 **Begründung:**

20 Mit dem bundesweit gültigen 49€-Ticket ist eine bezahlbare Lösung für Bus und Bahn
21 beschlossen worden, die wir begrüßen, auch wenn wir ein 29€-Ticket favorisiert haben.
22 Auf diesem Weg müssen wir aber alle mitnehmen. Das heißt auch unterschiedlichen
23 Bedürfnissen gerecht zu werden und diesen Angebote zu machen. Mobilität ist auch
24 eine soziale Frage, für die wir als Sozialdemokratie Antworten geben müssen.
25

26 Mobil zu sein bedeutet Teilhabe. Das gilt insbesondere für die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Hier darf die eigene Mobilität nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
27 Auch wenn der Weg zur Schule vielleicht zu Fuß zurückgelegt wird, so sind doch
28 Freundinnen und Freunde, Freizeit und Kultur meist nur mit Bus und Bahn zu erreichen.
29 Darum fordern wir kostenfreie Mobilität für Schülerinnen und Schüler.
30

31

32 Die Nutzerinnen und Nutzer von Sozialtickets müssen jeden Euro zweimal umdrehen.
33 Bislang gibt es für sie kein neues Angebot auch über die Stadtgrenzen hinweg mobil zu
34 sein. Entweder müssen sie mehr bezahlen oder sind auch hier eingeschränkt. Darum
35 fordern wir ein bundesweit gültiges Sozialticket für 29€ im Monat.
36

37 Viele Menschen sind nur in NRW unterwegs. Für diese Gruppe bestünde die Möglichkeit, ein günstigeres Ticket – landesweit gültig für 29€ – anzubieten. Hier kann die
38 schwarz-grüne Landesregierung zeigen, ob sie auch selbständig sozial gerechte Mobilitätspolitik umsetzen kann.
39
40
41



1 **Antrag 6**

2 Antragsteller: OV Bilk
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
4
5

6 **ALLGEMEINES VORKAUFRECHT FÜR GEMEINDEN**
7

8 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein allgemeines Vorkaufsrecht zu
9 Gunsten von Gemeinden mit nur wenigen Ausnahmen (Verkäufe innerhalb von Fami-
10 lien und öffentliche Bedarfsträger) einzusetzen. Hierzu ist das Baugesetzbuch so zu än-
11 dern, dass keine Voraussetzungen von besonderen Satzungen mehr vorliegen müssen
12 sondern dieses Vorkaufsrecht grundsätzlich für jedes Grundstück im Gebiet der jeweili-
13 gen Gemeinde gilt. Eine Abwendung von Vorkaufsrechten soll ebenfalls ausgeschlos-
14 sen werden.

15
16 Der §24 BauGB ist entsprechend anzupassen, die § 25 & 27 sind zu streichen. Der §26
17 ist insofern anzupassen, dass die Sätze 2b und 4 zu streichen sind.
18

19 **Begründung:**

20 Die bestehenden Möglichkeiten zur Ausübung von Vorkaufsrechten setzen in der Regel
21 eigenständige Satzungen (Vorkaufsrechtssatzungen, Bebauungspläne, Soziale Erhal-
22 tungssatzungen) für kleinere räumlich begrenzte Gebiete voraus. So besteht ein hoher
23 Arbeitsaufwand um Vorkaufsrechte für Gemeinden zu erhalten. Hinzu kommt, dass
24 diese Vorkaufsrechte außerdem nur eingeschränkt ausgeübt werden können. Aktuelle
25 Rechtsprechung zum Vorkaufsrecht, welches in Gebieten mit Sozialen Erhaltungssat-
26 zungen ausgeübt werden konnte, schränkt das Instrument so sehr ein, dass die Aus-
27 übung dieser Vorkaufsrechte gen null tendiert. Hiermit haben die Städte außerdem
28 keine Möglichkeit mehr bezahlbaren Wohnraum über Verträge mit Käufern zu sichern.
29 Bezahlbarer Boden ist wichtig für Wohnen, Kultur und Wirtschaft, denn hohe Preise ver-
30 treiben insbesondere finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen, kulturelle Nutzungen
31 und kleine Gewerbebetriebe aus prosperierenden Städten. Sie stehen aber für die Le-
32 bendigkeit und Vielfalt unserer Städte. Damit diese auch langfristig gesichert werden
33 können und Boden der ungerechtfertigten Spekulation entzogen werden kann, braucht
34 es ein allgemeines Vorkaufsrecht für Gemeinden ohne komplizierte Hürden oder Ein-
35 schränkungen. Über Abwendungsvereinbarungen kann sichergestellt werden, dass
36 Verkäufe auch weiterhin möglich sind, aber öffentliche Interessen nach bezahlbarem
37 Wohn-, Kultur- und Gewerbebaum gesichert werden können.



1 **Antrag 7**

2 Antragsteller: OV Mitte-Nord

3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Ratsfraktion

4

5 **MIETERSTROM FÖRDERN – POTENZIALE DER PHOTOVOLTAIK** 6 **NUTZEN**

7

8 Trotz der letzten Reformen des Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) und weiterer energierele-
9 vanter Gesetze, hat der Bau und Betrieb von Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auf Dachflä-
10 chen noch nicht den für die Energiewende und die sozial-ökologische Transformation notwendi-
11 gen Schwung aufgenommen. Dabei könnten bis zu 3,8 Millionen Wohnungen in den kommen-
12 den Jahren mit kostengünstigem und umweltfreundlichem Mieterstrom versorgt werden, so eine
13 Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).

14

15 Grund dafür sind u. a. weiter hohe regulatorische Hürden – sowohl baurechtlicher als auch
16 technischer Art. Viele Vermieter und Wohnungsgesellschaften, die eigentlich willens wären,
17 Mieterstrommodelle auch für Ihr Objekte und Mieter*innen anzubieten, schrecken angesichts
18 hoher Investitionskosten sowie bürokratischen Aufwand davor zurück. Als Beispiel sei hier ein
19 Vermieter genannt, der nach ZDF-Recherchen bereits konkrete Pläne für den Aufbau ein PV-
20 Anlage auf seinem Mietshaus auf den Weg gebracht hatte. Der örtliche Netzbetreiber jedoch
21 bestand aufgrund bestehender Anwendungsregeln auf den Austausch sämtlicher Zählschränke
22 und diverser Stromleitungen, so dass die Investitionskosten auf 120.000 Euro stiegen und da-
23 mit das Projekt komplett unwirtschaftlich machten.

24

25 Nicht nur Einzelvermieter, sondern auch Wohnungsunternehmen, setzen bisher nur zögerlich
26 auf den Aufbau von PV-Anlagen, gerade bei Neubauten. Hierfür werden vielfach ebenfalls so-
27 wohl technische und regulatorische Gründe, als auch die Sorge, sich ökonomisch und hinsicht-
28 lich der eigenen Kapazitäten zu übernehmen, als Hindernisse für den zügigen Ausbau ins Feld
29 geführt. Hier wäre der Ausbau zielgruppengenaue Beratungsangebote für Wohnungsunterneh-
30 men/Vermieter sinnvoll, um über bestehende Modelle, Dienstleistungen und Möglichkeiten zu
31 informieren, die für den nutzerfreundlichen Aufbau von PV-Anlagen auf Dächern bestehen.

32

33 Zwar ist die im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-grünen Landesregierung verabredete
34 Pflicht zur Errichtung von Solardächern (Solardachpflicht) ein echter und längst überfälliger
35 Fortschritt. Ohne die begleitende weitere Reform des EEG sowie die Vereinfachung von Ge-
36 nehmigungsverfahren und Abbau von technisch-administrativen Hürden auf allen Ebenen
37 (Kommune, Land, Bund) droht der notwendige Ausbau der Solarenergie auf Dächern aber zu
38 scheitern, zumindest aber die Verfehlung der selbstgesteckten Ziele.

39

40 Die SPD wird sich deshalb auf allen Ebenen dafür einsetzen, das nicht nur durch die angekün-
41 digte Novellierung des EEG, sondern auch durch Abbau regulatorischer Hindernisse wie z. B.
42 Bauordnungen oder technische Normen, der Ausbau der Photovoltaik auch auf Mietshäusern
43 die für eine erfolgreiche Energiewende notwendige Dynamik entfalten kann.



1 **Antrag 8**

2 Antragsteller: OV Mitte-Nord

3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Ratsfraktion

4

5 **KOMMUNALEN AUSBAU DER PHOTOVOLTAIK KONSEQUENT**
6 **FÖRDERN**

7

8 Die Stadt Düsseldorf hat sich mit Ihrem Klimapfad das ehrgeizige Ziele gesetzt, bis 2035 ge-
9 samtstädtisch klimaneutral zu werden.

10

11 Ein fundamentaler Baustein dafür ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere die
12 Förderung des Ausbaus der PV- Anlagen. Der gesamtgesellschaftliche Bedarf an erneuerbar-
13 rem Strom wird sich nicht nur auf Grund der Klimaschutzziele im Stromsektor erhöhen, sondern
14 auch durch die Elektrifizierung weiterer Sektoren (Wärme, Mobilität). PV-Mieterstrommodelle
15 sind auch in Düsseldorf Mangelware und scheitern oft an technischen und bürokratischen Hür-
16 den, die einen wirklichen Ausbau in vielen Fällen unwirtschaftlich oder ressourcenaufwendig er-
17 scheinen lassen. Dabei bietet gerade auch der Mieterstrom enorme Möglichkeiten, die Versor-
18 gung mit klimafreundlicher Energie mit bezahlbaren Verbrauchskosten in Einklang zu bringen.

19

20 Trotz aller Bemühungen zögern auch kommunale Unternehmen noch, ihre Potentiale voll aus-
21 zunutzen. Insbesondere die Städtische Wohnungsgesellschaft schöpft bei Ihren Neubau- und
22 Sanierungsprojekten aus den oben genannten Gründen die Potentiale nur ungenügend aus.

23

24 Auch die großen Parkplatzflächen der Messe böten sich z. B. für eine Überdachung mit PV-An-
25 lagen an.

26

27 Die SPD Düsseldorf fordert deshalb, dass der Ausbau und Betrieb von PV-Anlagen bei den
28 städtischen Töchtern verstärkt in Angriff genommen wird. Notwendig ist eine Koordinierung so-
29 wie Begleitung für alle Töchter der Stadt, bei denen auch Akteure wie die Stadtwerke eine füh-
30 rende Rolle übernehmen können. Die SPD-Ratsfraktion soll die dazu notwendigen politischen
31 Initiativen auf den Weg bringen.

32

33



1 **Antrag 9**

2 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit der SPD Düsseldorf

3 Adressat: UB-Vorstand, SPD-Ratsfraktion, Landesvorstand NRWSPD, SPD Landtagsfraktion,
4 SPD Parteivorstand, SPD Bundestagsfraktion, AfA Bundesvorstand

5

6 **INDUSTRIE UND MITBESTIMMUNG STÄRKEN –** 7 **ZUKUNFT SICHERN**

8

9 Die Funktionsträger*innen der SPD auf allen Ebenen der Parteigliederungen und die SPD ge-
10 führte Bundesregierung werden aufgefordert, eine grundlegende Stärkung der Industrie am
11 Standort Düsseldorf und in Deutschland durch gesetzgebende Maßnahmen zu forcieren, damit
12 nicht:

13

14 • weiterhin der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Lei-
15 harbeit, befristete Arbeitsverträge und Werkverträge Oberhand gewinnen,

16

17 • Arbeitsverdichtung und die Entgrenzung von Arbeitszeiten zunehmen,

18

19 • das Modell des Normalarbeitsverhältnisses, gekennzeichnet durch Tarifvertrag,
20 betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und funktionierende gew-
21 erkschaftliche Strukturen im Betrieb, zur Ausnahme wird.

22 Die SPD hat die Pflicht dafür zu sorgen, dass Arbeit Zukunft sichert. In den letzten Jahren ist
23 aber durch den Verlust von industrieller Arbeit, mit gut tarifierten Entgelten für die Beschäftig-
24 ten, und durch eine ganze Reihe von flexibilisierten, unsicheren und schlecht bezahlten Arbeits-
25 formen die Zukunft vieler Menschen ins Wanken geraten, damit einhergehend sind ihre Lebens-
26 situationen enorm destabilisiert worden.

27

28 Folgende Schritte sind aus Sicht der AfA notwendig:

29

30 **I. Die Industrie stärken**

31 In Deutschland wird etwa ein Viertel unserer Wertschöpfung in der Industrie erwirtschaftet. Je-
32 der dritte Arbeitsplatz befindet sich im industriellen Sektor. Zusammen mit den sogenannten
33 produktionsnahen Dienstleistungen hängen sogar knapp 60% direkt oder indirekt von der in-
34 dustriellen Produktion ab. Die industrielle Wertschöpfung ist damit für den sozialen Wohlstand
35 und die politische Stabilität in Deutschland von größter Bedeutung. Das Fundament unseres
36 Wohlstandes ist nach wie vor die Industrie und deren Arbeitsplätze. Zudem ist unsere Industrie
37 ein bedeutender systemrelevanter Faktor in unserer Republik!

38

39 Deutschland verfügt noch als einzige Nation über eine komplette industrielle Wertschöpfungs-
40 kette. Damit der industrielle Sektor auch in Zukunft der Kern der deutschen Wirtschaft bleibt,
41 muss die Industrie erhalten bleiben, aber angesichts der strukturellen Transformationsprozesse
42 neugestaltet und gestärkt werden.

43

44 Beschäftigung und existenzsichernde Gute Arbeit sollen nicht nur erhalten bleiben, sondern
45 über alle Wertschöpfungsstufen hinweg ausgebaut werden.



46 Erfolgreiche Industriepolitik sollte sich nicht auf einzelne Teilbranchen und Sektoren beschrän-
47 ken, sondern die Wertschöpfungsketten umfassend gestalten und gleichberechtigt fördern.
48 Deshalb ist eine umfassende Perspektive auf die gesamte Breite und Vielfalt der deutschen In-
49 dustrie – und damit auf multiple Technologien und Innovationen, auf Investitionen und Moderni-
50 sierung der Infrastruktur, auf eine bezahlbare und nachhaltige Versorgung durch erneuerbare
51 Energien, auf Bildung und Qualifizierung zur Fachkräftesicherung – dringend notwendig.

52
53 Das Potential der Arbeitnehmer: innen des Werkes Vallourec zum Beispiel darf nicht verloren
54 gehen. Die Beschäftigten, deren Familien und der Stadtteil dürfen nicht im Stich gelassen wer-
55 den. Eine staatliche Beteiligung an Vallourec würde die Sicherung von Arbeitsplätzen bedeuten
56 und durch die zukunftsweisenden Produkte des Betriebes den ökologischen Umbau in Deutsch-
57 land unterstützen. (siehe auch Konzept des Betriebsrates von Vallourec/IGM). Klare Signale
58 und Unterstützung aus der Parteispitze sind hier nötig. Es ist sicherzustellen, dass das Grund-
59 stück ausschließlich für die Ansiedlung von Industrie verwendet wird. Darüber hinaus soll die
60 Düsseldorfer Kommunalpolitik verpflichtet werden aktiv an der Industrieansiedlung zu arbeiten,
61 unter Umständen mit Unternehmensbeteiligungen. Die dafür aufzunehmenden Mittel können
62 am Kapitalmarkt mit der positiven Bonität zu günstigen Konditionen aufgenommen wer-
63 den.

64
65 Banken und große Konzerne mit Milliarden zu retten, Unternehmen und Belegschaften des Mit-
66 telstandes, die zukunftsfähige Konzepte erarbeitet haben, nicht einmal den kleinen Finger zu
67 reichen, ist falsch und sorgt für enormen Glaubwürdigkeitsverlust in der Bevölkerung und damit
68 zu Politikverdrossenheit.

69
70

Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt I. Die Industrie stärken:

- 71 - Vielfalt der deutschen Industrie ausbauen durch staatliche Förderung von Investi-
72 tionen in Innovation, Modernisierung der Infrastruktur, und erneuerbare Energien.
73
74 - Gezielte, staatlich geförderte Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Fach-
75 kräftesicherung.
76
77 - Industriestandorte und Handwerksbetriebe benötigen Platz – auch in unserer ur-
78 banen, digitalen Gesellschaft – die Kommunen und der Staat in seiner Funktion
79 als gesetzgebendes Element, haben den Auftrag zum Wohle der Bevölkerung
80 dafür zu sorgen, dass Grundstücke an zukunftssträchtige, hochwertige und tariflich
81 gebundene Unternehmen zu vergeben.
82
83 - Die Schließung von Werken, die nach Einschätzung von Experten noch Gewinne
84 erzielen können, oder mit denen gesellschaftlich wichtige Ziele verfolgt werden,
85 dürfen nicht ohne weiteres geschlossen werden. Es ist eine gesetzliche
86 Grundlage zu schaffen, die es dem
87
88 - Staat ermöglicht einzugreifen und eine Expertenkommission (auch besetzt mit
89 Gewerkschaftsvertretern) einzusetzen, um die Weiterführung des Unternehmens
90 zu prüfen. Auch ein Einstieg des Staates (analog z. B. zu Uniper und Salzgitter
91 Stahl ...) muss ermöglicht werden.
92
93 - Genossenschaften und konzernunabhängige, Mitarbeitergeführte Unternehmen
94 sollen staatlich gefördert werden (Beispiel Flachglas Wernberg).

95



96 II. Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken

97 Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft muss demokratisch gestaltet, sozial gerecht und ökologisch
98 nachhaltig sein. Die Arbeit muss so gestaltet sein, dass sie dem Leitbild der Guten Arbeit folgt.
99 Dazu gehören u.a. menschenwürdige Arbeits- und Leistungsbedingungen, Entgelte, von denen
100 man auch in Düsseldorf gut leben kann, Selbstbestimmung und Entscheidungsspielräume im
101 Arbeitsalltag, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie umfassende Beteiligungs- und
102 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter:innen. Mitbestimmung
103 fällt nicht vom Himmel, sie wird in der betrieblichen Realität hart erkämpft. Wirtschaftliche Macht
104 muss im Interesse des sozialen Friedens demokratisch legitimiert sein. Was dem Aktionär oder
105 Unternehmen der Besitztitel ist, das ist den Beschäftigten das Mitbestimmungsrecht.
106

107 Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt II Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken:
108

- 109 - Schaffung der gesetzlichen Grundlage zu paritätischer Besetzung der
110 Aufsichtsräte – analog dem Montanmitbestimmungsgesetz – nur so kann Au-
111 genhöhe hergestellt werden.
112
- 113 - Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und zukunftsorientiert
114 modernisiert werden.
115
- 116 - Wir fordern Reformen im BetrVG, damit betriebliche Mitbestimmung in zuneh-
117 mend international und hochkomplex organisierten Unternehmen nicht faktisch
118 ausgehebelt werden kann.
119
- 120 - Ergänzend auch eine Reform des „Tendenzschutzes“, der bislang betriebliche
121 Mitbestimmung u.a. in kirchlichen Einrichtungen und kirchennahen Unternehmen
122 sehr weitgehend ausschließt.
123
- 124 - Wir fordern erweiterte Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angel-
125 egenheiten, damit einhergehend soll die Rolle der Gewerkschaften als zentrale
126 Akteure und Organisatoren der kollektiven Selbsthilfe gestärkt werden, denn
127 durch gute Tarifverhandlungen tragen die Gewerkschaften dazu bei, dass es der
128 Gesellschaft allgemein besser geht, diese Leistung sollte von den Beschäftigten
129 mit einer Mitgliedschaft belohnt werden. Allerdings haben Gewerkschaften mit
130 Mitgliederschwund zu kämpfen. Als politische Reaktion muss hier als Anreiz zum
131 Gewerkschaftsbeitritt mit Steuervergünstigungen für Mitglieder reagiert werden.
132
- 133 - Im Tarifeinheitsgesetz muss der Begriff „Betrieb“ neu definiert werden, um
134 auszuschließen, dass durch strukturelle Veränderung Mitbestimmung ohne
135 rechtliche Grundlage konstruiert wird.
136
- 137 - Wir fordern ein Gesetz, das den Whistleblower und nicht den Arbeitgeber
138 schützt, aktuelle Beteiligungsrechte des Betriebsrates sind zu gering. Der Geset-
139 zentwurf aus Juli 2022 ist deutlich unzureichend.



140 **Begründung:**

141

142 Hier ist nun unsere SPD auf allen Ebenen gefordert, im Schulterschluss mit Gewerkschaften
143 und Betriebsräten eine pro-aktive Industriepolitik, mit dem primären Ziel, die vorhandenen Stär-
144 ken der deutschen Industrie weiterzuentwickeln und zuverlässige Rahmenbedingungen auf eu-
145 ropäischer, nationaler und regionaler Ebene zu schaffen.

146

147 Mitbestimmung und Tarifautonomie sind zentral, damit Arbeitnehmer: innen ihre Arbeitsbedin-
148 gungen aktiv gestalten können. Es liegt auf der Hand, dass ein erhöhter Anteil an Gewerk-
149 schaftsmitgliedern zu einer verbesserten Kampfkraft der Gewerkschaften beiträgt, sodass auch
150 die Tarifabdeckung erhöht werden könnte.

151 Nicht umsonst ist das Modell der Deutschen Mitbestimmung über unsere Landesgrenzen hin-
152 aus bekannt als Grundlage des jahrzehntelang erfolgreichen deutschen Wirtschafts-
153 modells. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und zukunftsorientiert moderni-
154 siert werden.

155 Die Globalisierung hat die Machtbalance zugunsten von Unternehmen und zulasten der Arbeit-
156 nehmerinnen und Arbeitnehmer verändert. In diesem Zusammenhang muss endlich die Frage
157 geklärt werden, was nach dem Tarifeinheitsgesetz unter einem Betrieb verstanden wird. In die-
158 sem Gesetz wurde jede Kleinigkeit geregelt, um festzulegen, wann in einem Betrieb welche Ge-
159 werkschaft zuständig ist. Nur der Begriff des Betriebes blieb aus, um hier der Arbeitgeberseite
160 keinen festen Rahmen vorzugeben! Sie ist dadurch weiter in der Lage, durch strukturelle Verän-
161 derung eine ihr genehme Mitbestimmung zu "konstruieren".

162

163 Ferner muss es endlich ein Gesetz zum Schutz des Whistleblowings geben, der den Whist-
164 leblower und nicht den Arbeitgeber schützt. Eine Regelung, die nur eine Möglichkeit der firmen-
165 internen Anzeige eines möglichen Missstandes einräumt, führt nicht zum Ziel. Der Anzeigende
166 muss vielmehr im besagten Fall mit Repressalien rechnen. Deshalb ist es dringend notwendig,
167 einen möglichen Whistleblower zukünftig vor arbeitsrechtlichen Folgen zu schützen, sollte er
168 sich zu diesem Schritt genötigt sehen!

169

170 Grundsätzliche Unternehmensentscheidungen finden auf zentraler und zunehmend auf interna-
171 tionaler Unternehmensebene statt. Reines Kostendenken, Wettbewerbsdruck, Konzernumstruk-
172 turierungen und Strukturwandel führen zu Standort- und Arbeitsplatzverlagerungen. Ziele sind
173 oft Billiglohnländer, Steueroasen oder gewerkschaftsfreie Zonen. Das hat beträchtliche Auswir-
174 kungen auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen an deutschen Standorten.

175

176 Die Bedeutung des produzierenden Sektors für die Gesamtwirtschaft wurde in den letzten 20
177 Jahren systematisch unterschätzt. Die exportorientierte Industrie bildet nach wie vor das Rück-
178 grat der deutschen Wirtschaft. Eine erfolgreiche Industriepolitik muss die Kräfte aus Politik, Wis-
179 senschaft, Gewerkschaften, Betriebsräten und Verbänden bündeln und intensive Dialoge auf
180 regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie in den Branchen ermöglichen.

181 Es genügt nicht Gesetze wie zum Beispiel das Betriebsrätestärkungsgesetz, das Tariftreue-
182 und Vergabegesetz oder das Mindestlohngesetz zu verabschieden, wenn gleichzeitig weder die
183 Kontrolle noch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift gewährleistet ist. Zudem gibt es mo-
184 mentan auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung kaum Möglichkeiten, Standortschlie-
185 ßungen und Arbeitsplatzverlagerungen zu verhindern.

186

187 Deshalb muss sich die SPD mit aller Kraft für existenzsichernde Arbeit in Deutschland und Düs-
188 seldorf einsetzen und in einem Bündnis „Gute Arbeit“ die Position der DGB Gewerkschaften un-
189 terstützen und so auch die Interessen der eigenen, ursprünglichen Identität stärken.



1 **Antrag 10**

2 Antragsteller: Arbeitskreis säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
3 im UB Düsseldorf
4 Adressat: SPD Bundestagsfraktion
5

6 **ABSCHAFFUNG DES KIRCHLICHEN ARBEITSRECHTS**

7
8 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten der SPD-Bun-
9 destagsfraktion werden aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Abschaffung des kirchlichen
10 Arbeitsrechts einzusetzen. Damit wird der SPD-Bundesparteitagsbeschluss aus dem Jahr 2013
11 politisch umgesetzt und auch den im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021 bis 2025
12 formulierten Reformen zu den Sonderrechten von Religionsgemeinschaften Rechnung getra-
13 gen.

14 **Begründung/Sachverhalt**

15 Die Forderung nach Mitbestimmung sei es in der Industrie, dem Handwerk oder im Dienstleis-
16 tungssektor ist Bestandteil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses, deshalb halten wir
17 es für notwendig, die Beseitigung von Sonderrechten noch in dieser Legislaturperiode in Angriff
18 zu nehmen. Die einzige zulässige Ausnahme sollten Verkündigungsbereiche sein.
19 Die genannte Forderung „Gleiche Rechte für MitarbeiterInnen in kirchlichen Arbeitsverhältnis-
20 sen“ ist Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik und wurde auf dem Leipziger Parteitag
21 2013 nochmals explizit beschlossen.

Beschlüsse SPD Parteitag 2013, Leipzig

Ar 23

Landesverband Berlin

(angenommen)

Tarifliche Gleichstellung für kirchliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Landesregierungen werden deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sonderbestimmungen für das ArbeitnehmerInnenrecht in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässigkeit des "Dritten Weges" in der ArbeitnehmerInnenvertretung regeln, aufgehoben werden. Der "Dritte Weg" darf Tarifverträge nicht verhindern. Für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz in vollem Umfang gültig sein. Für alle nicht direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten von kirchlichen Beamtinnen und Beamten muss das Personalvertretungsgesetz gelten.

Ar 24

Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

(angenommen)

Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der BRD

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Gesetze – insbesondere das Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG § 118, Abs. 2: „Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen ..“) so weit zu ändern bzw. aufzuheben, dass Beschäftigte in Einrichtungen, die unter religiöser Trägerschaft stehen, die gleichen Rechte haben wie Beschäftigte in jedem anderen Unternehmen.

Ar 26

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

(angenommen)

Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sind mit ihren Einrichtungen eine tragende Säule im Sozial- und Gesundheitswesen. Insgesamt arbeiten rund 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich, darunter rund 900.000 bei Caritas und Diakonie. Die Kirchen und ihre Einrichtungen haben ein vom Grundgesetz geschütztes Recht, die überbetrieblichen Arbeitsbedingungen auf eine besondere Weise zu gestalten. Die Kirchenautonomie ist innerhalb der Schranken der allgemein geltenden Gesetze garantiert.

Die Kirchen hatten es zwar bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt, den Weg der freien Ausgestaltung arbeitsrechtlicher Bedingungen in Tarifverträgen zwischen gleichberechtigten und voneinander unabhängigen Vertragsparteien mitzugehen (Zweiter Weg). Auf der Grundlage ihres vom Grundgesetz geschützten Selbstbestimmungsrechts entschieden sie sich für einen Dritten Weg. Auf die Zusage hin, vorbildliche Arbeitsverhältnisse einrichten zu wollen, wurde ihnen eine eigene



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

Regelungskompetenz zugesichert. Die im Dritten Weg für die Lohn- und Arbeitsbedingungen zuständigen Arbeitsrechtlichen Kommissionen verzichteten allerdings für lange Zeit auf eine eigene Regelungskompetenz, sondern übernahmen regelmäßig den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT).

Wettbewerb und Kostendruck im Bereich sozialer Arbeit

Der Sozial- und Gesundheitsbereich in Deutschland wurde ab Mitte der 1990er Jahre grundlegend umgestaltet. Bis dahin war er ein Teil der politisch gewollten Daseinsvorsorge, die von gemeinnützigen und öffentlichen Trägern umgesetzt wurde. Die Kosten wurden innerhalb bestimmter Grenzen, so wie sie anfielen, refinanziert. Maßgebliches Instrument für die Bezahlung der Personalkosten war der Bundesangestelltentarif (BAT). Dieser regelte meist über genehmigte Stellenpläne auch die Finanzierung staatlicher Institutionen oder von Sozialkassen.

Auf diese Weise wurde der gesellschaftliche Preis der sozialen Dienstleistungen bestimmt. Der BAT galt zwar unmittelbar nur für den öffentlichen Bereich; von einigen Besonderheiten abgesehen, wurde er im Ergebnis vom gesamten organisierten Wohlfahrtssektor übernommen. Das galt namentlich auch für die Caritas und die Diakonie, die vor allem bis Ende der 1990er Jahre enorm expandierten. Im Kern der politischen Neugestaltung der sozialen Dienste stand die Refinanzierung der Dienstleistungen. Nunmehr wurden nicht mehr die effektiv anfallenden Kosten der Träger erstattet, sondern u.a. Leistungs- und Fallpauschalen eingeführt. Zudem soll bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen nur noch der preisgünstigste Anbieter zum Zuge kommen. Das Kostendeckungsprinzip wurde vom Wettbewerbsprinzip abgelöst. Es war absehbar, dass im stark personalintensiven Sozialsektor der Konkurrenzdruck zwischen den Wohlfahrtsverbänden sowie den neu hinzugekommenen privaten Trägern zu bislang nicht gekannten Belastungen bei den Patienten und Hilfebedürftigen, aber auch bei den Beschäftigten führen musste. Auf die Neuausrichtung der Finanzierung, die Einführung von Wettbewerb und Kostenkonkurrenz, haben viele kirchliche Einrichtungen damit reagiert, wie gewöhnliche, betriebswirtschaftlich gesteuerte Wirtschaftsunternehmen zu agieren. Der Kostendruck wurde, wie bei anderen Arbeitgebern auch, an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergegeben. Ausgründungen, Leiharbeit, Flucht aus den – kircheneigenen – Lohnregelungswerken (Arbeitsvertragsrichtlinien) haben Einzug gehalten. Das Management setzt auf Unternehmenswachstum und Fusionen. In den vergangenen fünfzehn Jahren sind viele kirchliche Großeinrichtungen mit tausenden Beschäftigten entstanden, häufig in der Form von Kapitalgesellschaften bis hin zur ersten kirchlichen Aktiengesellschaft (Agaplesion gAG). Der Sonderstatus der Arbeitnehmerrechte bei Kirchen hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Angesichts der Wettbewerbsorientierung führt dies zu wachsenden Spannungen in der kirchlichen Arbeitswelt und Nachteilen für kirchliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zerklüftung der Tariflandschaft

Ein verbindlicher und allseits akzeptierter Flächentarifvertrag für den Wohlfahrtsbereich existiert schon lange nicht mehr. Als Nachfolger für den BAT gibt es zwar den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). In der Anwendungsbreite aber reicht er bei weitem nicht an den BAT heran. Viele Kommunen haben sich in den letzten Jahren aus dem Wohlfahrtssektor zurückgezogen. Das gilt insbesondere für Pflegeheime und Krankenhäuser. Hinzu kommt, dass bei den gewinnorientierten privaten Trägern kaum kollektive Regelungen vorhanden sind. Zwar orientieren sich viele Träger der Caritas immer noch in erheblichem Maße am Regelwerk des TVöD. Umso unübersichtlicher und chaotischer ist die Lage im Bereich von EKD und besonders der Diakonie. Hier stehen in einem stark zerklüfteten System höchst verschiedene Regelungen nebeneinander. So vergüten einige Landeskirchen und diakonische Werke nach wie vor auf dem Niveau des TVöD, andere haben eigenständige Regelungen eingerichtet, wiederum andere die Entgelte abgesenkt oder Beliebigkeitsklauseln eingeführt, um ggf. das jeweils kostengünstigste Arbeitsrecht anwenden zu können. Schließlich existieren, wie zum Beispiel in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO) und in Nordelbien seit langem und erfolgreich Tarifverträge mit Gewerkschaften. Die katholische Seite reagierte im Juni 2011 auf das Ausgründen von Einrichtungen und die Flucht aus den kollektiven Regelwerken der Caritas und der Diözesen mit einem neuen Grundsatz, der ab 2014 gilt: „entweder ganz kirchlich oder ganz weltlich“. Katholische Einrichtungen, die kein kirchliches kollektives Regelwerk anwenden, nehmen nicht mehr am Selbstverwaltungsrecht der Kirchen nach Art. 140 GG teil.

Strukturelle Benachteiligung der Arbeitnehmerseite

In den kirchlichen Arbeitsrechtlichen Kommissionen, in denen die Arbeitsbedingungen beschlossen werden, sind die Vertreter/innen der Arbeitnehmerseite nur formal paritätisch vertreten. Strukturell sind sie unterlegen. Die soziale Mächtigkeit der kirchlichen Arbeitgeber geht über die anderer Arbeitgeber noch hinaus, denn die Leitungsgremien von Caritas und Diakonie legen selbst die Verhandlungs- und Zutrittsbedingungen fest, unter denen die Vertreter/innen der Arbeitnehmerseite Lohnverhandlungen führen. Sie können sogar festlegen, wer an diesen Verhandlungen teilnehmen kann und wer nicht. Das Landesarbeitsgericht Hamm bewertet die Festlegung von Arbeitsbedingungen in Arbeitsrechtlichen Kommissionen als nicht gleichwertig zu der Regelung von Arbeitsbedingungen nach Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz (Tarifvertragssystem/Tarifautonomie). Im Übrigen schließt die Regelung in den arbeitsrechtlichen Kommissionen, wonach zwei Drittel der Arbeitnehmervertreter in kirchlichen Einrichtungen tätig sein müssen, eine gewerkschaftliche Verhandlungsführung aus und beschränkt diese auf Beratungsfunktionen, ohne dass hierfür die Eigenheiten des kirchlichen Dienstes eine Rechtfertigung bieten.

Arbeitnehmerrechte sind nicht teilbar

Die SPD respektiert das Selbstverwaltungsrecht der Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Vereinigungen ein, das sich aus Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung ergibt. Die politisch gewollte Wettbewerbsorientierung im Bereich der sozialen Dienstleistungen hat aber dazu geführt, dass sich kirchliche Unternehmen wie gewöhnliche Unternehmen im Markt verhalten. Die Aushandlung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung muss daher auch bei Diakonie und Caritas auf gleicher Augenhöhe zwischen Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite erfolgen. Aus dem Sonderstatus der Arbeitnehmerrechte im kirchlichen Bereich darf keine Wettbewerbsverzerrung entstehen. Das Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Religionsgesellschaften und damit auch der Kirchen und ihrer Einrichtungen in Caritas und Diakonie findet seine Schranken in den Grundrechten. Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber deshalb von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Gleiche Arbeitnehmerrechte sind ein Gebot der Demokratie in der Arbeitswelt. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten. Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein, sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar. Gute Arbeit ist immer auch mitbestimmte Arbeit. Auch für die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz gelten.

Gute Arbeitsbedingungen im Bereich sozialer Arbeit herstellen

Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und Lohngerechtigkeit im Bereich sozialer Arbeit zu schaffen. Gute Arbeit verdient guten Lohn. Lohndumping in Krankenhäusern und Pflegeheimen darf sich nicht lohnen. Im Vordergrund müssen die Qualität und die Versorgung der Patienten stehen. Wettbewerb, der über die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die niedrigsten Löhne ausgetragen wird, gefährdet die gute Versorgung und Sicherheit der Menschen. Deshalb ist es eine politische Aufgabe, Fehlanreize in Richtung eines Lohnsenkungswettbewerbs im Bereich der sozialen Arbeit zu beseitigen. Die Fallpauschalen und Pflegesätze müssen so bemessen sein, dass gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne bei der Refinanzierung berücksichtigt werden. Die Flächentarife sind ein elementarer Eckpfeiler des deutschen Sozialgefüges. Seit vielen Jahren geht jedoch die Tarifbindung zurück und das bewährte Tarifvertragssystem droht zu erodieren. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wird kaum noch genutzt, die Blockadehaltung der BDA im Tarifausschuss des BMAS hat dazu geführt, dass nur noch 1,5 Prozent aller Tarifverträge allgemeinverbindlich sind. Deswegen setzen wir uns für eine Vereinfachung der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ein. Für den Tarifbereich der sozialen Arbeit sollten die geltenden Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes allgemeinverbindlich werden.



1 **Antrag 11**

2 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft 60plus
3 Adressat: SPD-Ratsfraktion

5 **TRANSPARENZ UND OFFENLEGUNG VON KONZEPTEN UND** 6 **MAßNAHMEN ZU KLIMASCHUTZ UND KLIMAANPASSUNG**

7
8 Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf dafür
9 einzusetzen, dass die Verwaltung den aktuellen Stand der Maßnahmen zur Erreichung
10 der Klimaneutralität bis 2035 sowie zur Anpassung an die Klimaveränderungen regel-
11 mäßig berichtet sowie transparent und für alle einsehbar dokumentiert und damit auch
12 eine Vergleichbarkeit mit den Maßnahmen und Erfolgen anderer Städte in NRW und
13 Deutschland ermöglicht.

14
15 Zu diesem Zweck sind die Maßnahmen zu beschreiben und mit geeigneten Indikatoren
16 der Pfad der Zielerreichung darzustellen. Die einzelnen Projekte sind den Maßnahmen
17 zugeordnet nach geplant, in Durchführung befindlich und abgeschlossen gegliedert auf-
18 zuführen. Die Dokumentation ist analog in regelmäßigen Berichten und digital den Bür-
19 gerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

20
21 Zur Unterstützung der Ratsfraktion wird vorgeschlagen, ein Beratungsgremium aus
22 sachkundigen Mitgliedern des SPD-Unterbezirks zu gründen, welches in Anbetracht der
23 Komplexität die Situation zur Erreichung der Klimaneutralität für die Landeshauptstadt
24 Düsseldorf regelmäßig analysiert und die Ratsfraktion darüber informiert.

25
26 Das Beratungsgremium ist kein weiterer „Arbeitskreis“. Es soll eine Plattform sein für
27 Düsseldorfer, die aus ihrer reichen Erfahrung aus ihrem Berufsleben die Entwicklung
28 der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität sowie zur Anpassung an die Kli-
29 maveränderungen beobachten und auswerten. Die Ergebnisse werden für die Partear-
30 beit sowie für die Arbeit in den Bezirksvertretungen und im Rat zur Verfügung gestellt.
31 So kann sichergestellt werden, dass nicht nur Absichtserklärungen verkündet werden,
32 sondern auch über den Wechsel von Mehrheiten hinaus garantiert ist, dass konkrete
33 Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden.

34 **Begründung:**

35
36 Seit 2015 ist für Düsseldorf das Klimaschutzkonzept 2025, mit dem Ziel bis 2050 klimaneutral zu werden, erstellt
37 worden. Noch mit der Mehrheit der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterstützt die Lan-
38 deshauptstadt Düsseldorf seit 2019 die Resolution „Climate Emergency“ (Ausrufung des Klimanotstands). Damit ver-
39 bunden ist die Verpflichtung, die bisherige Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 deutlich ambitionierter
40 auf 2035 vorzuziehen. Die Verwaltung hat daraufhin einen Umsetzungspfad zur Erreichung der Klimaneutralität 2035
41 vorgelegt, den der Rat in der Sitzung am 28.11.2019 mit einem Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen von SPD,
42 Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschlossen hat.

43 Parallel zum Klimaschutzkonzept beauftragte der Ausschuss für Umwelt-schutz die Verwaltung mit der Erstellung
44 eines Klimaanpassungskonzepts für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Damit wurden Strategien und Maßnahmen
45 zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu entwickelt.

46
47 Auch nach der Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Rat sollte der Rat auch unter der Führung der Fraktionen von
48 CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 sowie die Strategien und Maßnahmen
49 zur Klimaanpassung weiter verfolgen.

50 Die Absichtserklärungen und Beschlüsse der Schwarz-Grünen Koalition sind von den Bürgerinnen und Bürgern der
51 Stadt in der Umsetzung und Wirksamkeit nicht prüfbar. Es existiert z.B. ein Kataster über die mit Photovoltaik



52 /Solartechnik ausrüstbaren und begrünbaren Dächer der Gebäude, aber keine Aufstellung über die wirklichen Maß-
53 nahmen für den Weg zur Klimaneutralität. Damit ist eine wirksame Beteiligung und Kontrolle nicht möglich.
54 Für die Umsetzung ist es besonders wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, Unterstützung einzuwerben
55 und mit einer geeigneten Dokumentation und einem Monitoringsystem über die Entwicklung zur Erreichung der Ziele
56 und die Maßnahmen zur Klimaanpassung und ihre Wirksamkeit zu informieren. Das Grundsätzliche für die Ansätze
57 der Dokumentation der Maßnahmen ist in der Informativvorlage (RAT/197/2020) am Beispiel „private Haushalte“
58 dargestellt.

60 **Prozess mit den wichtigen Stationen zur Festlegung der Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität**

61 Der Ausschuss für Umweltschutz hat im Januar 2015 die Verwaltung mit der Erstellung eines neuen Klimaschutzkon-
62 zepthes beauftragt. Erklärtes Ziel war es, zur Vermeidung der Erderwärmung beizutragen und hierfür den CO₂-Aus-
63 stoß weiter zu senken und klimaneutral zu werden. Voraussetzung dafür ist die Reduzierung der CO₂-Emissionen
64 auf den vom Weltklimarat empfohlenen Wert von durchschnittlich 2 Tonnen pro Kopf und Jahr. Ein neues, integrier-
65 tes Klimaschutzkonzept für die Stadt Düsseldorf sollte aufzeigen, wie Klimaneutralität im Jahr 2050 erreicht werden
66 kann. Ein entsprechender Auftrag wurde vom Umweltamt an die Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft vergeben und
67 von dieser in der Zeit von 2015 bis 2017 bearbeitet.

69 Siehe <https://www.gertec.de/projekte-ingenieurgesellschaft?file=files/gertec/Inhalte/ING/Projekte-PDF-Dateien/Kommunaler%20Klimaschutz%20-%20Energie%20%26%20Mobilit%C3%A4t/ausgew%C3%A4hlte%20Projekte%20KS-Strategien%20und%20Konzepte/Klimaschutzkonzept%20Du%CC%8>

73 Die Ergebnisse sind in Form des umfangreichen Berichts der Ingenieur-gesellschaft mit dem Titel „Klimaschutzkon-
74 zept 2025: Handlungspro-gramm 2025“ dargestellt.

75 Siehe https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimamachen/handlungspro-gramm_klimaschutzkonzept_2025.pdf

78 Vom Umweltdezernat wurden die Ergebnisse des umfangreichen Berichts in einer Kurzfassung mit dem Titel „Klima-
79 schutzkonzept 2025“ verarbeitet.

80 Das Klimaschutzkonzept Düsseldorf 2025 basiert auf mehreren Handlungsschritten. Es umfasst klassische Bestand-
81 teile eines Klimaschutzkonzeptes wie die Beteiligung der Akteure und die Analyse der gesamtstädtischen Endener-
82 gieverbräuche und CO₂ -Emissionen. Darauf aufbauend wurde der Maßnahmenkatalog und Konzepte zur Weiterent-
83 wicklung der Organisationsstruktur und des Monitorings entwickelt.

85 Mit dem Konzept wurde auch der Quartiersgedanke konzeptionell implementiert sowie eine enge Verzahnung zwi-
86 schen Konzeption und Umsetzung dargestellt. Ebenso wurden Konsum und Lebensstil der Bevölkerung in Hinblick
87 auf Maßnahmenempfehlungen bis zum Jahr 2025 als auch in Hinblick auf den Masterplan 2050 in den Fokus ge-
88 rückt.

89 https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/2019_klimaschutzkon-zept_2025.pdf

92 In der Sitzung des Jugendrates am 4.04.2019 stellt dieser unter TOP 7.2 fest, dass es unerlässlich sei, die Treib-
93 hausgasemission schnellstmöglich massiv zu reduzieren, um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht ab-
94 sehbaren Folgen zu verhindern. Durch die Ausrufung des Klimanotstandes würde Düsseldorf die Eindämmung des
95 Klimawandels und seine schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anerkennen und Entscheidungen
96 vorrangig behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

97 Der Jugendrat stimmt dem Antrag einstimmig zunächst unter Vorbehalt zu und bittet die Verwaltung um Ausrufung
98 des Klimanotstandes in Düsseldorf.

99 In der Folge mehrerer Sitzungen unterstützt der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf mit der Mehrheit der Ratsfrak-
100 tionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Anregung des Jugendrates die Resolution „Climate
101 Emergency“ und damit die Zielsetzung, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden.

103 Das bedeutet, dass die CO₂-Emissionen in Düsseldorf von derzeit rund 6,6 Tonnen je Einwohner*in und Jahr um 4,6
104 Tonnen auf den vom Weltklimarat empfohlenen Wert von 2 Tonnen pro Kopf und Jahr reduziert werden müssen. Da-
105 mit verpflichtet sich der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, seinen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels zu leisten
106 und die bisherige Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 deutlich ambitionierter zu gestalten und die Er-
107 reichung der Klimaneutralität auf 2035 vorzuziehen.

109 Die Verwaltung wurde aufgefordert, dem Rat ein „Konzept 2035“ vorzulegen, mit dem das Ziel der Klimaneutralität im
110 Jahr 2035 zu erreichen ist. Die Verwaltung hat daraufhin einen Umsetzungspfad zur Erreichung der Klimaneutralität
111 2035 vorgelegt (RAT/115/2019), den der Rat in der Sitzung am 28.11.2019 mit dem Ergänzungsantrag
112 (RAT/181/2019) der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschlossen hat.

113 https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT_115_2019_Pfad_zur_Erreichung_der_Klimaneutralitaet_2035.pdf

114 und

116 https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT_181_2019_AEnderungsantrag_Pfad_zur_Erreichung_der_Klimaneutralitaet_2035.pdf

118 **Prozess mit den wichtigen Stationen zu Konzept und Maßnahmen zur Klimaanpassung**



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

119 Die Folgen des Klimawandels sind auch in Düsseldorf spürbar. Die Ereignisse mit extremem Wetter werden häufiger.
120 Es ist zunehmend mit Hitzeperioden, Starkregenereignisse und Hochwasser zu rechnen. Niederschläge bleiben für
121 lange Zeit aus. Der Anteil von Tagen mit sehr hohen Tages- und Nachttemperaturen nimmt seit Jahren zu. Wenn es
122 regnet, fallen oft extrem hohe Niederschlagsmengen, sodass die Abwassersysteme überlastet werden. Die Flut des
123 Jahres 2021 hat gezeigt, dass die Versiegelung der Stadt extreme Regen noch in ihrer Wirkung verstärkt. Der Klima-
124 wandel ist eine Herausforderung, die in allen Lebensbereichen der Menschen wahrgenommen wird.
125

126 Parallel zum Klimaschutz wurde demzufolge die Entwicklung hin zu Konzepten und Maßnahmen zur Klimaanpas-
127 sung angestoßen. 2015 beauftragte der Umweltausschuss die Verwaltung mit der Erstellung eines Klimaanpas-
128 sungskonzepts.

129 <https://www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html>

130
131 Beauftragt wurden die Firmen GEO-NET Umweltconsulting GmbH, MUST Städtebau und Dr. Pecher AG, die das
132 Klimaanpassungskonzept für die Landeshauptstadt Düsseldorf, KAKDUS entwickelten.

133 https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaanpassung/kurzfassung_klimaanpas-
134 [sungskonzept.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaanpassung/kurzfassung_klimaanpas-)

135
136 Im Jahr 2017 hat die sozialdemokratisch geführte Kooperation mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen das Klimaanpas-
137 sungskonzept beschlossen.

138 <https://www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html>

139
140 Die darin enthaltenen Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit vor dem Hintergrund der Ereignisse der vergangenen
141 Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die Größe der Verwaltung einer Stadt wie Düsseldorf und die
142 Menge an möglichen Beteiligten macht es notwendig Planung und Handlungsoptionen zu bündeln und abzustimmen.
143

144 Die Raumplanung ist neu auszurichten, Flächen sind zu entsiegeln, um die Abwassersysteme zu entlasten und
145 starke Regenfälle größtmöglich in den Boden versickern zu lassen.

146 Beschlossene Einzelmaßnahmen wie das Aufstellen von Trinkwasserspendern oder das Besprühen von Flächen
147 sind hilfreich.



1 **Antrag 12**

2 Antragsteller: Arbeitskreis säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
3 Adressat: SPD-Ratsfraktion
4

5 **VERZICHT AUF SONDERRECHTE**

6
7 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, im Rat der Stadt Düsseldorf folgende Anträge einzu-
8 bringen:

9 1. Der Rat der Stadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, mit den aus öffentlichen Mitteln fi-
10 nanzierten kirchlichen Einrichtungen Gespräche zu führen, die zum Ziel haben, dass diese bis
11 zu einer entsprechenden Gesetzesänderung freiwillig auf die derzeit noch bestehenden Son-
12 derrechte im Umgang mit den bei Ihnen Beschäftigten zu verzichten.

13 2. Der Rat der Stadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob bei künftigen
14 Verträgen mit Einrichtungen/externen Trägern (konfessionsgebunden und konfessionsneutral)
15 Vereinbarungen bezüglich der arbeitsrechtlichen Regelungen der dort Beschäftigten getroffen
16 werden können. Ziel dieser Vereinbarung soll die Gewährleistung der vollen Arbeitnehmer-
17 rechte in allen von der Stadt Düsseldorf mitfinanzierten Einrichtungen sein.

18 **Begründung/Sachverhalt**

19 Die Religionsgemeinschaften sowie die Wohlfahrtsverbände in kirchlicher Trägerschaft wie Caritas und Diakonie
20 übernehmen vielfältige Aufgaben im sozialen Bereich und in der Jugendhilfe. Sie unterhalten Krankenhäuser, Kinder-
21 gärten, Schulen und vielfältige weitere soziale Einrichtungen - auch in Düsseldorf. Hier gibt seit langem eine gute
22 und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den kirchlichen Trägern. In den kirchlichen Einrich-
23 tungen sind viele Mitarbeiter*innen beschäftigt, die zum Wohle unserer Stadt und der Menschen hervorragende Ar-
24 beit leisten.

25 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nur gilt nur bedingt (§ 9 AGG). Für die von den Sonderrechten
26 bundesweit betroffenen ca. 1,4 Millionen Beschäftigten hat es teilweise gravierende Folgen. Ihnen ist z.B. das Streik-
27 recht mit wenigen Ausnahmen weitgehend versagt. Ein Austritt aus der Kirche führt in der Regel zur Kündigung. Be-
28 schäftigte katholischer Einrichtungen sind zudem gehalten, die Wert- und Moralvorstellungen des Arbeitgebers auch
29 privat einzuhalten. Dadurch können z.B. Geschiedene, die erneut eine Partnerschaft eingehen, oder gleichge-
30 schlechtlich lebende Beschäftigte, die in einer Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft Verantwortung für ihre/n
31 Partner/in übernehmen, entlassen werden.

32 Dieses Recht der Religionsgemeinschaften gilt auch dann, wenn die Einrichtungen ganz oder zu großen Teilen von
33 staatlichen Stellen (Bund, Länder und/oder Kommunen) finanziert werden. Eine zügige Änderung dieses Zustandes
34 ist dringend geboten, weil:

35 - Ärztliches Fachpersonal, Altenpfleger*innen, Kindergärtner*innen oder Schuldnerberater*innen heilen Kranke, pfe-
36 gen Alte, erziehen Kinder oder beraten verschuldete Menschen – wer der Religionsgemeinschaft nicht angehört, ist
37 dadurch für diese Tätigkeiten ebenso wenig disqualifiziert wie Menschen, die ein zweites Mal heiraten oder in einer
38 homosexuellen Partnerschaft leben.

39
40 - Viele Betroffene müssen unter Umständen ihr Privatleben vor ihrem Arbeitgeber verheimlichen.

41
42 - In vielen Regionen besitzen die Einrichtungen in Trägerschaft von Religionsgemeinschaften im sozialen Bereich
43 ein Arbeitgeber-Monopol, insofern gibt es oft keine echte Wahlfreiheit für die Arbeitssuchenden oder Beschäftigten.

44
45 - Die Beschäftigung von Personen in den Einrichtungen der Religionsgemeinschaften soll ausschließlich auf Grund-
46 lage der fachlichen Eignung erfolgen.

47 Die derzeit gültige Rechtslage und Praxis wird insbesondere auch von vielen Mitarbeiter*innen der Einrichtungen
48 kritisiert. Aber auch viele Gläubige und kirchliche Institutionen fordern Änderungen; u.a. im September 2012 der Vor-
49 sitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) sowie 2013 die Konferenz der Diakonie der Re-
50 gion OS (NOZ v. 6.3.2013).

51 Auch haben inzwischen mehrere Gerichte den Betroffenen Recht gegeben (z.B. ArbG Aachen, BAG zum wiederver-
52 heirateten katholischen Geschiedenen, LAG Hamm und Hamburg, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte,
53 BAG zum Streikrecht, zuletzt [BAG 2018](#), [EuGH 4/2018](#), [EuGH 9/2018](#), [BAG 2019](#)).



1 **Antrag 13**

2 Antragsteller: AfA
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
4

5 **TARIFFLUCHT STOPPEN!**

6 Die AfA Düsseldorf stellt den folgenden Antrag:

7
8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert einen Antrag mit dem folgenden Inhalt einzu-
9 bringen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung soll in Zukunft die Möglichkeiten erhalten:

- 10
- 11 - Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit durch eine der Tarifparteien
- 12 - Die Erweiterung des Tarifausschusses auf drei Vertreter*innen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften plus ein/e neutrale Vorsitzende/r
- 13
- 14 - Die Entscheidung im Tarifausschuss wird mit Mehrheit entschieden. Bei einer Patt-Situation entscheidet der/die Vorsitzende
- 15
- 16

17 Die NRWSPD wird aufgefordert das Thema „Tarifflucht“ zu einem zentralen Bestandteil ihres
18 Wahlkampfes zu machen.

19 **Begründung:**

20 Seit den 1990er Jahren ist die Tarifbindung dramatisch zurück gegangen. 2019 waren nur
21 noch 44% der Beschäftigten in einem Beschäftigungsverhältnis, das nach einem Branchentarifvertrag geregelt war. Hinzu kamen noch einige Firmentarifverträge. Zurzeit sind so nur noch
22 51% der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt. In den Branchen ist die Tarifflucht
23 unterschiedlich stark vertreten. So sind im Einzelhandel nur noch 28% der Beschäftigten unter
24 dem Schutz des Tarifvertrages. Im Jahre 2010 waren es noch 50%.

25
26
27 Das bedeutet für die Betroffenen: weniger Kaufkraft, oft die Notwendigkeit Aufstockerleistungen
28 zu beantragen und im Alter eine geringere Rente. Hinzu kommt, dass der den Sozialversicherungen
29 und den öffentlichen Haushalten Summen in Milliardenhöhe entgehen.
30

Kosten der Tarifflucht

Gesamtdeutschland

	Auswertung 2019	Auswertung 2021	Differenz
Mindereinnahmen der Sozialversicherungen	24,8 Milliarden Euro	29,8 Milliarden Euro	+5 Milliarden Euro
Mindereinnahmen Verlust bei der Einkommensteuer für Bund, Land und Kommunen insgesamt	14,9 Milliarden Euro	18,1 Milliarden Euro	+3,2 Milliarden Euro
Kaufkraftgewinn, wenn Beschäftigte tarifgebunden wären	35,1 Milliarden Euro	41,6 Milliarden Euro	+6,5 Milliarden Euro

31
32 Auf Grund dieser Situation brachten das Bundesland Bremen mit Unterstützung der Länder
33 Berlin, Thüringen und Hamburg im Mai 2021 einen Antrag mit den o. g. Forderungen in den
34 Bundesrat ein, der dort mit abgelehnt wurde. Einige Bundesländer haben sich enthalten.
35

36 Die SPD und natürlich auch die AfA hat immer wieder betont, wie wichtig die Tarifbindung für
37 die Beschäftigten und ihre Familien sind. Im letzten Koalitionsvertrag wurde die Stärkung der



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

38 Tarifbindung beschlossen, ohne dass dies umgesetzt wurde. Im jetzigen Koalitionsvertrag ist
39 dies wieder der Fall.

40
41 Das Tarifflicht zudem ein Raub an den Sozialversicherungen und den Steuereinnahmen ist,
42 macht das ganze zusätzlich zum Verbrechen. Wenn wir über vielfach zerstörte Infrastruktur
43 sprechen, müssen wir immer auch über die Verursacher reden. Eine Initiative ist der Bundes-
44 tagsfraktion, gestützt auf den DGB und den dazu gehörigen Gewerkschaften, ist daher drin-
45 gend nötig.

46
47 [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-
48 21.pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

49
50 [https://www.wsi.de/de/blog-17857-reform-der-ave-schluessel-zur-staerkung-der-tarifbindung-
51 33324.htm](https://www.wsi.de/de/blog-17857-reform-der-ave-schluessel-zur-staerkung-der-tarifbindung-33324.htm)

52
53 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>

54
55 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbin-
56 dung-arbeitnehmer.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbindung-arbeitnehmer.html)

57
58 <https://www.wsi.de/de/tarifbindung-15329.htm>

59
60 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>



1 **Antrag 14**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
4

5 **ENDE DES PRINZIP-GIEßKANNE**

6
7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine Expertenkommission einzuberufen
8 mit dem Ziel der Erarbeitung eines Konzepts, um gezielte staatliche Eingriffe zur wirt-
9 schaftlichen Unterstützung von Privatpersonen und Haushalten in Krisenzeiten zu er-
10 möglichen.

11
12 **Begründung:**

13 Die Gaspreisbremse der Bundesregierung hat wieder eindrucksvoll unter Beweis ge-
14 stellt, dass der Staat kein funktionierendes Instrument hat, um seine finanziellen Mit-
15 tel gezielt einzusetzen. In der jetzigen, wie auch schon in der Corona-Krise fehlt es
16 dem Staat an Daten, um die Bedürftigkeit von seinen Bürgerinnen und Bürgen zu er-
17 mitteln. Statt aber gezielt die Mittelschicht, Geringverdiener und die sozial Schwach-
18 en zu unterstützen, schüttet der Staat frei nach dem Prinzip-Gießkanne über alle
19 etwas Geld aus. Dabei werden die Vermögenden Menschen in unserem Land meis-
20 tens genauso entlastet, wie Diejenigen, die nicht wissen, wie sie über den Monat
21 kommen sollen. Leider sorgt dieses Prinzip eben auch dafür, dass insgesamt weni-
22 ger Geld für Diejenige übrig bleibt, die es wirklich bräuchten.

23
24 Im aktuellen Fall hat die Gaskommission einen Vorschlag aus dem Hut zaubern müssen,
25 welcher eben nur ein guter Kompromiss ist. Das Problem liegt, darin, dass die Gasver-
26 sorger nicht das Einkommen und Vermögen ihrer Kunden kennen und der Staat
27 im Gegenzug nicht den Gasverbrauch der Steuerzahler. Um ein sozial ausbalan-
28 ciertes und wirksames Instrument aufzubauen, welches Deutschland in den kommen-
29 den Krisen nutzen könnte, bräuchte es endlich einen Datenverknüpfung welches es
30 ermöglich auf asymmetrische Schocks mit asymmetrischen Lösungen zu reagieren.

31
32 Bei der Erarbeitung eines möglichen Konzepts müssen die Expertinnen und Experten
33 jedoch darauf achten, dass der Datenschutz nichts an seiner Relevanz für unser Zu-
34 sammenleben verliert. In Sachen Datenschutz agiert Deutschland aus seiner histori-
35 schen Rolle vorbildlich und dennoch braucht es auch hier klare Änderungen, um da-
36 für zu sorgen, dass der Staat den Menschen gezielt helfen kann.

37



1 **Antrag 15**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
4

5 **ERHÖHUNG DES FREIBETRAGS**

6
7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert sich für eine signifikante Erhö-
8 hung des Freibetrages für Familienmitglieder von Menschen die Sozialhilfe
9 beziehen einzusetzen.

10
11 **Begründung:**

12
13 Familienmitglieder von Menschen die Sozialhilfe beziehen und sich in einem gemein-
14 samen Haushalt befinden werden strukturell davon abgehalten sich nebenbei ein eige-
15 nes Einkommen zu verdienen, indem die Sozialhilfe in der gleichen Höhe des Ein-
16 kommens vom Sozialhilfe Empfänger gestrichen wird. Dadurch entstehen für das
17 Sozialhilfe empfangende Familienmitglied Einkommenslücken, die nur dadurch be-
18 hoben werden können, indem das Erwerbstätige Familienmitglied die Summe an ge-
19 strichenen Leistungen nun zurückzahlt oder seine Erwerbstätigkeit aufgibt

20
21 Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer und auch für den Staat selbst entstehen
22 durch dieses System weitreichende Nachteile. Arbeitnehmer leiden darunter, dass es
23 sich für sie nicht lohnt, arbeiten zu gehen da sie meistens die Summe an gestrichener
24 Leistung dem Familienmitglied aus ihrem Lohn zurückzahlen, um Einkommenslücken
25 zu vermeiden. Je nach Höhe der Sozialleistungen müsste die betroffene Person die
26 Hälfte, gar den ganzen Lohn zahlen, was sich überhaupt nicht lohnen würde und des-
27 halb oft die Entscheidung getroffen wird gar nicht arbeiten zu gehen, statt Abzüge in
28 Kauf zu nehmen. Für Arbeitnehmer entstehen dadurch fehlende Mitarbeiter. Der Staat
29 sanktioniert somit das Arbeiten, anstatt es zu fördern und stellt sich somit vielen Men-
30 schen, die auf der Suche nach einer Arbeit sind in den Weg. Das führt dazu, dass
31 mehr Menschen Schwarz Arbeiten, um diesen Problemen zu entgehen. Der Staat
32 kann dadurch keine Regulierung und Einhaltung von Arbeitsschutz Gesetzen sowie
33 Löhne kontrollieren

34
35 Kinder und Jugendliche aus diesen prekären Familien geht es bereits finanziell sowie
36 emotional schlechter als anderen Kindern, deshalb besteht sehr häufig der Wunsch
37 und Wille nach sozialem Aufstieg. Genau dieser Wille wird dadurch im frühen Alter ge-
38 brochen und kann zu Motivationslosigkeit führen und weitere Spätfolgen mit sich füh-
39 ren

40
41 Eine Folge dieses System kann bereits im jungen Alter zu sozialer Spaltung führen.
42 Während Jugendliche aus einem reicheren Haushalt problemlos einen Nebenjob aus-
43 führen können, wird es Jugendlichen aus prekären Familien verboten, gar kriminali-
44 siert dadurch entsteht bereits im jungen Alter für Jugendliche eine soziale Ungleich-
45 heit.



1 **Antrag 16**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf
3 Adressat: SPD-Ratsfraktion

4

5 **ERWEITERUNG DER U71 NACH DÜSSELDORF-GARATH**

6

7 Die SPD-Ratsfraktion wird dazu aufgefordert, sich im Rat der Stadt Düsseldorf für die Durch-
8 führung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer Erweiterung der Bahnverbindungen nach
9 Garath einzusetzen.

10

11 **Begründung**

12 Die U71 ist eine Bahn in Düsseldorf, die den Norden mit dem Süden verbindet. Sie bietet
13 ebenfalls eine Anbindung an die Heinrich-Heine-Universität. Die Bahn endet allerdings im
14 Stadtteil Benrath, wodurch Anwohner*innen, die weiter im Süden leben, andere Optionen
15 wählen müssen. Der SB57, der in Garath-Ost hält und bis zur Uni fährt, hat das strukturelle
16 Problem nicht gelöst. Der Standort der Haltestelle ist unglücklich gewählt. Für Anwohner*in-
17 nen, die nicht in direkter Umgebung wohnen, gibt es nur die Möglichkeit über eine nicht bar-
18 rierefreie Treppe zur Haltestelle zu gelangen. Die einzige Alternative zur Anbindung an die
19 Stadt bleibt die Nutzung der überfüllten S-Bahn in Garath S, was allerdings vor allem für jün-
20 gere Personen zur späten Tageszeit nicht zumutbar ist. Die Düsseldorfer Altstadt dient als
21 Treffpunkt für Freundesgruppen an Wochenenden und nach
22 der Schule oder Arbeit. Die Erweiterung erleichtert außerdem den Arbeitsweg von Menschen,
23 die im Norden der Stadt arbeiten müssen oder beispielsweise zum Arzt müssen.

24

25 Die Fahrt mit dem 789 oder 778 von Garath nach Benrath dauert mind. 10 Minuten, aller-
26 dings unter der Voraussetzung, dass der Bus pünktlich kommt. Mit einer Erweiterung bei-
27 spielsweise der U71 wird die Fahrtzeit deutlich verkürzt und ein Anreiz geschaffen, dass
28 mehr Anwohner*innen aus Garath am kulturellen Leben in Düsseldorf teilnehmen können.

29

30 Der Standort Garath würde durch die Erweiterung auch aufgewertet werden. Zurzeit leben
31 schätzungsweise 20.000 Menschen in Garath, durch die schlechte ÖPNV-Bindung entsteht
32 aber leider der Eindruck, dass Düsseldorf in Benrath endet. In Garath gibt es viele soziale
33 Brennpunkte und es ist im Vergleich zum Rest von Düsseldorf eine Hochburg der AfD. Hier
34 spielt auch die schlechte Infrastruktur eine Rolle. Man sollte deshalb versuchen, die Men-
35 schen in die gesamte Stadt miteinzubinden. Die vorliegende Infrastruktur ist für einen Stadt-
36 teil der Landeshauptstadt des größten Bundeslands nicht tragbar. Aus diesem Grund wäre
37 es sinnvoll, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, um zu prüfen, inwiefern eine Erweite-
38 rung möglich wäre.

39



1 **Antrag 17**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf + AsF

3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

4

5 **FRAU, LEBEN, FREIHEIT – FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK FÜR** 6 **IRAN**

7

8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert folgende Maßnahmen umzusetzen, die
9 das Regime im Iran schwächen und somit allen, die sich gegen das Regime stellen und
10 für die Freiheit ihres Landes auf die Straßen ziehen, helfen sollen, insbesondere den
11 iranischen Frauen, die seit Jahrzehnten der Repression und dem Terror der Mullahs
12 ausgesetzt sind:

13

14 1. die Verhandlungen zum Wiederbeleben des Atomabkommens (JCPoA) - Joint
15 Comprehensive Plan of Action – eingefroren werden.

16

17 2. Sanktionen gegen die Kollaborateure mit dem iranischen Regime durchgesetzt
18 werden.

19

20 **Begründung:**

21 Die mutmaßliche Ermordung der jungen Kurdin Mahsa Amini in Polizeigewahrsam,
22 nach der Verhaftung durch die Sittenpolizei, hat eine Protestwelle im Iran losgetreten.
23 Ihr zu Grunde liegen die Menschenrechtsverletzungen, denen oftmals vor allem Mäd-
24 chen und Frauen ausgesetzt sind. So ist Diskriminierung im Iran gegenüber Frauen
25 eben keine Seltenheit, sondern systemisch bedingt und gewollt: Der Iran gehört mit
26 nur vier weiteren Ländern zu den Nicht-Unterzeichnern der UN- Konvention zur
27 Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber Frauen. Diese abstrakt
28 scheinende Tatsache jedoch zeigt für die Betroffenen gravierende Auswirkungen in Ih-
29 rem Leben:

30

- 31 • Durch die angewandte Scharia sind Frau in fast allen Rechtsbereichen stark be-
32 nachteiligt.
- 33 • Frauen dürfen bestimmte Berufsgruppen wie das Richteramt nicht anstreben.
- 34 • Im Vergeltungsrecht haben Frauen ebenfalls nur den halben Wert eines Mannes.
- 35 • Vor Gericht zählt die Aussage einer Frau halb so viel wie die eines Mannes –
36 oft werden Zeuginnen gar nicht erst angehört.
- 37 • Eine Frau muss ihrem Mann sexuell verfügbar sein, Vergewaltigung in der Ehe
38 ist kein Tatbestand.
- 39 • In den aller meisten Fällen kann nur der Mann sich von seiner Frau scheiden und
40 nicht auch umgekehrt.
- 41 • Gewalttätige Handlungen eines Mannes sind zunächst kein Scheidungsgrund.
- 42 • Ehrenmorde sind praktisch straffrei.
- 43 • Es herrscht Kopftuchpflicht.

44

45 Neben Frauen diskriminiert das Regime akribisch auch andere Gruppen. So werden ho-
46 mosexuelle Handlungen mit der Todesstrafe vergolten. Darüber hinaus werden LGB-
47 TIQA+ Personen mit Elektroschocks „behandelt“, um sie zu „heilen“. Prinzipiell gilt im



48 Iran, dass Meinungsäußerung-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit von den Be-
49 hörden stark eingeschränkt werden.

50
51 Internetseiten von sozialen Medien werden zeitweise blockiert und kritische Medienbe-
52 triebe geschlossen.

53
54 Es kann nicht sein, dass die Deutsche Außenministerin Baerbock sich zu einer Feminis-
55 tischen Außenpolitik bekennt diese nach außen hin vertritt, jedoch einknickt, wenn es
56 konkret um die Rechte von Mädchen, Frauen und Minderheiten geht. Jetzt braucht es
57 ein klares solidarisches Signal der Bundesrepublik Deutschland mit den Protestieren-
58 den im Iran und im Exil. Daher muss die BRD klar signalisieren, dass sie das Regime
59 im Iran nicht anerkennt und ihre handelnden Akteure und Institutionen sanktioniert wer-
60 den.

61
62 Es geht darum die Protestierenden im Iran zu ermutigen und klar zu signalisieren, dass
63 wir uns solidarisch mit ihnen zeigen, und dass der Westen eben nicht wegschaut.

64 Dass wir eine Feministische Außenpolitik mit Leben füllen und uns dafür einsetzen,
65 dass die Elite des Regimes und ihre Organisation in Hamburg mit aller Schärfe sankti-
66 oniert werden.

67

68

69



Antrag 18

Antragsteller: Jusos Düsseldorf
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

NEUE STRATEGIE FÜR DIE SAHELZONE

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert eine neue Strategie für die Sahelzone zu entwickeln.

Begründung

Diese Strategie sollte verschiedene Faktoren mit in Betracht ziehen.

1. Eine rein militärische Lösung der Konflikte in der Sahelzone kann es nicht geben, das hat der Einsatz in Mali deutlich gezeigt
2. Die Strategie muss darauf abzielen die Lebensverhältnisse der Menschen deutlich zu verbessern. Nur so wird bewaffneten nicht staatlichen Akteuren das Rekrutierungspotenzial genommen
3. Die Reformierung der staatlichen Strukturen der Länder der Sahelzone
4. Die Einbeziehung lokaler Autoritäten und Institutionen, wie z.B Dorfvorsteher, Religiöse Autoritäten etc.
5. Die Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Region
6. Ein entschlossenes Entgegenreten des russischen und chinesischen Einflusses auf die Region

Die Sahelzone ist eine der ärmsten Regionen der Erde und am heftigsten von den Folgen des Klimawandels betroffen. Immer stärker werdende Dürren haben die sowieso schon harten Lebensbedingungen der Menschen vor Ort noch unerträglicher gemacht. Die staatlichen Strukturen sind größtenteils in Auflösung begriffen und bewaffnete nichtstaatliche Akteure wie z.B. dschihadistische Bewegungen haben enormen Zulauf bekommen.

Frankreich und auch Deutschland haben in Mali versucht mit militärischen Einsätzen den Einfluss Dschihadistischer Gruppen zurückzudrängen. Trotz anfänglicher Erfolge ist diese rein militärische Strategie gescheitert, sodass sich Frankreich komplett aus der Region zurückzieht. In dieses Vakuum stoßen momentan vor allem die Russen hinein. Die Bundesregierung muss mit einer Anpassung ihrer Strategie zur Sahelzone diesen veränderten Bedingungen Rechnung tragen.

Diese neue Strategie darf den militärischen Part nicht mehr als den Hauptteil der Strategie sehen, sondern muss auch den zivilen Teil viel mehr Bedeutung einräumen. Ein Hauptaugenmerk muss auf der Reformierung der staatlichen Institutionen (gerade der Sicherheitskräfte) liegen, sowie auf der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort. Nur so kann auf Dauer der Einfluss radikaler Gruppen in der Region massiv eingeschränkt werden.

Desweiteren muss ein Hauptaugenmerk auch auf der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels liegen, da durch Dürren immer mehr Armut entsteht, die wiederum zur Instabilität der Region beiträgt. Nur mit einer angepassten Strategie kann der Einfluss Russlands in der Region zurückgedrängt werden. Sowohl die durch einen Militärputsch an die Macht gekommene Regierung Malis als auch die Burkina Fasos, setzen aktuell massiv auf den Einsatz russischer Söldner der Wagner Gruppe. Dies kann nicht auf Dauer zu einer Befriedung der Region führen, sondern macht die Lage der Menschen vor Ort noch schlimmer.



Antrag 19

Antragsteller: Jusos Düsseldorf/Juso Hochschulgruppe/OV Düsseldorf-Flingern
Adressat: Landesparteitag NRW SPD

STUDIERENDENWERKE AUSFINANZIEREN – HOCHSCHULEN ALS LEBENSRAUM ERHALTEN

Die SPD Düsseldorf fordert die NRW SPD auf, sich für die Ausfinanzierung der Studierendenwerke einzusetzen und darauf hinzuwirken, Hochschulen wie Schulen und Kindertagesstätten von den allgemeinen Zielen zur Energieeinsparung im öffentlichen Raum auszunehmen. Des Weiteren soll Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, möglichst bald eine Lösung für die Auszahlung der 200 € Einmalzahlung an Studierende zu finden, damit diese für die anstehende Heizkostenabrechnung auch zur Verfügung steht. Die NRW SPD soll sich dafür stark machen, dass hierbei keine Entscheidung ohne eine angemessene Mitsprache durch die Studierendenschaft getroffen wird.

Begründung:

Schon während Corona hat sich gezeigt, wie wenig Studierende von der CDU-geführten Landesregierung mitgedacht wurden: Bibliotheken waren über lange Phasen geschlossen und die Lehre massiv eingeschränkt. Gerade erst hatte sich der Alltag an den Hochschulen wieder normalisiert, die Präsenzlehre schien gesichert und Forschung war ohne Einschränkungen möglich.

Doch nun wird Lehre und Forschung erneut massiv eingeschränkt, ohne dass die Lebenssituation der Studierenden ausreichend in den Blick genommen wurden

Die Geldnot der Studierendenwerke kommt nicht von ungefähr. Lange schon setzten diese sich an der Seite der Studierendenschaft für ihre Ausfinanzierung ein, weshalb ausdrücklich betont werden soll, dass sich der Appell nicht gegen die Studierendenwerke richtet. Zu lange ist dort nichts passiert: Die Kosten und die Zahl der Studierenden nahmen zu, ohne dass die Finanzierung durch das Land entsprechend erhöht wurde.

Nun muss die Landesregierung endlich reagieren! Die Studierendenwerke sind gezwungen, die Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie an die Studierendenschaft weiterzugeben und die damit sowieso schon angespannte finanzielle Lage der Studierenden noch weiter zu verschärfen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Essen in der Mensa um bis zu 30 % teurer und Mieten in Studierendenwohnheimen erhöht werden. Das Land muss nachhaltig Abhilfe schaffen und mehr Geld für Studierendenwerke bereitstellen.

Stattdessen spart die Landesregierung auch noch im Herzen der universitären Forschung, indem Bibliotheken wie an der Heinrich-Heine-Universität, inklusive der Universitäts- und Landesbibliothek, früher schließen. Diese Entscheidung wurde offensichtlich ohne Studierende und damit fernab von studentischen Lebensrealitäten gefällt. Berufsbegleitendes Studieren oder auch nur der Minijob, um die Kostenexplosion zu stemmen, ist nicht mit dem Studium vereinbar, wenn beispielsweise die Fachbibliothek Rechtswissenschaften am Wochenende schon um 16 Uhr schließt. Die Universität muss von der pauschalen 20%-Regelung ausgenommen werden oder es müssen weniger einschneidende Einsparpotentiale aufgetan werden, die nicht die Qualität von Lehre und Forschung bedrohen.

Der Bund ist mit der Verkündung der Einmalzahlung für Studierende über 200 € einen ersten wichtigen Schritt gegangen, doch nützt das Geld nichts, wenn es erst im nächsten Sommer ankommt. Die finanziellen Engpässe bei Studierenden werden im Winter besonders hart und müssen akut abgefedert werden. Dabei ist auch klar: Langfristig ist der Lage nur mit einer grundlegenden Reform des BAföG beizukommen. Wer jetzt erwartet, dass die für die Höhe des BAföG relevanten Löhne von Geschwistern Studierenden über den Winter helfen, ignoriert die Hilferufe der Studierendenschaft absichtlich.

Das Sparen an der Zukunft muss ein Ende haben. Eine Rückkehr in Praxen, die schon während der Coronapandemie nicht praktikabel waren, muss verhindert werden. Der Hochschule und den Studierenden muss endlich die Bedeutung als Bildungseinrichtung zukommen, die sie für unser Land haben. Wie auch während Corona trägt die Studierendenschaft solidarisch notwendige Maßnahmen mit, doch darf dadurch das Studium nicht gefährdet werden!



Antrag 21

Antragsteller: OV Oberbilk

Adressat: UB-Vorstand Düsseldorf und die SPD-Ratsfraktion,
SPD-Landesvorstand und Landtagsfraktion, SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion, Düsseldorfer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

ERNEUERUNG DER SPD

Der Parteitag möge beschließen:

Mit der Erneuerung der SPD sind wir noch nicht weit gekommen! Wir fordern eine klarere Kommunikationsstrategie der Partei in der unsere Anliegen und Forderungen klarer und unterscheidbarer kommuniziert werden.

Begründung:

Die SPD steht am 12. August 2022 bei der **Sonntagsumfrage** laut Forschungsgruppe Wahlen im Bund **bei 19 %**. Die Grünen bei 26%, die Union bei 26%, die AfD bei 12%, die FDP bei 7%, die Linke bei 4%. <https://sonntagsfrage.com/sonntagsfrage>

Kein SPD-Kabinettsmitglied hat im August mehr positive als negative Werte erzielt.

Mit Lauterbach sind 53% der Befragten weniger bis nicht zufrieden; mit Olaf Scholz 55%, mit Christine Lambrecht 64 %.

Oder in Noten ausgedrückt:

Olaf Scholz, 0,8, Hubertus Heil, 0,7, Karl Lauterbach, 0,3. Das wird nur noch getoppt von Markus Söder -0,1, Christian Lindner -0,2, Friedrich Merz -0,2 und Sahra Wagenknecht mit -0,6.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1817/umfrage/noten-fuer-spitzenpolitiker/>

Die Liste wird angeführt von Robert Habeck mit 1,7, Annalena Baerbock mit 1,3, Cem Özdemir mit 1,0. Der FDP reichen für ihre Klientelpolitik 7% Zustimmung in den Umfragewerten. Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, sind 19 Prozent Zustimmung nicht ausreichend.

Kein SPD-Kabinettsmitglied der Bundesregierung ist ein öffentliches Gesicht für die wichtigsten Themen, die die Menschen beschäftigen:

Klimapolitik, Transformationsprozess des Klimawandels, Energiekosten für die Endverbraucher, Mobilität, Inflation, Haushaltsstrategien, Innovation und Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung, Europapolitik, Rentensicherung, Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, faire globale Handelsbeziehungen, Handelskonflikte, Entwicklungsländer, Umgang mit autokratischen Regimen, aus deren Ländern wir wichtige Materialien beziehen oder deutsche Erzeugnisse hin exportieren, militärische Sicherheitspolitik, Ukraine-Krieg etc.

Auch wenn es in der SPD zu diesen Fragen Expertise geben sollte, ist sie **medial nicht erkennbar**. Die Positionen der SPD müssen sichtbar gemacht werden. Wenn das in der Koalition nicht hinreichend gelingt, dann auf den Plattformen der SPD und nahestehender Organisationen. Bei jedem Koalitionskompromiss sollte die Partei ihren Anteil transparent machen. In einigen Feldern der Sozialpolitik gelingt das, z.B. beim **Mindestlohn** und dem Bürgergeld, das aber auch noch nicht vom Bundestag verabschiedet wurde. In den meisten anderen dargestellten Themen nicht.

Wenn **der Mainstream der Medien** die Positionen der SPD nicht aufgreift, dann muss die SPD eine **nachvollziehbare** Darstellung ihrer Politik auf eigenen Plattformen attraktiv verbreiten. Dazu gehört auch, **wie** die SPD die formulierten Ziele erreichen will. Dazu gehört Wissen, Kenntnis, **Kommunikationskompetenz** und kompetentes politische Personal.

In den meisten dieser Politikfelder werden von der SPD noch ihre Ziele aufgezählt, **aber keine Maßnahmen und Zeitraster**, wie und wann diese Ziele und Zwischenziele erreicht werden sollen. Wenn die Bevölkerung auf diese Fragen aber keine nachvollziehbaren Antworten erhält, wird sie sich anderen politischen Gruppierungen zuwenden. Das könnte die AfD sein, das könnte aber auch eine flexible Union sein, die keine Rücksicht darauf nehmen muss, was sie früher einmal für wichtig hielt, die sich mit Söder und Merz aus dem Baukasten der AfD bedient, wie man es jetzt schon in der Frage der Wiederbelebung der Atomenergie sehen kann.

Wer von uns ist in der Lage den Transformationsprozess der Klimapolitik der SPD am Werbepodium, einem fragenden Passanten zu erklären, wenn Strom, Wasser, Heizung und die Wohnungsmiete zu teuer werden? Die SPD muss diese Fragen wieder in die Mitte ihrer Parteitage, ihres eigenen Diskurses holen und Mandatsträger*innen auswählen, die sich dieser Debatte stellen und Impulse geben können. Wir müssen mit Menschen zusammenarbeiten, die sich jeden Tag mit diesen Fragen beschäftigen, in wissenschaftlichen Instituten und Verbänden. Wir müssen nicht ihre Positionen in toto übernehmen, aber wir dürfen uns schlau machen.



1 **Antrag 22**

2 Antragsteller: OV Oberbilk
3 Adressat: SPD Düsseldorf

4
5 **WEBSITE DER SPD DÜSSELDORF**

6
7 Digitalen Gestaltung der Website des SPD-Unterbezirkes Düsseldorf muss verbessert werden:
8 Wir fordern zeitnah die Aktualisierung der Dokumentationen der UB-Parteitage und des Unter-
9 bezirksausschusses (UB-A).

10
11 Wir möchten wissen, wie mit den Beschlüssen der Düsseldorfer UB-Parteitage und des UB-A
12 bei den Adressaten (Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion, UB-Vorstand, Landes-
13 vorstand und Parteivorstand) und den Düsseldorfer Mandatsträgern umgegangen wurde. Wenn
14 wir von anderen Transparenz fordern, müssen wir mit gutem Beispiel voran gehen.

15
16 **Begründung:**

17
18 Auf der Webseite der Ratsfraktion kann man aktualisiert nachvollziehen, welche Anträge, Anfra-
19 gen und Reden die Fraktion im Stadtrat und den (weniger) Fachausschüssen gestellt hat. Der
20 letzte Eintrag war am 18.8.2022! Das ist aufschlussreich.

21
22 Die letzten Materialien zum Download des Unterbezirks finale Fassung, sind vom 17. März
23 2018!! Nach der letzten Landtagswahl am 16.05.2022 erfahren wir auf der Website des Düssel-
24 dorfer Unterbezirkes noch etwas über die Ziele der Düsseldorfer Kandidatinnen, was zwischen-
25 zeitlich angepackt wurde, Initiativen, Anträge der SPD-Landtagsfraktion im Landtag etc. ist on-
26 line auf der Website der Düsseldorfer SPD nicht zu erfahren. Z.B. welche Anträge aus Düssel-
27 dorf zum Landeswahlprogramm übernommen wurden und wie die Landtagsfraktion damit um-
28 gegangen ist.

29
30



1 **Antrag 23**

2 Antragsteller: OV Oberbilk

3 Adressat: UB-Vorstand Düsseldorf, Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Landesvorstand, Bundes-
4 tagsfraktion, Parteivorstand

5

6 **TRANSPARENZNAVIGATOR**

7 Die genannten Adressatinnen erstellen einen Transparenznavigator für die aktuellen Herausfor-
8 derungen, insbesondere in der Energiepolitik und den anstehenden Transformationsmaßnah-
9 men von der Kommune bis zur Europäischen Union.

10

11 Ein erster Schritt, Vertrauen herzustellen, wäre ein monatlich fortzuschreibendes Transparenz-
12 Register des Transformationsprozesses auf den Webseiten der Kommunen, der Landesregie-
13 rungen und der Bundesregierung über ihre Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeitabläufen zu
14 schaffen, wann welche Schritte erfolgen. Ggf. in leichter Sprache, um es barrierefrei zu erläu-
15 tern. Nur, wenn die Menschen die Grundzüge der Veränderungen verstehen, werden sie urteils-
16 fähig und können sich zwischen alternativen Politikentwürfen entscheiden.

17

18

19 Begründung:

20 Mit Sorge stellen wir fest, dass die SPD bei den großen Herausforderungen der „Wendezeit“ kein attraktives Profil für
21 die meisten Menschen in Deutschland hat. Lediglich beim Mindestlohn ist die Handschrift der SPD für viele erkenn-
22 bar, aber das Bürgergeld ist noch nicht durchgesetzt.

23

24 Deshalb sollte die SPD nicht nur ihre Ziele nennen, sondern auch darstellen, wie die einzelnen Schritte aussehen
25 sollen, um diese Ziele zu erreichen. Zur Transparenz gehört ebenso, was sie auf einer darzustellenden Zeitschiene
26 erreicht hat bzw. anstrebt, was sie wegen der anderen Koalitionspartner nicht erreichen konnte und wie die Maßnah-
27 men bezahlt werden.

28

29 Die SPD muss sich schon ein wenig mehr bemühen, ihre Politik verständlich darzustellen. Das ist eine große Her-
30 ausforderung an die Kommunikationskompetenz der Partei. Die Vermittlung von wirtschafts-, umwelt-, steuer-, au-
31 ßen-, handels-, bildungs- und sozialpolitischen Themen dürfen nicht den Talkshows von Lanz, Illner, Wille, Plasberg
32 etc. überlassen bleiben, deren Expertise auch nur von mittlerer Reichweite sind und im Kern Unterhaltung bleiben.
33 Die Herausforderung besteht heute darin, verständliche Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen.

34

35 Das Netz ist voll von Informationen. Es gibt in Deutschland viel ingenieur-, naturwissenschaftliches- und ökonomi-
36 sches Wissen zum Klimawandel, das für Laien aber nicht einfach nachvollziehbar ist. Dieses Wissen müssen wir
37 wieder für die innerparteilichen Debatten mobilisieren. Deswegen haben öffentliche Institutionen die Aufgabe, auf
38 ihren Webseiten den „Stand der Technik“ des politischen Entscheidungsprozesses und die anstehenden Maßnah-
39 men für die einzelnen Handlungsfelder nachvollziehbar darzustellen. Natürlich müssen zu den einzelnen Themen
40 Quellenhinweise gemacht werden, damit interessierte Bürger*innen sich vertieft weiter informieren können. Erst mit
41 einen plausiblen Themenkompass können wir die politischen Debatten, vor dem Hintergrund unserer Grundwerte,
42 sinnvoll führen.

43

44 https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf

45

46 Nur wenn eine Gesellschaft urteilsfähig ist, können rationale und demokratische Entscheidungen sinnvoll getroffen
47 werden. Diese werden dann immer noch unterschiedlich sein, weil politische Entscheidungen interessengeleitet sind.
48 **Aber eben diese Interessen müssen im politischen Entscheidungsprozess transparent werden.** Das kann für
49 partikulare Interessen, die sich gerne Allgemeininteresse darstellen, unangenehm werden. Eine Übergewinnsteuer
50 stellt in Deutschland aus Sicht von FDP und der Union die „Freie Marktwirtschaft“ in Frage. In der EU wird diese
51 Frage ganz anders beurteilt: „Die EU-Kommission hat Anfang März 2022 eine Leitlinie veröffentlicht, die eine bis zum
52 Ende Juni 2022 befristete Besteuerung von Übergewinnen aus der Stromerzeugung ausdrücklich erlaubt“

53

54 https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf

55 <https://de.wikipedia.org/wiki/Übergewinnsteuer>

56

57 Wenn man wirtschaftliche, ökologische, politische Zusammenhänge nicht darstellt, streben Populisten nach der öf-
58 fentlichen Deutungshoheit und setzen damit Regierungen und Parlamente unter Druck. Die Ängste der Politik vor
59 einer „Gelbwesten-Bewegung“ in Deutschland oder vor „Aufständen“ in Deutschland zeigt, wie unsicher die Politik in



60 Deutschland bereits heute ist, ob die Bevölkerung den Kurs der Regierung durch die gegenwärtigen Krisen noch
61 mehrheitlich teilt.

62
63 Da ist die Website der SPD „Und so machen wir das...“ auch keine große Hilfe.
64 <https://www.spd.de/programm/klimaschutz/>

65
66 Die meisten von uns sind nicht in der Lage, am Werbepoststand zu erklären, wieviel Strom wir für grünen Wasserstoff
67 brauchen, ob wir diesen aus eigenen erneuerbaren Energien herstellen können, um Mobilität, Heizen und Industrie-
68 produktion zu wettbewerbsfähigen Preisen in Deutschland sicherzustellen.

69
70 https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf

71
72 Wenn man die verschiedenen Studien liest, sind die Annahmen unterschiedlich. Demnach müssten 80 bis 90 Pro-
73 zent des Stromes für die Wasserstoffherstellung importiert werden, selbst wenn 2-Prozent der gesamten Fläche der
74 Bundesrepublik für Windenergie zur Verfügung stehen würden. Jetzt muss „nur noch“ dargestellt werden, wie das
75 alles organisiert werden soll, usw.

76
77 Anlage: Beispiele für staatliche, öffentliche Transparenznavigatoren von Städten, Landesregierungen und der Bun-
78 desregierung. Idealerweise auch von der EU-Kommission.

79
80

Tabelle 3 Maßnahmen der Stadt Düsseldorf, wann und wie sie Ihre Ziele nach Ihrem eigenen Nachhaltigkeitsbericht erreicht

Maßnahmen	Quellen	Bis Dez. 2022	1. Halbjahr 2023	2. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2024	2. Halbjahr 2024
Wie viel Strom aus erneuerbaren Energien	https://www.duesseldorf.de/fileadmin/UMWELT/19_Nachhaltigkeit_web_taf.pdf					
Wie viel Strom aus Gas, Kohle, ...						
Was kostet der kWh in ...						
Wie viel E-Autos wurden ...						
Wie viele Ladestationen wurden errichtet						
Wie viel PV Anlagen auf öffentlichen Gebäuden mit welcher Leistung installiert?						
Wie viel PV-Anlagen wurden gewerblich mit welcher Leistung installiert						
Wie viel PV-Anlagen wurden privat mit welcher Leistung						
Wie lange dauern die Genehmigungszeiten?						
Wie viele Unternehmen haben wegen der Energiekosten ab-						
Wie viele Unternehmen mussten aufhören, wegen zu hoher						
Wie viele Unternehmen wurden auf der Grundlage von erneuerbarer Energie						
Wie viele Arbeitsplätze kostete die						
Wie viele Arbeitsplätze konnten neu geschaffen						
Wie viele Unternehmen verwenden erneuerbare Energie mit welchen Anteilen						
Wie viele Häuser wurden gedämmt						

81
82



1 **Antrag 24**

2 Antragsteller: AG Selbstaktiv
3 Adressat: Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4 5 **WIR STEHEN SOLIDARISCH ZUSAMMEN - MIT ALLEN MEN-** 6 **SCHEN MIT BEHINDERUNG**

7
8 Nicht nur RentnerInnen und GrundsicherungsnehmerInnen sind von der momentanen
9 Situation betroffen. Menschen mit Behinderung wollen nicht nur mitgedacht, sondern
10 auch mitgenannt werden. Deshalb fordern wir als AG Selbst Aktiv Düsseldorf:

11
12 Folgende Punkte sind uns besonders wichtig in der Sozialpolitik.

13
14 Wir fordern auf **Bundesebene**:

- 15
16 • Pflegende finanziell besser unterstützen und Anrechnung von Rentenpunkten
17 auch bei voller Berufstätigkeit.
18 • Wir fordern einen Inflationsausgleich beim Pflegegeld.
19 • Wir fordern allen pflegenden Angehörigen Rentenpunkte zugeben.
20 • Ein Pflege- Danke einführen

21 22 Begründung

23 Das Pflegepersonen auf ihre Karriere/ Vorankommen verzichten müssen, wenn sie An-
24 gehörige pflegen, darf nicht länger hingenommen werden.

25 Pflegepersonen haben weder Coronahilfen noch Energiebonus erhalten. Ein Großteil
26 der Carearbeit, in der Pflege, findet von Familienangehörigen statt, oft muss ihre Arbeit
27 reduziert werden, damit pflegende Angehörige in ihrem Wohnumfeld bleiben können.

28 Das persönliche Armutsrisiko der Pflegenden steigt dadurch. Menschen, die trotz
29 Pflege zum Erhalt der Familie mit ihrem Einkommen beitragen, erhalten für die von
30 Ihnen geleistete Pflege aber keine Altersrentenpunkte.

31 (zu Seite 3)

- 32
33 • finanzielle Unterstützung auch und vor allem für Menschen mit Behinderung,
34 Senioren, chronisch Kranke und schwerst Kranke für warme Wohnungen,
35 • Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben am Leben Teil zu ha-
36 ben, durch warme Schwimmbecken (diese dienen Therapiezwecken), Woh-
37 nungen u.a. Therapieeinrichtungen (zu S. 3)

38 39 Begründung:

40 Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke und Senioren müssen in Ihrer Wohnung
41 mit Wärme versorgt werden, da sie oft ein anderes Kälteempfinden haben, oder aber
42 durch mangelnde Bewegung schneller frieren. Sie müssen weiterhin an Krankengym-
43 nastik, Therapeutischem Schwimmen und Sport teilhaben können.

- 44
45 • Bessere Inklusion in allen Wirtschaftsbereichen, auch der Privatwirtschaft,



- 46 • Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung konsequenter umsetzen,
47 an Stelle von Ausgleichszahlung.

48 Begründung:

49 Fachkräftemangel kann auch durch Menschen mit Behinderung aufgefangen werden,
50 denn viele haben einen hohen Bildungsgrad und Universitätsabschlüsse. Zudem hat
51 Corona gezeigt das es, eigentlich, keine "Ausreden" mehr gibt warum ein Mensch mit
52 Behinderung nicht auch im Home-Office für Unternehmen, Handwerker etc. arbeiten
53 kann. Das Sozialsystem kann dadurch entlastet werden.

54

- 55 • Ausbau des barrierefreien ÖPNV

56 Begründung:

57 Dieser muss seit 01.01.2022 hergestellt sein (UN-BRK) und gehört zur Teilhabe.

58

- 59 • Barrierefreie E Ladestationen bauen, so dass auch Menschen mit Behinderung
60 an der Energiewende teilnehmen können.

61

62 Begründung

63 Es ist Kostengünstiger, wenn von Anfang an Erneuerungen im öffentlichen Raum barri-
64 erefrei gestaltet werden. Der Ausbau der E Mobilität muss für alle stattfinden, dafür be-
65 darf es barrierefreier E Ladestationen.

66

(Seite 7)

67

68 **Antragsteller: AG Selbstaktiv**

69 **Adressaten: SPD-Landtagsfraktion**

70

71 **Wir stehen solidarisch zusammen - mit allen Menschen mit Behinderung**

72

73 Nicht nur RentnerInnen, Grundsicherungsnehmer sind von der momentanen Situation
74 betroffen.

75 Menschen mit Behinderung wollen nicht nur mitgedacht, sondern auch mitgenannt wer-
76 den. Deshalb fordern wir als AG Selbst Aktiv Düsseldorf.

77 Folgende Punkte sind uns besonders wichtig in der Sozialpolitik.

78 Wir fordern auf **Landessebene:**

79

- 80 • Es müssen mehr barrierefreie Wohnungen gebaut werden, daher ist es
81 zwingend notwendig die Bauverordnung des Landes NRW auf die Zeit unserer
82 Regierungsjahre zurück zu setzen.

83

84

85 Begründung:

86 Es gibt immer mehr alte Menschen und Menschen mit Behinderung, die barrierefreie
87 und rollstuhlgerechte, Wohnungen brauchen. Baut man diese gleich von Anfang an ist
88 das nicht teurer.

89

90

91

92

93



94

95 **Antragsteller: AG Selbstaktiv**

96 **Adressaten: SPD-Ratsfraktion**

97

98 **Wir stehen solidarisch zusammen - mit allen Menschen mit Behinderung**

99

100 Nicht nur RentnerInnen, Grundsicherungsnehmer sind von der momentanen Situation
101 betroffen.

102 Menschen mit Behinderung wollen nicht nur mitgedacht, sondern auch mitgenannt wer-
103 den. Deshalb fordern wir als AG Selbst Aktiv Düsseldorf.

104 Folgende Punkte sind uns besonders wichtig in der Sozialpolitik.

105 Wir fordern auf **Komunalebene**:

106

- 107 • Niedrigschwellige Hilfs- und Unterstützungsangebote in der Nachbarschaft auf-
108 bauen und Strukturen finanziell stärken, wo vorhanden.

109

110 Begründung

111 Unterstützungsbedarf fängt auch schon vor der Pflegebedürftigkeit an. Hundeausfüh-
112 ren, Blumen gießen, bei gebrochenem Bein helfen oder Einkauf bei Krankheit miterledi-
113 gen sind nur einige Hilfen, die von einer guten Nachbarschaft geleistet werden können.

114 (zu Seite 5)

115

- 116 • Bessere Inklusion in allen Wirtschaftsbereichen, auch der Privatwirtschaft,
117 • Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung konsequenter umsetzen,
118 an Stelle von Ausgleichszahlung.

119 Begründung:

120 Fachkräftemangel kann auch durch Menschen mit Behinderung aufgefangen werden,
121 denn viele haben einen hohen Bildungsgrad und Universitätsabschlüsse. Zudem hat
122 Corona gezeigt das es, eigentlich, keine "Ausreden" mehr gibt warum ein Mensch mit
123 Behinderung nicht auch im Home-Office für Unternehmen, Handwerker etc. arbeiten
124 kann. Das Sozialsytem kann dadurch entlastet werden.

125



Antrag 25

Antragsteller: OV Oberbilk

Adressat: UB-Vorstand, Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Parteivorstand

KLIMASCHUTZ

Entwurf zum Ergänzungsantrag zum „Leitantrag“ des UB-Vorstandes unter These 4 *Klimaschutz konsequent sozial*

Der Parteitag möge beschließen:

Der Düsseldorfer UB-Vorstand wird gebeten eine „**Kommunale Zukunftskommission**“ einzusetzen, die dem Parteitag eine Strategie vorschlägt, wie die Ziele des **Nachhaltigkeitsberichtes** der Stadt Düsseldorf in den nächsten Jahren **zielgenau**, **projektbezogen** und **wirksam** erreicht und weiterentwickelt werden können.

Insbesondere sind die Maßnahmen für die Energiekostenminderungen durch den verstärkten Einsatz von (grüner) **Geothermie** und **Photovoltaik** vierteljährlich von der Stadtverwaltung darzustellen.
Positionierung der SPD im Transformationsprozess von Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft im Bund, im Land und in den Kommunen¹

Begründung:

Ist der Leitantrag des UB-Vorstandes geeignet mehr öffentlichen Zuspruch für die Politik der SPD zu erhalten? Das Problem der SPD ist nicht, was sie sich sozialpolitisch wünscht, sondern **wie** sie Ihre Ziele umsetzen will und wie ihre Forderungen bezahlt werden. Daran wird sie gemessen werden. Es ist nicht klar ob die SPD „nur“ ein Kommunikationsproblem hat, oder ob es auch ein politische Kompetenzproblem ist. Das schließt alle Ebenen der Partei ein, von den Kommunen über die Länder, den Bund bis Europa.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung ist natürlich ein Kompromiss der Ampelkoalition mit drei Parteien, die bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sehr verschieden sind, insbesondere zwischen SPD und FDP. **Aber das wusste die SPD auch vorher.**

Bei wichtigen sozialpolitischen Themen ist die Handschrift der SPD jedoch gut erkennbar:

Strompreisbremse für den Basisverbrauch: Wir deckeln den Preis für Deinen Grundbedarf an Strom. Ähnliches streben wir für den Wärmesektor an.

- Wir finanzieren das, indem wir **Übergewinne von Energiekonzernen abschöpfen**. Am besten europäisch, notfalls national. Den leistungslosen Übergewinnen geht es Dank der SPD endlich an den Kragen!
- Außerdem wird es 2023 **keine CO2-Preiserhöhung** geben, um die Preise von unserer Seite nicht weiter zu treiben.

Niemand wird allein gelassen, niemand wird vergessen bei nochmaligen Einmalzahlungen:

300 Euro **Energiepreispauschale** auch für **Rentnerinnen und Rentner** sowie 200 Euro für **Studierende und Fachschüler*innen**.

Im Vorgriff auf die Wohngeldreform gibt es kurzfristig einen erneuten **Heizkostenzuschuss**.

Wir wollen höhere Löhne, bei denen mehr Netto vom Brutto bleibt:

- **Einkommensteuer-Entlastung** durch volle Absetzbarkeit der Rentenbeiträge und höhere Grundfreibeträge.
- **Abgaben-Entlastung** für kleine Einkommen durch die Ausweitung der Minijob-Zone.
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber **zusätzliche Zahlungen** vereinbaren, sind diese **bis 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei**.

Wir erhöhen soziale Leistungen:

- **Wohngeldreform:** Künftig haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld, in dem künftig auch Heizkosten berücksichtigt werden.

¹ <https://www.seismik.nrw.de>



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

- Verbesserter **Schutz für Mieter*innen**, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können und Vermeidung von Strom- und Gassperren.
- Das **Bürgergeld ersetzt Hartz IV** mit mehr Respekt, mehr Qualifikation und höheren Regelsätzen: ca. 50 Euro mehr für Erwachsene und entsprechende Erhöhungen für Partner, Kinder und Jugendliche.
- Das **Kindergeld** wird um 18 Euro angehoben, der Höchstsatz beim **Kinderzuschlag** um 20 Euro

Wir wollen auch künftig ein einfaches und kostengünstiges Abo-Ticket im ÖPNV ermöglichen:

- 1,5 Milliarden Euro für eine günstige und bundesweit gültige **Nachfolge für das 9-Euro-Ticket**.
- **Die hohen Preise setzen auch Unternehmen und damit Arbeitsplätze und Versorgung unter Druck. Wir entlasten:**
- **Bessere Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen**, die energieintensiv produzieren.
- Quelle: https://www.spd.de/aktuelles/entlastungspaket/#custom1=www.spd.de&custom2=21988&custom3=utm_campaign%3Dentlastung%26utm_source%3Dnl%26utm_medium%3Demail%26

Was wir 2021 nicht wussten, dass **die größte Energiekrise seit Bestehen der Bundesrepublik** durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine ausgelöst wurde. Damit wurde die europäische/deutsche Wirtschaft in eine ökonomische und gesellschaftliche Stresssituation versetzt, die noch lange nicht bewältigt ist.

Die **drei Entlastungspakete** wollen hierauf eine Antwort geben, die wahrscheinlich noch nachjustiert werden müssen. Auch der Bundesrat muss noch zustimmen. In der öffentlichen Debatte werden die Hilfsmaßnahmen, je nach Interessenstandpunkt, kritisch diskutiert. Die Diskussion zerlegt die Gesellschaft in viele Interessengruppen.

Das führt auch zu einem Vertrauensverlust der öffentlichen Institutionen. Deshalb stellt sich die Frage nach der Kommunikationskompetenz der Bundesregierung.

Der Parteivorstand und auch die Bundestagfraktion sollten bei den Ampel-Kompromissen die Anteile der SPD hervorheben, ebenso deutlich aber auch, bei welchen Entscheidungen sie gegenüber den Koalitionspartnern zurückstecken musste und was dann zwischen einer rein Grünen bzw. fdp-liberalen Position als (tragbarer) Kompromiss herausgekommen ist. Gut zu wissen wäre auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Merz-CDU-Positionen und deren absehbare Folgen für verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Die Gesamtkosten der Entlastungspakete betragen für den Bund (5.10.2022) zwischen 240 bis 250 Mrd. Euro. inklusive der Länder- und Gemeindeanteile 295 Mrd. Euro. Allein der Bundesanteil beträgt fast $\frac{3}{4}$ eines Jahreshaushaltes des Bundes. Kein Land in Europa kann ein solches Hilfspaket schnüren, was von einigen Mitgliedstaaten kritisiert wird, weil sie Wettbewerbsnachteile befürchten.

Die **Gesamtverschuldung** des Bundes betrug 2021 **2.321 Billionen Euro** oder 65 Prozent des Bruttosozialproduktes. Mit der Erhöhung der Inflation und der Zinsen wird ein immer größerer Anteil des Bundeshaushaltes zur Bedienung von Krediten und Anleihen der Haushaltsschulden in Anspruch genommen werden müssen. Das führt zu **Ausgabenkürzungen** oder zu einer **weiteren Kreditaufnahme**.

Deshalb ist es wichtig, dass die Politik, Bund, Länder und Gemeinden, eine zuversichtliche und **konkrete Perspektive** aufzeigen, wie Deutschland und die EU aus dieser Stresssituation herauswachsen können. Um die fossile Energieabhängigkeit zügig abzubauen, müssen die Erneuerbaren Energien (EE) stärker und schneller gefördert werden:

Das bedeutet zum Beispiel auch **eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsentscheidungen in allen investiven Bereichen** und eine Diversifizierung der Zulieferer von Grundstoffen und immer noch notwendigen fossilen Energien.

Dass die **Umspannanlage** (Konverter) in Karst-Osterath, wo der Gleichstrom der Off-Shore-Wind-Anlagen von der Nordsee nach Süd-Deutschland in Wechselstrom umgewandelt und weitergeleitet werden soll, immer noch nicht genehmigungsfähig ist, ist angesichts der Energiekrise kaum nachvollziehbar. Sehr aggressive Bürgerinitiativen, unterstützt von den Grünen, stellen die Infrastruktur für erneuerbare Energie seit 2012 in Frage. „Not in my Back Yard“. Natürlich müssen die Anwohnerinteressen im Genehmigungsverfahren berücksichtigt und sorgfältig abgewogen werden. Manchmal hilft es auch, solche Anlagen auf größere Distanz zu den nächsten Anwohnern zu planen, wenn die Fläche dafür vorhanden ist. Aber letztendlich müssen sich die Anwohnerinteressen dem Gemeinwohlinteresse einer ganzen Gesellschaft stellen und rechtfertigen.

<http://osterather-konverter-protest.de>

Technologische Innovationen unterstützen die Erneuerung



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

Deshalb sollte die vorhandene ingenieur-wissenschaftlichen **Expertise** dieses Landes risiko-offener genutzt werden, um die Produktion und die Herstellung von nachhaltigen Materialien und Industriegütern wettbewerbsfähig und nachhaltiger herzustellen. Die **Anpassung der Qualifikation der Arbeitnehmer*innen** muss erkennbar verstärkt und Teil dieses Transformationsprozesses werden.

Ebenso müssen die Nachhaltigkeitsanstrengungen in den **Kommunen** deutlicher werden.

Beim Solarcheck vom 5.9.2022 (Lichtblick) für Neubaudächer (!) liegt **Düsseldorf von 14 Städten an drittletzter Stelle!** Nur 24,6% der Neubaudächer sind mit PV-Anlagen ausgestattet. Nürnberg mit 69,2 % ist an erster Stelle und Köln mit 63,6 %, an zweiter Stelle. Dabei haben sich die „...neu installierte Photovoltaik-Leistung pro 1.000 Einwohner hat sich gegenüber dem SolarCheck 2021 um 50 Prozent erhöht – von durchschnittlich 5,61 auf 8,36 kWp pro 1000 Einwohner*innen. „

https://www.sonnenseite.com/wp-content/uploads/2022/09/Lichtblick_Solarcheck22.jpg

Hier müsste der Düsseldorfer Stadtrat mehr Druck machen. Oder doch wenigstens die SPD.

Bei den Bestandhäusern ist ebenfalls ein großes Potential für PV-Anlagen zu erkennen.

Bei der Diskussion über das **Vallourec-Gelände** könnte z.B. auch der Gedanke geprüft werden, ob auf dieser Industriefläche ein **Wasserstoffzentrum** in Düsseldorf errichtet werden könnte. Verkehrslogistisch ist das Gelände jedenfalls gut erschlossen.

Dabei sollen die Investitions- und Folgekosten, die auf die Stadt zukommen, sowie die positiven Wirkungseffekte transparent dargestellt werden.

Da die erneuerbaren Energien dezentral strukturiert sind, sollte die Stadt einen gemeinnützigen EE- Fond auflegen, an dem sich alle Bürger*innen beteiligen können. Die „Stadtwerke“, die sich im mehrheitlichen Besitz des baden-württembergischen Energieunternehmens EnBW befinden, sollten mit diesem Fond kooperieren. Damit können Vereine, Sozialeinrichtungen der freien Träger mit PV-Anlagen ausgestattet werden.

<https://www.erneuerbareenergien.de/solar/oekostromanbieter-photovoltaik-fuer-gemeinnuetzige>

Die neuen Speichertechnologien für PV schaffen eine größere energetische Teilautarkie bei der Energieversorgung von Hauswärme und Strom. Die „Zukunftskommission“ sollte sich externe Expertise zurate holen.

Ebenso muss das Thema **Mobilität** in dieser Arbeitskommission zentral behandelt werden. Dabei ist das Angebot für einen preislich und gut vernetzten **ÖPNV als Alternative zum Auto attraktiver zu machen**. Selbst wenn viele Menschen bereit sind den ÖPNV stärker zu nutzen, obwohl sie noch ein Auto haben, wollen sie ihr Auto nach Möglichkeit im Wohngebiet abstellen. Ein attraktiver ÖPNV als Alternative ist besser, als die Menschen mit hohen Parkgebühren bei den Anwohnerparkausweisen bis zu 500 € zu bestrafen. Parteien, die diese (erzieherischen) Forderungen aufstellen, werden sich bei den nächsten Wahlen selbst marginalisieren, wie die POP-UP und Umweltpuren vor der letzten Kommunalwahl.